

"Ostbanden" im "Sicherfühlland": der politische Diskurs um Kriminalität "aus Osteuropa"

Böck, Clarissa

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Böck, C. (2013). "Ostbanden" im "Sicherfühlland": der politische Diskurs um Kriminalität "aus Osteuropa". (Reihe Soziologie / Institut für Höhere Studien, Abt. Soziologie, 105). Institut für Höhere Studien (IHS), Wien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-338494>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

105

Reihe Soziologie
Sociological Series

**„Ostbanden“ im
„Sicherfühland“**
Der politische Diskurs um Kriminalität
„aus Osteuropa“

Clarissa Böck



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

105

Reihe Soziologie
Sociological Series

**„Ostbanden“ im
„Sicherfühlland“**
Der politische Diskurs um Kriminalität
„aus Osteuropa“

Clarissa Böck

Jänner 2013

Contact:

Mag. Clarissa Böck
E-Mail: clarissa.boeck@gmail.com

Founded in 1963 by two prominent Austrians living in exile – the sociologist Paul F. Lazarsfeld and the economist Oskar Morgenstern – with the financial support from the Ford Foundation, the Austrian Federal Ministry of Education, and the City of Vienna, the Institute for Advanced Studies (IHS) is the first institution for postgraduate education and research in economics and the social sciences in Austria. The **Sociological Series** presents research done at the Department of Sociology and aims to share “work in progress” in a timely way before formal publication. As usual, authors bear full responsibility for the content of their contributions.

Das Institut für Höhere Studien (IHS) wurde im Jahr 1963 von zwei prominenten Exilösterreichern – dem Soziologen Paul F. Lazarsfeld und dem Ökonomen Oskar Morgenstern – mit Hilfe der Ford-Stiftung, des Österreichischen Bundesministeriums für Unterricht und der Stadt Wien gegründet und ist somit die erste nachuniversitäre Lehr- und Forschungsstätte für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Österreich. Die **Reihe Soziologie** bietet Einblick in die Forschungsarbeit der Abteilung für Soziologie und verfolgt das Ziel, abteilungsinterne Diskussionsbeiträge einer breiteren fachinternen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die inhaltliche Verantwortung für die veröffentlichten Beiträge liegt bei den Autoren und Autorinnen.

Abstract

In Austria, the end of state socialism and the eastern enlargement of the EU are commonly associated with security concerns. In particular, Eastern Europe is seen as a starting point for crime. Over the past two decades, not only crime but also feelings of insecurity have become a fixture on political agendas. This led to the assumption of a link between increasing economic and social insecurity - and its political framing as "fear of crime". It is against this background that the paper seeks to examine the role of political problem definition in the development of a collectively perceived security threat. Subsequently it pursues the questions of how political parties in Austria communicate the issue of cross-border crime (by analysing the problem pattern of the latest crime wave labelled as caused by "Eastern European gangs") and why this aspect was able to assert itself within the national discourse on the effects of 1989.

Zusammenfassung

Mit dem Ende des Staatssozialismus und der EU-Osterweiterung werden in Österreich heute oftmals Sicherheitsprobleme verbunden, insbesondere wird Osteuropa als Ausgangspunkt von Kriminalität wahrgenommen. Dass inzwischen nicht nur Kriminalität, sondern auch Unsicherheitsgefühle einen Fixplatz auf der politischen Agenda einnehmen, führte in der Fachdiskussion zur These eines Zusammenhanges zwischen ökonomisch und gesellschaftspolitisch bedingter Unsicherheit und ihrer politischen Bearbeitung als Kriminalitätsfurcht. Vor diesem Hintergrund wird untersucht, welche Rolle politische Problemdeutungen für die Herausbildung einer kollektiv wahrgenommenen Sicherheitsbedrohung spielen – um dann den Fragen nachzugehen, wie die österreichischen Parteien das Problem grenzüberschreitender Kriminalität kommunizieren und warum es innerhalb des Diskurses über die Auswirkungen von 1989 derart stark hervortreten konnte. Die wichtigsten historischen Zäsuren werden ebenso beleuchtet wie das statistische Datenmaterial zum Sachverhalt. Anschließend wird die politische Darstellung als Problem im Zuge der rund um die Erweiterung des Schengen-Raumes nach Osten ab 2007 kommunizierten „Einbruchswelle“ durch „Ostbanden“ mit diskursanalytischen Mitteln detailliert rekonstruiert.

Keywords

crime wave, feeling of safety, security discourse, eastern enlargement, problem pattern

Schlagwörter

Kriminalität, Sicherheitsgefühl, Problemmuster, Einbruchswelle, EU-Osterweiterung

Der vorliegende Text ist eine adaptierte Version meiner Abschlussarbeit am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien (2011).

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Forschungsanliegen und konzeptioneller Rahmen	3
2.1	Theoretischer Ansatz	5
2.2	Methode und Strukturierung des Analyseprozesses	8
3	(Un-)Sicherheitsdiskurse nach 1989	13
3.1	Sicherheit als Leitbegriff staatlicher Politik	13
3.1.1	„Sicherheit“: Versuch einer Begriffsdefinition	13
3.1.2	Geänderte Referenzpunkte des Sicherheitsbegriffs	14
3.2	Das gestörte Sicherheitsgefühl	17
3.3	Kriminalität im Fokus gefühlter Unsicherheiten	19
4	Kriminalitätsdiskurse: Zur Rolle von Politik und Medien für die Wahrnehmung von Kriminalität	21
4.1	Die Kriminalitätsstatistik als Maßstab objektiver Gefährdung	21
4.2	Subjektive Unsicherheit als „Kriminalität in den Köpfen“	24
4.2.1	Politisch-publizistische Verstärkerkreisläufe	26
5	Politik im Kriminalitätsdiskurs	32
5.1	Politik und Sicherheitsgefühle – ein kompliziertes Verhältnis	32
5.2	Politische Bedrohungskommunikation und ihre Besonderheiten	33
5.2.1	Zur Instrumentalisierung von Kriminalitätsängsten	33
5.2.2	Mit Sicherheit zum Wahlerfolg – Kriminalität als Thema im Wahlkampf	35
5.2.3	Fremdenkriminalität als politische Kategorie	36
6	Der Diskurs um Kriminalität „aus Osteuropa“	38
6.1	Problemgeschichte und Diskursentwicklung	38
6.1.1	1989: Euphorie „auf der Brücke“	39
6.1.2	„Der Osten“ als Bedrohung	40
6.1.3	„Kriminaltourismus“	40
6.1.4	Die EU-Osterweiterungen und das Ende der Grenzkontrollen	43
6.1.5	Die „Einbruchswelle“ 2009	43
6.2	Der Sachverhalt: Diskurs in Zahlen	44
6.2.1	Entwicklung des Einbruchsdiebstahls in Österreich	45
6.2.2	Fremdenkriminalität und Herkunft der Tatverdächtigen	47
6.2.3	Das „Sicherheitsgefühl der ÖsterreicherInnen“	50

7	Analyse des politischen Diskursstranges	51
7.1	Untersuchungszeitraum.....	51
7.2	Problemmuster	51
7.2.1	Problemname	53
7.2.2	Erkennungsschema	55
7.2.3	Problembeschreibung	56
7.2.3.1	<i>Auf der Suche nach Ursachen: causal stories</i>	57
7.2.3.2	<i>Verursacher und Opfer</i>	60
7.2.4	Werturteil und Bewertungsmaßstäbe	63
7.2.5	Selbst- und Fremdpositionierungen der Parteien.....	63
7.2.5.1	<i>Oppositionsparteien</i>	64
7.2.5.2	<i>Regierungsparteien</i>	65
7.2.6	Problemlösung	66
7.2.6.1	<i>Ziele</i>	67
7.2.6.2	<i>Bekämpfungsvorschläge</i>	67
7.2.7	Das „subjektive Sicherheitsgefühl“ als Argument im Problemmuster.....	69
7.2.8	Zwischenfazit: Ein „erfolgreiches“ Problemmuster?.....	72
7.3	Diskursstrategien zur Absicherung der Problemwahrnehmung.....	74
7.3.1	(Kollektiv-)Symbolik: Von Sicherheitsgurten und Heuschrecken	76
7.3.2	Techniken der Dramatisierung	79
7.3.3	Techniken der Moralisierung	85
7.3.4	Der Rückgriff auf „Mythen“	88
7.3.5	Zur Rolle und Einbindung der <i>Kronen Zeitung</i>	91
8	Zusammenfassung und Schlussbetrachtung	94
	Literatur- und Quellenverzeichnis	101
	Anhang: Datenkorpus	111

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abb. 1: Forschungsfeld	4
Abb. 2: Modell der drei Kriminalitätswirklichkeiten.....	25
Abb. 3: Konstruktion der gesellschaftlichen Kriminalitätswirklichkeit.....	27
Abb. 4: § 129 StGB – Diebstahl durch Einbruch in Österreich 1975-2008	45
Abb. 5: Einbruchsdiebstahl Wohnobjekte 2004-2010	46
Abb. 6: Fremde Tatverdächtige § 129 – Anteil einzelner Nationen 2007.....	48
Abb. 7: Fremde Tatverdächtige § 129 – Anteil einzelner Nationen 2008.....	49
Abb. 8: Fremde Tatverdächtige § 129 – Anteil einzelner Nationen 2009.....	49
Abb. 9: Untersuchungszeitraum.....	52
Abb. 10: Plakatwerbung der FPÖ 2010	64
Abb. 11: Plakatwerbung der SPÖ 2010	65
Abb. 12: Plakatwerbung der ÖVP 2008	66
Abb. 13: Problemmuster im politischen „Ostbanden“-Diskurs	73
Abb. 14: System der Kollektivsymbole nach Link	76
Abb. 15: Gaunerzinken	89
Tab. 1: Einbruchsdiebstahl Wohnobjekte 2004-2010.....	46
Tab. 2: Anzeigen und Tatverdächtige gemäß § 129 StGB 2004-2009	48

Abkürzungsverzeichnis

APA	Austria Presse Agentur
BK	Bundeskriminalamt
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMLVS	Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
BZÖ	Bündnis Zukunft Österreich
CSI	Crime Scene Investigation (Tatortermittlung)
EU	Europäische Union
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
GUS	Gemeinschaft unabhängiger Staaten
KfV	Kuratorium für Verkehrssicherheit
Kfz	Kraftfahrzeug
OGM	Österreichische Gesellschaft für Marketing
OTS	Original Text Service (Presseaussendungen im Originalwortlaut)
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
SoKo	Sonderkommission
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
StGB	Strafgesetzbuch
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
UNDP	United Nations Development Programme (Entwicklungsprogramm der UN)

1 Einleitung

Mit dem Beitritt von zehn postsozialistischen Staaten zur Europäischen Union schien die jahrzehntelange Teilung Europas überwunden, die Erweiterung des Schengen-Raumes im Dezember 2007 setzte der vormals „eisernen“ Grenze zum Osten nicht nur symbolisch ein Ende. Und dennoch: Osteuropa blieb, zumindest dem Gefühl nach, „anders als die anderen“: „Bis heute scheinen uns unsere osteuropäischen Nachbarn unbekannt und in gewissem Maße sogar rätselhaft geblieben zu sein“, konstatierte Segert (2005: 79) ein Jahr nach der „großen Erweiterung“. Unsere Bilder von den Nachbarn im Osten sind dabei teilweise sehr alten Ursprungs und reichen wesentlich weiter zurück als der Staatssozialismus. Ein äußerst plastisches Sinnbild für diese Wahrnehmung schuf die Schriftstellerin Agatha Christie, als sie 1925 den Kriminalroman *Die Memoiren des Grafen* (*The Secret of Chimneys*) in der fiktiven *Herzslowakei* seinen Ausgang nehmen ließ. Den (süd-)osteuropäischen Staat charakterisierte sie dabei wie folgt:

„Es ist einer der Balkanstaaten...Hauptflüsse: unbekannt. Bedeutendste Berge: auch unbekannt, aber ziemlich zahlreich. Hauptstadt: Ekarest. Bevölkerung: hauptsächlich Straßenräuber. Hobby: Könige ermorden und Revolutionen anzetteln. [...] Höchst unzivilisiertes Volk. Eine Rasse von Straßenräubern“ (Christie 1975: 9, 105 zit. n. Todorova 1999: 177).

Neue Bilder verstärken solche tradierten Vorurteile und Klischees. Eine in diesem Zusammenhang auffällige Wahrnehmung ist der Ausgangspunkt dieser Analyse: Entgegen der lange Zeit im österreichischen Selbstbild vorhandenen Annahme, eine besondere „Brückenfunktion“ im Hinblick auf die osteuropäischen Nachbarn einzunehmen, haftet selbigen noch heute der Nimbus des Rätselhaften, vor allem aber des Fremden an. Neben fehlendem Wissen zeichnet sich das Verhältnis „zum Osten“ deutlich durch den gewählten Fokus aus; mit dem Ende des Staatssozialismus in Europa und dem späteren Beitritt ost- und südosteuropäischer Staaten zur Europäischen Union werden hierzulande vor allem Sicherheitsprobleme verbunden¹, neben Ängsten vor grenznahen Atomkraftwerken wird Osteuropa dabei häufig im Rahmen kriminologischer Probleme wahrgenommen. Tatsächlich gingen mit dem Ende des „Eisernen Vorhangs“ (der in den 45 Jahren seines Bestehens auch als eine Art „Schutzwall“ vor Kriminalität gedient hatte) sowie den Entwicklungen der folgenden Jahre kriminologische Probleme einher, die auch Österreich betrafen und betreffen – schon deshalb, weil das Überschreiten der Grenzen wesentlich einfacher geworden ist. Berichte über die nicht enden wollende Zunahme der Kriminalität finden mit Verweis auf die Schuldigen regelmäßig mediale Beachtung. Doch anstatt auf Ursachen und Problemlagen, konzentriert – und beschränkt – sich die Berichterstattung über „den Osten“ häufig auf jene Erscheinungen von Kriminalität – auf „polnische Autoschieber“, „rumänische Kinderbanden“ und „die Russen-Mafia“ (Segert 2005: 80). In der österreichischen Berichterstattung und Wahrnehmung wird dabei in der Regel von der Nationalität abstrahiert:

¹ vgl. hierzu beispielsweise Österreichische Gesellschaft für Europapolitik 1999.

Kriminelle „Ostbanden“ sind am Werk. Womit sich der Kreis zu Christies *Herzslowakei* schließt.

Nun haben Kriminalität (wie auch die im politischen Diskurs häufig zum gesamtgesellschaftlichen „subjektiven Unsicherheitsgefühl“² verallgemeinerte Furcht vor ihr) in den letzten beiden Jahrzehnten einen Fixplatz auf der politischen Agenda eingenommen, was in der einschlägigen Fachdiskussion zur These eines Zusammenhanges zwischen ökonomisch und gesellschaftspolitisch bedingter Unsicherheit und ihrer politischen Bearbeitung als Kriminalitätsfurcht führte (vgl. Scherr 2010: 23). Parteien (und insbesondere auch die Großparteien) finden im Themenbereich „innere Sicherheit“ einen Aufhänger für Legitimation, somit für Wahlkämpfe. Feindbildkonstruktionen und anschließende „Law and Order“-Feldzüge gegen die solcherart personalisierten Bedrohungen sind aus politischer Sicht attraktiv (vgl. Pilgram 2002: 239 sowie Frevel 1998: 11), dementsprechend selten sind Beschwichtigungen und Relativierungen des engen Fokus auf kriminelle Problemlagen.

Die Idee, diese Wahrnehmung bis zur vorliegenden Arbeit weiterzuentwickeln ist nicht zuletzt auch einem persönlichen Erlebnis geschuldet. Mein Interesse an der Auseinandersetzung mit diesem Thema begann, als ich selbst Opfer der „Ostbanden“ wurde. Bei meiner Rückkehr von einem mehrwöchigen Auslandsaufenthalt waren sämtliche Wertgegenstände aus meiner Wohnung verschwunden. Die Suche zog sich über mehrere Tage. Zu gut hatte ich vor meiner Abreise alles möglicherweise Wertvolle in einer später in Vergessenheit geratenen Aktion in unauffindbaren Verstecken in Sicherheit gebracht. In Sicherheit – wovor? Welche Bilder hatte ich dabei vor Augen – und woher kamen diese Bilder?

² Der Begriff des „subjektiven Sicherheitsgefühls“ hat trotz seiner Tautologie in dieser Form Eingang in den öffentlichen Diskurs gefunden, weshalb er in der Folge unter Anführungszeichen gesetzt verwendet wird.

2 Forschungsanliegen und konzeptioneller Rahmen

Letztlich ergab sich daraus die leitende Fragestellung dieser Arbeit: Wie kommunizieren österreichische politische Parteien vor dem Hintergrund des veränderten Sicherheitsverständnisses nach 1989 und somit im Kontext einer stark an subjektiven Wahrnehmungen von (Un-)Sicherheit orientierten Sicherheitskonzeption das Problem grenzüberschreitender krimineller Handlungen durch TäterInnen aus postsozialistischen Ländern – und aufgrund welcher Charakteristika steht gerade diese Problematik sowohl im Zentrum österreichischer (Un-)Sicherheitsdiskurse als auch des österreichischen Osteuropa-Diskurses insgesamt?

Ausgehend von der Annahme eines Wandels nationaler wie internationaler Sicherheitsdiskurse in Folge der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Transformationsprozesse ab 1989 beleuchtet die Arbeit Besonderheiten von Kriminalitätsdiskursen in diesem Kontext sowie insbesondere die Rolle des politischen Diskurses für die subjektive Wahrnehmung von Sicherheitsbedrohungen durch Kriminalität. Anschließend wird der Umgang mit der konkreten österreichischen Problematik der „Einbruchbanden aus Osteuropa“ analysiert. Die Analyse des politischen Diskurses zu diesem (an sich kriminologischen) Problem soll vor allem zur Klärung folgender Fragen(komplexe) beitragen:

- Wie wird diese Problematik vermittelt?
- Wie sieht das von politischen AkteurInnen entworfene Bedrohungsszenario aus?
- Wie werden Verursachungsmechanismen dargestellt?
- Wie werden Verknüpfungen zwischen dem „Osteuropa–Diskurs“ (Veränderungen ab 1989, EU-Erweiterung und deren Auswirkungen) und Kriminalität hergestellt?
- Wie gestaltet sich das in Bezug auf „den Osten“ vermittelte österreichische Selbstbild?
- Durch die Analyse der politischen Diskursentwicklung (und insbesondere des Einsatzes affektiver Elemente) soll weiters erklärt werden, wie Maßnahmen zur Bekämpfung der Bedrohung durch den Diskurs gefestigt werden und so Rechtfertigung erfahren.

Der erste Teil (der methodisch auf Literaturrecherche der für die Fragestellung relevanten Grundlagen basiert) beschäftigt sich mit dem Kontext des anschließend untersuchten Diskurses und geht dabei folgenden Fragen nach:

- Welche Auswirkungen hatte „1989“ auf (politische) Sicherheitsdiskurse?
- Wie fanden subjektive Sicherheitswahrnehmungen Eingang in den politischen Sicherheitsdiskurs – und was impliziert das für die Rolle der Politik?
- Aufgrund welcher Charakteristika rückt Kriminalität ins Zentrum des politischen Diskurses um Sicherheitsprobleme?
- Wie wird Kriminalität wahrgenommen – und welche Rolle spielt der politische Diskurs für diese Wahrnehmung?

- Wie gestaltet sich die (politikwissenschaftliche) Auseinandersetzung mit politischer Bedrohungskommunikation?

Wie schon dargestellt, bezieht sich der österreichische Unsicherheits-/ Kriminalitätsdiskurs der vergangenen Jahre nicht (wie das in anderen Ländern der Fall ist) auf Terrorismus, sondern primär auf „Kriminalität aus Osteuropa“. Zwar werden Unsicherheitsdiskurse im Kontext der *Risikogesellschaft* (Beck 1986) häufig mit dem Ende der Blockgrenzen, also mit dem Abhandenkommen eines klaren Orientierungssystems in Verbindung gebracht. Für Österreich gilt dies umso mehr, als der Diskurs um innere Sicherheit aufgrund der besonderen geopolitischen Lage und Rolle der Zweiten Republik aufs Engste mit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ beziehungsweise der (so titulierten) „Importkriminalität aus dem Osten“ verbunden ist. Durch die geografische Lage haben diffuse Bedrohungsszenarien hierzulande ein klares Feindbild erhalten.

Seine Positionierung im Kontext des ihn umgebenden Forschungsfeldes (vgl. auch Abbildung 1) macht den Diskurs um „Kriminalität aus Osteuropa“ interessant für eine Analyse des politischen Agierens in diesem Bereich.

Zentrales Vorhaben vorliegender Arbeit ist folglich die Dekonstruktion des politischen Diskurses hierzu. Aufbauend auf die Darstellung der Entwicklung der Problematik, der Spezifika dieses Kriminalitätsdiskurses sowie der Deliktszahlen (unter Bezugnahme auf deren Aussagekraft) wird im zweiten Teil die (partei-)politische Kommunikation zum Thema ab 2007 (Erweiterung des Schengen-Raumes) untersucht.

Kontext:

(Sicherheits-)politische Veränderungen nach 1989

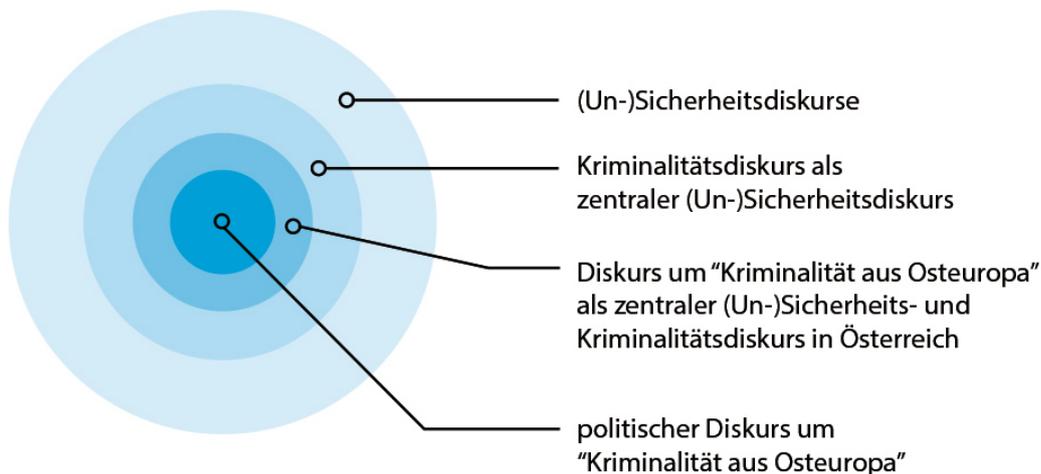


Abb. 1: Forschungsfeld

(eigene Darstellung)

2.1 Theoretischer Ansatz

Soziale Problemanalysen zwischen Objektivismus und Konstruktivismus

Die theoretischen Diskussionen darüber, wie soziale – und somit auch politische – Probleme in die Welt kommen, bewegen sich in einem Spannungsfeld zwischen zwei divergierenden Konzepten (vgl. Schetsche 2008: 14ff., 43 sowie Dombrowski 1997: 35):

Der objektivistischen Sichtweise zufolge sind politische Sachverhalte in der Außenwelt begründet und werden von politischen AkteurInnen lediglich aufgegriffen und verarbeitet, deren Einfluss auf die Gestaltung politischer Realität wird also negiert.

Dem entgegengesetzt argumentieren VertreterInnen des sozial-konstruktivistischen Paradigmas (erstmalig definiert durch Berger/ Luckmann 1966), welche die Etablierung eines politischen Problems primär als Ergebnis eines diskursiven Prozesses beschreiben. Demnach besteht politisches Handeln nicht nur in der Verarbeitung politischer Probleme, sondern auch in der Konstruktion politischer Realität – eine Behauptung, die den Gebrauch der Sprache im politischen Diskurs erst zum Gegenstand politikwissenschaftlicher Analyse machte und inzwischen zu einem „sozialwissenschaftlichen Gemeinplatz“ geworden ist (vgl. Hajer 2004: 271).

In diesem Zusammenhang werden für die Analyse häufig die (in der politik- und kommunikationswissenschaftlichen Forschung nicht unumstrittenen) Publikationen von Edelman (1976, 1988) zu „symbolischer Politik“ und strategischer Verwendung sozialer Probleme genannt, gemäß derer politisches Handeln durch das Nebeneinander von Inszenierung und Wirklichkeit charakterisiert ist. Unter symbolischer Politik versteht man folglich die „strategische Gestaltung oder Inszenierung massenmedial vermittelter politischer Realität“ (Dombrowski 1997: 2). Politische AkteurInnen reagieren damit auf die Tatsache, dass jedes politische Phänomen erst als Deutung Realität wird. Die Wahrnehmung politischer Realität soll daher in einer Weise beeinflusst werden, die der Akzeptanz von politischen Ideen, Maßnahmen und der AkteurInnen selbst dient. Symbole, Rituale, Inszenierung und politisches Marketing, so die Annahme, verdrängen im Kontext moderner Medienöffentlichkeit die „wirkliche“ Politik. Symbolische Politik wird dann als Oberbegriff des Instrumentariums medienpolitischer Manipulation, der Inszenierung von „Pseudoereignissen“ und anderer Formen von „Als-ob-Politik“ verstanden, in der Folge zwischen „symbolischer Politik“ und „Sachpolitik“ unterschieden (vgl. Krumm 2006: 72).

Um ein solches Politikverständnis soll es im Folgenden aber gerade nicht gehen. Zurecht hat Sarcinelli (1995) auf den primär rhetorischen Gebrauchswert jener reduktionistischen Deutungen hingewiesen: „Symbolische Politik“ ist für die Wahrnehmung, ebenso wie für Darstellung und Vermittlung von Politik in modernen Mediengesellschaften nicht mehr wegzudenken – sie ist zum integralen Bestandteil insbesondere von Darstellungspolitik geworden, wo sie im Sinne einer „strukturellen Koppelung“ (Krumm 2006: 73) zwischen

politischem System und Massenmedien fungiert (siehe hierzu auch Kapitel 3). Folglich geht diese Arbeit von der Normalität und Allgegenwärtigkeit von Konstruktionen im Feld der Politik – und ihrer Analyse als viel versprechenden Forschungsgegenstand aus (vgl. Ratzka 2008: 15 und Schetsche 2008: 135).

Als theoretische Basis der empirischen Analyse dient, aufbauend auf diese Überlegungen, das *Kokonmodell sozialer Probleme* nach Schetsche (1996), welches das wissenssoziologische Verständnis sozialer Probleme theoretisch-methodisch konkretisiert, wobei es die objektivistische Argumentation aber mit einbezieht. Das Modell beschreibt soziale Probleme als „primär symbolischen Prozess der gesellschaftlichen Durchsetzung einer Problemwahrnehmung“, fragt also danach, wie soziale Probleme zu anerkannten sozialen Wirklichkeiten werden (Schetsche 2008: 49). Jede Problemkarriere beginnt demnach mit der Problematisierung eines sozialen Sachverhalts (wie ihn die objektivistische Analyse zugrunde legt). Kollektive AkteurInnen formulieren ein Problemmuster, das diesen Sachverhalt als problematisch erscheinen lässt. In der Folge kann über die massenmediale Verbreitung dieser Problemdeutung eine öffentliche Problemwahrnehmung entstehen – allerdings nur, wenn das formulierte Problemmuster bestimmten Anforderungen genügt (vgl. ebenda: 43).³ *Kokonmodell* bezieht sich dabei auf eine Metapher, welche die Rolle kollektiver Wissensbestände in diesem Prozess verdeutlichen soll: Nach der erfolgreichen Problematisierung eines sozialen Sachverhaltes wird von der Öffentlichkeit nicht mehr der Sachverhalt selbst wahrgenommen, sondern nur das mittels des erfolgreichen Problemmusters verbreitete Wissen über ihn. Jedes Problemmuster umgibt den von ihm thematisierten sozialen Sachverhalt auf diese Weise mit einer Art „ideellem Gespinnst“, eben dem „Kokon“ von Wissensbeständen; dieser verdichtet sich umso stärker und wird analytisch immer undurchdringlicher, je länger die öffentlichen Debatten über das Problem anhalten und je erfolgreicher der Problemdiskurs wird. In der Folge orientieren sich kollektive AkteurInnen wie Individuen nicht mehr am Sachverhalt selbst, sondern an der verdichteten Problemwahrnehmung, in welche der Sachverhalt gleichsam „eingesponnen“ ist.⁴ Soziale Probleme werden folglich nicht durch die Analyse des Sachverhaltes selbst untersucht, sondern durch die Rekonstruktion jener Wissensbestände und Diskurse, welche die sozialen Problemwahrnehmungen hervorbringen und für deren öffentlichen Erfolg (oder Misserfolg) verantwortlich sind (vgl. ebenda: 43ff.).

Der empirische Teil dieser Arbeit konzentriert sich (in Anpassung an das Forschungsinteresse) im Wesentlichen auf zwei Analyseebenen nach dem Modell, die in ihrer

³ Diese Annahme kann außerdem dazu beitragen, zu analysieren, warum das Thema „Kriminalität“ im Vergleich zu anderen (ebenfalls mit der EU-Osterweiterung in Zusammenhang stehenden Themen) stärker hervortritt beziehungsweise diese in den Hintergrund drängt.

⁴ Für die politikwissenschaftliche Forschung wurde dieser Prozess durch Hajer untersucht und als „diskursive Dynamik“ bezeichnet: Diese gliedert sich in die „Diskursstrukturierung“ („wenn ein Diskurs beginnt, den Weg zu bestimmen, auf dem eine Gesellschaft die Welt konzeptualisiert“), welche schließlich in die „Diskursinstitutionalisierung“ übergeht („manchmal in Form organisatorischer Praxen, manchmal als traditionelle Arten zu argumentieren“) (Hajer 1993: 46).

Kombination erst zur Problemwahrnehmung führen: auf die von politischen AkteurInnen formulierten Problemmuster – und die zur Vermittlung dieser Muster beitragenden affektiven Elemente, sogenannte „Diskursstrategien“.

Problemmuster als ideelle Grundlage von Problemwahrnehmungen

Soll ein erstmals formuliertes Problem zu öffentlicher Anerkennung gelangen, setzt dies zunächst voraus, dass es von vielen Menschen in gleicher Art und Weise beschrieben und bewertet wird (vgl. Dresen 2010: 105). Im Zentrum der phänomenologischen Rekonstruktion jedes sozialen Problems steht daher das jeweilige Problemmuster – definiert als „argumentative Verbindung von Wissensbeständen, mittels derer Sachverhalte als soziale Probleme formuliert werden“⁵ (Schetsche 2008: 108). Mittels des so strukturierten Wissens werden Sachverhalte zu sozialen Problemen erklärt, Problemursachen, Betroffene und Schuldige definiert, Folgeschäden aufgezeigt und moralische Urteile gefällt sowie Bekämpfungsstrategien und die für sie zuständigen Instanzen festgelegt. Jedes Problemmuster besteht daher in seiner Struktur aus (unterschiedlich ausgeprägten) Elementen, die bei der Rezeption des Musters in spezifischer Weise zusammenwirken (Schetsche unterscheidet Problemname, Erkennungsschema, Problembeschreibung, Bewertung, generelle Bekämpfungsvorschläge, konkrete Handlungsanleitungen und affektive Bestandteile, vgl. ebenda: 111ff.). Das Problemmuster muss sich im öffentlichen Diskurs gegen die Konkurrenz anderer (alternativer) Deutungen desselben Sachverhalts und Gegendeutungen durchsetzen. Erst die mediale Verbreitung eines Musters, seine Rezeption und Akzeptanz führen zu einer allgemeinen Anerkennung der Problemwahrnehmung (vgl. ebenda: 107).

Diskursstrategien als affektive Grundlage von Problemwahrnehmungen

Als erfolgreich kann eine Problemwahrnehmung dann gelten, „wenn sie in den Massenmedien mit Selbstverständlichkeit prozessiert wird und wenn das ihr ideell zugrunde liegende Deutungsmuster zum allgemeinen Wissen der Mitglieder der Gesellschaft zu rechnen ist“ (Schetsche 2008: 129). Ob ein Thema diese Priorität erhält und ob es von den Medien als soziale Realität verbreitet wird, hängt einerseits von inhaltlichen Merkmalen des Problemmusters (wie seiner argumentativen Qualität oder der Anschlussfähigkeit an bereits anerkannte Wissensbestände) ab. Nach den Regeln der „Ökonomie der Aufmerksamkeit“ reicht dies aber (gerade vor dem Hintergrund medialer Systemlogik) nicht aus, die Konkurrenzsituation um die Aufmerksamkeit des Publikums verlangt nach der Vermittlung „starker Betroffenheitssuggestionen und drastischer Behauptungen“ (ebenda: 135f.). Entscheidend ist daher, ob es auch gelingt, die Problemwahrnehmung moralisch-normativ, vor allem aber emotional zu verankern, sodass das Problemmuster in den aktiven

⁵ Nach theoretischem Verständnis bilden Problemmuster eine Untergruppe der in der Soziologie als „soziale Deutungsmuster“ bezeichneten Strukturen. In diskursanalytischen Konzeptionen wird eine solche Strukturierung von Ideen auch als „Rahmen“ (frame) bezeichnet, der – ähnlich dem Deutungsmuster – festlegt, wie ein Phänomen zu interpretieren ist.

Wissenskorpus möglichst vieler Individuen aufgenommen wird. Erzielt wird dies durch den Einsatz sogenannter Diskursstrategien – spezifische Darstellungstechniken, welche die Problemwahrnehmung und mit ihr verbundene Handlungsanleitungen rhetorisch absichern. Durch sie wird das Problemmuster so formatiert, dass es die Aufmerksamkeitsschwelle zunächst der Massenmedien und dann der RezipientInnen (möglichst schnell und nachhaltig) überschreitet (vgl. ebenda: 129f.). Schetsche (ebenda: 136) verweist jedoch explizit auch darauf, dass die (zumeist moralisch aufgeladene) Kritik an der medialen Darstellungslogik häufig übersieht, dass sich entsprechende Diskursstrategien nicht erst in den Massenmedien finden, sondern bereits vor der medialen Verbreitung einer Problemwahrnehmung Teil des Problemmusters sind, im vorliegenden Fall also bereits von politischen AkteurInnen bei der Problemformulierung angewendet werden.

2.2 Methode und Strukturierung des Analyseprozesses

Als methodischer Zugang zur empirischen Rekonstruktion beider Elemente bieten sich diskursanalytische Verfahren an. Der Diskursbegriff ist dabei nicht mit dem (sprachphilosophischen) Begriff Habermas' gleichzusetzen. In Abstimmung mit dem Forschungsvorhaben können Diskurse als „Formen ‚institutionellen Sprachgebrauchs‘, [...] Aussagenkomplexe, die Behauptungen über Phänomenbereiche aufstellen und mit mehr oder weniger stark formalisierten/ formalisierbaren Geltungsansprüchen versehen sind“ (Keller 2011: 67) begriffen werden – also als bestimmte „Interpretationsmuster“, mittels derer politische AkteurInnen einen Sachverhalt interpretieren. Gemäß dieser Definition kristallisieren oder konstituieren Diskurse Themen als „gesellschaftliche Deutungs- und Handlungsprobleme“ (Keller 2004: 205).

Nun ist die Diskursanalyse keine detailliert vorgezeichnete Methode, sondern als ein „Forschungsprogramm“ zu verstehen – das nicht festlegt, mit welchen Erhebungs- und Auswertungsmethoden es verfolgt werden soll. Sehr allgemein kann man daher mit Keller (2001: 135) von einer organisierten „Forschungsperspektive“ auf besondere, eben als Diskurse begriffene Forschungsgegenstände sprechen. Auf Basis einer solchen Sichtweise haben die Sozialwissenschaften in den letzten Jahren vermehrt Ansätze ausgebildet, welche die Diskursanalyse mit interpretativ-hermeneutischen Zugriffsweisen verbinden. Diese lassen sich am ehesten als „methodisch kontrollierte interpretative Verfahren der Textanalyse“ beschreiben, im vorliegenden Fall handelt es sich dabei um eine spezifische Form der Deutungsmusteranalyse.

Diskursstruktur und Einschränkungen

Diskurse lassen sich grundsätzlich in Spezial- (etwa wissenschaftliche Fachdiskurse) und Interdiskurse (auch: öffentliche Diskurse) unterteilen. Öffentliche Diskurse sind solche, die sich an die (politische) Öffentlichkeit richten und in denen ein Sachverhalt als öffentliches und politisches Thema verhandelt wird.

Neben dieser grundsätzlichen Differenzierung lassen sich innerhalb von Diskursen einheitliche Verläufe, sogenannte Diskursstränge unterscheiden. Diese setzen sich aus Diskursfragmenten (Texte oder Textteile) zusammen, die ein bestimmtes Thema behandeln. Politisch und medial besonders hervorgehobene Themenbearbeitungen werden innerhalb des Diskursstranges als diskursive Ereignisse unterschieden (vgl. Dresen 2010: 81).

Untersucht wird hier also der politische Diskursstrang des öffentlichen Diskurses um „Kriminalität aus Osteuropa“. Da eine qualitative Strategie der Datenauswertung verfolgt wurde, eine Analyse des gesamten Diskurses folglich den Rahmen der Arbeit gesprengt hätte, war es notwendig, das Datenkorpus auf eine bearbeitbare Größe einzuschränken. Daher wurde der Fokus auf Eigentumskriminalität (als wahrgenommene Facette des Diskurses, denn in der Regel betrifft die Kriminalitätsfurcht in diesem Bereich offenbar keine anderen Straftaten „organisierter Kriminalität“ wie Menschen- oder Drogenschmuggel, siehe Kapitel 2.3) gelegt. Eine zusätzliche Einschränkung ergab sich durch die Wahl des Untersuchungszeitraums (2007 bis 2010).

Datenerhebung und Auswahl

Das verwendete Datenkorpus setzt sich aus OTS-Meldungen aller im österreichischen Parlament vertretenen Parteien sowie politischen Stellungnahmen in Printmedien (österreichische Tages- und Wochenzeitungen) zusammen. Zusätzlich wurde eine ausführliche Presseunterlage des Innenministeriums zum Thema („Aus dem Inneren: Bekämpfung der Einbruchskriminalität“) miteinbezogen.⁶

Zum Einbezug massenmedial verbreiteter Diskursfragmente ist anzumerken, dass Medien aufgrund ihrer Selektivität nur einen kleinen Ausschnitt des gesellschaftlichen Diskurses wiederzugeben in der Lage sind, Politik medienvermittelt also nicht „unverzerrt“ rekonstruierbar ist (vgl. Dresen 2010: 80). Jedoch ist auf die besondere Rolle der Massenmedien zu verweisen – ohne sie gäbe es gar keinen öffentlichen Diskurs in dieser Form – stellen sie doch den Raum hierfür zur Verfügung:

„Erst die Repräsentation in den Massenmedien stiftet in den Gegenwartsgesellschaften letztlich die Qualität des (allgemein) öffentlichen Diskurses. Themenbezogen manifestieren sich dabei Diskurse, die ihren Entstehungsort nicht (nur) in den Medien haben, die aber auf Grundlage der Medienberichterstattung als öffentliche Diskurse empirisch rekonstruiert werden können. Die in den Massenmedien erzeugten Texte sind Beiträge zur gesellschaftlichen Wirklichkeitskonstruktion“ (Keller 2004: 211).

⁶ Die Einschränkung auf Printmedien ergibt sich aus der leichteren Verfügbarkeit der Gesamtheit aller Beiträge innerhalb eines Mediums. Im Bereich der Qualitätspresse waren dies die Tageszeitungen *Der Standard* und *Die Presse*, als Mid-Market-Paper der *Kurier*, aus dem Bereich der Boulevardmedien die *Kronen Zeitung*, und das Amtsblatt der Republik Österreich, die *Wiener Zeitung* – im Bereich der wöchentlich erscheinenden Medien die Magazine *News* und *profil*.

Deutungsmuster lassen sich zudem nur in der Form untersuchen, in der sie sozial verbreitet werden. Dies geschieht im untersuchten wie in den meisten Fällen primär durch Massenmedien (inzwischen immer häufiger auch durch Netzwerkmedien). Nur in medialen Dokumenten sind soziale Deutungsmuster deshalb mit allen ihren Bestandteilen vollständig zu identifizieren (vgl. Schetsche 2008: 120). Zudem ist es gerade im vorliegenden Fall von Interesse, wie sich PolitikerInnen die mediale Bühne zunutze machen. Welche Aussagen sie außerdem noch in parlamentarischen Arbeitsgruppen tätigen ist hingegen sekundär, weil die öffentliche Wahrnehmung des Problems dadurch kaum beeinflusst wird (vgl. Dresen 2010: 80). Da Medien allerdings gesellschaftliche Probleme gleichzeitig nicht nur aufgrund der Aussagen der beteiligten AkteurInnen darstellen, sondern auch „kommentieren, forcieren, negieren, neutralisieren und insbesondere dramatisieren, treten sie selbst als Diskursproduzenten in Erscheinung, bilden also eine eigene Diskursebene“ (ebenda: 81) – was innerhalb der Analyse mitbedacht werden muss. Aus eben diesem Grund basiert das Datenkorpus sowohl auf medial bearbeiteten Diskursfragmenten, als auch auf „rohen“, direkt von den Parteien verbreiteten Meldungen.

Das Auffinden der einzelnen Diskursfragmente erfolgte mittels einer Stichwortliste⁷, die im Laufe der Erhebung induktiv erweitert beziehungsweise eingegrenzt wurde – wobei jeweils nur jene Texte in das Korpus aufgenommen wurden, die dem politischen Diskurs zugerechnet werden konnten. Von Interesse waren dabei wiederum nur die Aussagen und Argumente der politischen AkteurInnen selbst (und nicht die Berichterstattung über diese Aussagen, weshalb auch inhaltliche Paraphrasen wenn möglich vermieden wurden, um nicht fälschlicherweise die Diskursproduktion der Medien abzubilden).

Rekonstruktive Analyse

Zur Analyse der Deutungsbausteine eines Diskurses gibt es unterschiedlich theoretisch fundierte und methodisch-konzeptionell ausgearbeitete Vorschläge, die je nach Forschungsziel variieren. In der Regel erfolgt die Datenauswertung jedoch qualitativ und bedient sich inhaltsanalytischer Verfahren (vgl. etwa Keller 2011: 97ff.).

Die verbleibenden Texte (etwa 150, siehe Anhang) wurden in mehreren Durchgängen analysiert. Mit dem Ziel der Materialstrukturierung wurden zunächst alle Diskursfragmente in chronologischer Reihenfolge zusammengestellt und so die „Problemkarriere“ beziehungsweise die Ereignisstruktur rekonstruiert. Anschließend wurden sie mit Stichwörtern versehen, zu jedem Text *Memos* erarbeitet (Kurzbeschreibungen des jeweiligen Inhaltes, Kernbotschaften und Positionierung der AkteurInnen, Struktur von Themen und Unterthemen). Die anschließende Aufbereitung des Materials orientierte sich am Forschungsprogramm der *grounded theory* (Strauss 1991). Diese versteht sich als „Stil der qualitativen Datenauswertung zur Entwicklung einer Theorie“ (Dresen 2010: 89f.): Durch

⁷ Stichwörter zum Auffinden der Diskursfragmente: Einbrecherbande/n, Einbruchswelle, Ostbande/n, Ost-Kriminalität, Ostmafia, Kriminalitätstourismus / Kriminaltourismus, Sicherheitsgefühl, SoKo-Ost.

Anwendung eines Kodierparadigmas sollen Konzepte entwickelt und verdichtet werden. Die Richtung dieser Verdichtung wird durch die spezifischen Fragestellungen des jeweiligen Forschungsvorhabens vorgegeben (vgl. Keller 2011: 99), im vorliegenden Fall konzentriert sie sich daher einerseits auf die einzelnen Bausteine der Problemstruktur, vor allem aber auf deren inhaltliche und rhetorische Ausgestaltung.

Der Begriff des Problemmusters bezieht sich wie dargestellt darauf, dass Diskurse in der Konstitution ihres Themas unterschiedliche Elemente benennen und zu einer spezifischen Struktur verbinden. Die jeweils vorhandenen Bausteine dieser Struktur müssen erst aus den Daten erschlossen werden (vgl. Keller 2011: 103). Anhand der Struktur kann in der Folge die innere Logik herausgearbeitet werden, in der sich die Konstruktion des im Zentrum des Diskurses stehenden Problems vollzieht. Dies gilt sowohl hinsichtlich der grundlegenden Dimensionen der Thematisierung des Phänomens, als auch in Bezug auf deren konkrete inhaltliche Ausgestaltung. Die analytische Beschreibung erfolgte daher in zwei Schritten (vgl. ebenda: 104f.): Die dimensionale Erschließung richtet sich auf die grundlegenden Bausteine der Diskursivierung eines Phänomens, fragt also danach, welche Dimensionen von den AkteurInnen überhaupt als relevant herausgestellt werden. Methodisch erfolgte dieser Schritt über die Entwicklung von Kategorien (*Kodes*) zur Benennung einzelner Aussagen (und damit Elementen des Problemmusters). Diesen wurden in einem zweiten Schritt (der auf die Rekonstruktion ihrer inhaltlichen Ausgestaltung zielt) die jeweils vorfindbaren Aussagen zugeordnet. Die inhaltliche Ausgestaltung wurde dabei nicht summarisch, sondern in verdichteter Weise beschrieben (wobei Originalzitate zu Illustrationszwecken in die Präsentation der Ergebnisse miteinbezogen wurden). Durch die Analyse der verschiedenen Aussagen lassen sich so „Kodierfamilien“ (Zuordnungen unterschiedlicher Merkmalsausprägungen zu den entsprechenden Kode-Kategorien) und letztlich auch das Muster, das die unverbundenen Diskursfragmente in einen spezifisch sinnvollen Zusammenhang stellt, rekonstruieren (vgl. ebenda: 107).

Die ebenfalls durchgeführte Rekonstruktion der für den untersuchten Diskurs zentralen Argumentationsstrukturen, symbolisch-rhetorischen Mittel und eingesetzten Diskursstrategien setzte methodisch bei den in der Erschließung der Phänomenstrukturen erarbeiteten Kodiereinheiten und deren inhaltlicher Ausgestaltung an. Dabei wurde zunächst nur anhand einiger Schlüsseltexte versucht, möglichst viele Interpretationshypothesen aufzustellen und diese anschließend anhand der restlichen Texte zu be- beziehungsweise zu widerlegen und weiterzuentwickeln (vgl. Keller 2011: 109f.). Mit diesem Schritt wurden auch Oberflächenstrukturen der Äußerungen untersucht – häufig verwendete Bilder, Metaphern, typische narrative Muster oder kognitive Strukturierungen (wie Klassifikationen) (vgl. ebenda: 114).

Kontextualisierende Interpretation⁸ und Ergebnisdarstellung

Um zu Aussagen über den Diskurs im Kontext seiner Entstehung, und letztlich zur Beantwortung der Forschungsfragen zu gelangen, müssen die Resultate der verschiedenen Analyseschritte mit dem Wissen über Kontexte, gesellschaftliche Prozesse etc. in Beziehung gesetzt werden (vgl. ebenda: 113f.).

Die abschließende Ergebnispräsentation steht dabei vor dem Problem, dass das Analyseverfahren zwar exemplarisch an einzelnen Aussageeinheiten dargestellt werden kann, der gesamte Rekonstruktionsprozess jedoch wegen der prinzipiellen Unmöglichkeit seiner schriftlichen Fixierung nicht abbildbar ist. Insgesamt lässt es sich daher kaum vermeiden, dass die gegebenen Beispiele vorrangig illustrativen Charakter haben. Die Ergebnispräsentation ist folglich textlastig, „dominiert durch eine Abfolge erzählender Textpassagen, die Ergebnisse im Fließtext formulieren und durch eingebaute Zitate unterfüttern“ (ebenda: 117) – das wurde auch hier nicht anders gehandhabt, jedoch in Kombination mit dem Versuch, wo sinnvoll und möglich Grafiken und tabellarische Aufbereitungen der Strukturen einzubauen.

⁸ Kontextwissen meint hier etwa das institutionell-organisatorische Feld, in dem der Diskurs auftritt, die historische Situation seines Auftretens – aber auch andere Diskurse, mit denen der Diskurs konkurriert oder gegen die er sich richtet etc. (vgl. ebenda: 100).

3 (Un-)Sicherheitsdiskurse nach 1989

Angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen in den letzten Jahrzehnten und der mit ihnen einhergehenden Allgegenwärtigkeit von Unsicherheit „erscheint die Kontrastkategorie ‚Sicherheit‘ als allgemein bestimmende Zielgröße gemeinschaftlichen und individuellen Strebens“ (Nogala 1998: 131). Das folgende Kapitel beleuchtet daher die historischen Zusammenhänge zwischen Sicherheit, Sicherheitsdiskursen und politischem System und zeichnet über die Darstellung zentraler Veränderungen den Weg des gegenwärtig häufig zitierten „subjektiven Sicherheitsgefühls“ (sowie seines mit den Emotionen Angst und Furcht verbundenen Gegenteils, dem „Unsicherheitsgefühl“) in den politischen Diskurs nach.

3.1 Sicherheit als Leitbegriff staatlicher Politik

3.1.1 „Sicherheit“: Versuch einer Begriffsdefinition

Eingangs scheint der Versuch einer begrifflichen Klärung angebracht – denn obwohl der Begriff „Sicherheit“ nicht nur emotional, sondern eben auch politisch aufs Höchste besetzt ist, „wird er mit einer Selbstverständlichkeit benutzt, die ein klares und gemeinsames Verständnis seines Inhalts suggeriert“ (Kühne 1991: 22). Tatsächlich ist dem nicht so, „Sicherheit“ ein vielseitiger Begriff, der mit ganz unterschiedlichen Vorstellungsgehalten und normativen Konnotationen verbunden werden kann (vgl. Spreen 2010: 192). Er bezeichnet, je nach Kontext, einen „Zustand des Sicherseins, Geschütztseins vor Gefahr oder Schaden“ oder auch „höchstmögliches Freisein von Gefährdungen“ (Duden 1999: 3551). Ist von „Sicherheit“ die Rede, kann es sich folglich sowohl um eine konkrete Situation, genauso aber auch um ein Gefühl, ein Ziel oder Ideal handeln.

In der politikwissenschaftlichen Diskussion werden der Sicherheitsbegriff und seine Spannweite ebenfalls kontrovers behandelt. Das *Kleine Lexikon der Politik* (vgl. Seidelmann 2007: 499) definiert Sicherheit im engeren Sinne als Schutz des eigenen Territoriums vor (in erster Linie militärischer) Bedrohung, im weiteren Sinne als Erhalt des außenbeziehungsweise sicherheitspolitischen Handlungsspielraums und schließlich noch als Gestaltungsfreiheit der eigenen inneren Ordnung. Sicherheit wird so auch in der politikwissenschaftlichen Betrachtung zum „Behälterbegriff“, „in dem unterschiedliche Sicherheitsverständnisse und ordnungspolitische Vorstellungen Platz finden“ (Spreen 2010: 192). Sowohl im Alltag, als auch in der Politikwissenschaft wird „Sicherheit“ dabei vor allem negativ – als Abwesenheit von Gefahren oder Bedrohungen – verstanden, was die Definitionsschwierigkeiten noch verstärkt – besitzt dieses zur Definition verhelfende Fehlende aufgrund der unabschätzbar vielen Möglichkeiten von Gefahren doch einen sehr verschwommenen Charakter (vgl. Magenheimer 2003: 27).

Eine weitere – und für den Fortgang der Argumentation wesentliche – Eigentümlichkeit liegt in der Vermischung des historisch geprägten Sicherheitsbegriffes (der in der Regel an einen

Staat gebunden ist), mit einem sehr individuell gefärbten „Erfahrungsbegriff“. Dies führt zur komplexen Situation, dass Sicherheit sowohl die Abwesenheit von Bedrohung, als auch das Fehlen von Furcht vor selbiger meint (vgl. ebenda: 35), weshalb sie sich aus einer objektiven (definiert als die faktische Wahrscheinlichkeit, Schaden zu nehmen) und einer subjektiven Komponente zusammensetzt. Letztere entsteht auf Basis von Emotionen, insbesondere Angst (ein allgemeines, ungerichtetes Gefühl, das keine bestimmten Handlungen bewirkt) und Furcht (auf ein konkretes Gefahrenobjekt gerichtet, löst bestimmte Aktionen aus). Angst und Furcht lassen sich dabei oft nicht exakt unterscheiden und werden im alltäglichen wie politischen Sprachgebrauch vielfach synonym verwendet (vgl. Frevel 1998: 15), zumal die Ursachen beider oft gleichzeitig vorhanden und die jeweilige emotionale Reaktion situationsbedingt unterschiedlich ausgeprägt sein kann (vgl. Sagel-Grande/ Toornvliet 2007: 100f.). Wie aber fanden diese Emotionen Eingang in die Politik?

3.1.2 Geänderte Referenzpunkte des Sicherheitsbegriffs

Als Leitbegriff staatlicher Politik ist „Sicherheit“ so alt wie der moderne Staat selbst, gilt sie doch als Fundament für Aufbau und Bestand eines jeden Gemeinwesens: Hauptzweck des staatlichen Gewaltmonopols ist die Sicherung von Kollektivgütern – und die Abwesenheit von Gewalt zwischen BürgerInnen (ihre Sicherheit voreinander) ist unzweifelhaft eines dieser Kollektivgüter. Damit der Staat diese Funktion ausüben kann, muss er Macht (und in letzter Konsequenz Gewalt) anwenden können, sowohl gegen innere als auch gegen äußere Problemgruppen. Folglich erhält der Staat seine Legitimität erst durch Gewaltanwendung im Namen der Sicherheit (vgl. Schirmer 2008: 167). Ist der Staat nicht (mehr) in der Lage, die Leben seiner BürgerInnen vor physischer Gewalt zu schützen, verliert er folglich seine Existenzberechtigung⁹. Dieses von Hobbes 1647 erstmals theoretisierte staatliche Versprechen („Denn Sicherheit ist der Zweck, weshalb die Menschen sich anderen unterwerfen; und wenn diese nicht erlangt werden kann, so gilt die Unterwerfung unter andere nicht als geschehen und das Recht der Selbstverteidigung kraft Urteils in eigener Sache nicht als verloren“, Hobbes 1647/1918: 138) knüpft an griechische und römische Staatstheoretiker an. Sicherheitsgewährleistung im Tausch gegen die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols wird somit als Kernstück der Konstruktion „Staat“ verstanden (vgl. Nogala 1998: 131 sowie Kühne 1991: 4), Sicherheit (und mit ihr die Abwehr von Bedrohungen) erscheint als Staatsaufgabe.

Sicherheit muss jedoch immer die Sicherheit von etwas oder jemandem sein, „frei schwebende“ Sicherheit gibt es nicht. (Schirmer 2008: 15). Dieses Referenzobjekt, auf das sich Sicherheitsdiskurse beziehen (und dessen Sicherheit somit im allgemeinen Interesse liegt), steht in einem engen Verhältnis zu den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – weshalb es in den vergangenen Jahrzehnten einige gravierende Änderungen erfahren hat:

⁹ Anmerkung für den weiteren Argumentationsverlauf: Staat und Kriminalität stehen somit in einem „ursprünglichen Spannungsverhältnis wechselseitiger Bedrohung“ (Kühne 1991: 4).

Klassische staatszentrierte Sicherheitskonzeption

Die ursprüngliche, durch die *Realistische Schule* geprägte politikwissenschaftliche Definition bezieht sich ausschließlich auf den Nationalstaat, Sicherheitsdiskurse befassen sich demnach mit „nationaler Sicherheit“. Vor diesem Hintergrund eines Objekts mit festen Grenzen sowie der Konzentration auf zwischenstaatliche Konflikte ist auch die Unterscheidung von zwei (komplementären) Komponenten nationaler Sicherheit zu verstehen: zwischen äußerer („Schutz vor Bedrohungen des verfassungsgemäßen Bestandes eines Staates sowie Schutz vor Bedrohung von vitalen Rechten von Bürgern durch einen anderen Staat oder dessen Organisationen“, Kühne 1998: 25) und innerer (Schutz vor Bedrohungen „von innen“) Sicherheit. Wesentliche Schwächen dieses Konzeptes führten dazu, dass es heute als überholt gilt – die politische Realität jedenfalls nicht (mehr) fassen kann: einerseits die Vorstellung, dass gewaltsam ausgetragene Konflikte in erster Linie zwischen (konsolidierten) Staaten stattfinden, andererseits die Negation staatlicher Interdependenzen (vgl. Debiel/ Werthes 2005: 8). Denn bereits ab dem 19. Jahrhundert wurde Sicherheit zunehmend als ein multilateraler Prozess verstanden, die Kollektivität und somit gemeinsame Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens gewann – wenn auch noch in rudimentärer und informeller Form – ab dem Wiener Kongress (1815) an Bedeutung (vgl. Spreen 2010: 204f.).

Internationale Sicherheitskonzeption

Mit der Gründung des Völkerbundes beziehungsweise der Vereinten Nationen wurde das Prinzip kollektiver Sicherheit schließlich institutionalisiert, was einen Paradigmenwechsel im System internationaler Ordnung zur Folge hatte. Der Begriff der „internationalen Sicherheit“ wird zwar in der UN-Charta nicht weiter definiert, aber der Verweis auf den kollektiven Charakter der (zu wahrenen und gegebenenfalls wiederherzustellenden) Sicherheit und den Weltfrieden (Art. 1, Abs. 1) zeigt an, dass es hierbei schon nicht mehr um bloße zwischenstaatliche Sicherheit auf der Basis klassisch-autonomer Souveränität ging (vgl. Spreen 2010: 205), Konzeptionen internationaler Sicherheit also spätestens ab diesem Zeitpunkt vorhanden waren.

Das Ende des Ost-West-Konflikts und damit einhergehende Veränderungen der geopolitischen Situation ließen den Nationalstaat als Referenzobjekt noch weiter in den Hintergrund rücken, (geografische wie politische) Grenzen verloren ihre abschirmende Wirkung (vgl. Holert/ Terkessidis 2002: 167) – was sich seither auch an der engen Verzahnung von inneren und äußeren Sicherheitsaspekten bemerkbar macht. So sind Maßnahmen zum Schutz der inneren Sicherheit und jene der Sicherheitspolitik auf internationaler Ebene nur schwer auseinanderzuhalten (vgl. ebenda: 160, hierzu auch Schmid/ Bull 2007: 224). Dies zeigt sich nicht nur in der Vermischung innerer und äußerer Aspekte im klassischen, ordnungspolitischen Sektor, sondern etwa auch im Bereich sozialer Sicherheit (vgl. Spreen 2010: 193). Von diesem Hintergrund ausgehend wurde und wird die inhaltliche Spannweite des Sicherheitsbegriffs vergrößert, das Konzept „Sicherheit“ beansprucht auch für politische Ressorts abseits der Verteidigungspolitik Gültigkeit.

Sicherheit (als Staatsaufgabe ursprünglich eben klarer definiert als der eingangs besprochene Überbegriff) sei dadurch unscharf geworden, so einige AutorInnen (etwa Schirmer 2008: 51), sie beziehe sich nunmehr auf eine Vielzahl von „Problemen“ wie „ausbleibendes Wirtschaftswachstum, ökologische Katastrophen, Überalterung“ (und viele mehr) – in jedem Fall aber ist der Sicherheitsbegriff umfassender geworden. Eine für vorliegende Arbeit wesentliche Illustration dieser Auswirkungen von „1989“ auf die Idee von Sicherheit findet sich bei Peters (1998: 9):

„ ‚Der Russe‘, der bis dahin nur als relativ diffuses Bedrohungs-Szenario hinter einem ‚eisernen Vorhang‘ hauste, kommt nun tatsächlich, aber nicht mit dem Panzer, sondern mit dem Lada. Und er hat es [...] zwar nicht mehr auf die Produktionsanlagen der Firma Mercedes-Benz, dafür aber umso nachdrücklicher auf den Mercedes des rechtschaffenen Bürgers abgesehen.“

Von Staaten zum Subjekt: „threats without enemies“

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes weitete sich auch die Wahrnehmung von Sicherheitsrisiken aus; die Einhaltung der Menschenrechte wird im neuen internationalen Rechtsverständnis nicht mehr länger als innere Angelegenheit betrachtet, sondern als Sicherheitsproblem definiert – welches den Einsatz militärischer Gewaltmittel rechtfertigt (vgl. Spreen 2010: 205). Eine wichtige Zäsur hierfür stellt der UNDP¹⁰-Bericht des Jahres 1994 („New Dimensions of Human Security“) dar, der den Paradigmenwechsel hin zur „menschlichen Sicherheit“ festschrieb (Thomas/ Tow 2002: 178). Mit dem Konzept der „human security“ wird Sicherheit von der staatlichen auf eine individuelle Ebene gehoben, ausgehend von der Annahme „A secure state untroubled by contested territorial boundaries could still be inhabited by insecure people“ (ebenda) rückt der Schutz „subnationaler Akteure“ (soziale Gruppen und Individuen) ins Zentrum der Aufmerksamkeit (vgl. Debiel/ Werthes 2005: 9). Der Gefahrenbegriff (und somit die Ursache von Unsicherheit) berücksichtigt nun auch Gefahren, die Menschen als Bedrohung *wahrnehmen*:

„For most people, a feeling of insecurity arises more from worries about daily life than from the dread of a cataclysmic world event. Will they and their families have enough to eat? Will they lose their jobs? Will their streets and neighbourhoods be safe from crime? Will they be tortured by a repressive state? Will they become a victim of violence because of their gender? Will their religion or ethnic origin target them for persecution?“ (UNDP 1994: 22).

Zusammengefasst wird dieser Fokus auf die Individuen in den Schlagwörtern „Freedom from wants“ (im Sinne ökonomischer und sozialer Freiheit) und „Freedom from fear“ (vgl. ebenda: 24). Für die folgenden Ausführungen zentral ist neben dem Aspekt der „Freiheit von Furcht“ außerdem die Wahl des Begriffs „feeling of insecurity“ – das „subjektive Sicherheitsgefühl“ fand so Eingang in die Konzeption „menschlicher Sicherheit“, wodurch der Report als

¹⁰ Das UNDP veröffentlicht jährlich den sogenannten *Weltentwicklungsbericht (Human Development Report)*.

verschriftlichter Beginn der politischen Karriere des „subjektiven Sicherheitsgefühls“ gesehen werden kann.

Insbesondere im vergangenen Jahrhundert haben sich somit gravierende Veränderungen sowohl für das Verhältnis von Staat, Sicherheit und Gesellschaft, als auch für die Definition von Sicherheits- und Unsicherheitslagen ergeben. Durch die Übernahme der Sicherheit hat der Staat nicht nur das Recht zur Gewaltanwendung – sondern vor allem auch die Pflicht zur Sicherheitsgewährung. Der dargestellten Entwicklung folgend umfasst diese Gewährung nunmehr ein breiteres Spektrum, neben der objektiven eben auch die subjektive Komponente der Sicherheit: Menschen möchten sich auch sicher *fühlen* (vgl. Frevel 2003: 322).

3.2 Das gestörte Sicherheitsgefühl

Gegenwärtig befinden sich die meisten westlichen Staatssysteme in einer Situation relativer Sicherheit: „Hohe Lebenserwartung, ausgezeichnete medizinische Versorgung, weitgehend vorhandene soziale Sicherungssysteme, rechtsstaatliche Absicherung durch Justiz und Polizei sowie eine funktionierende Demokratie“, urteilt etwa Zurawski (2007: 9). Schlussfolgerungen einer „unsicheren“ Gesellschaft (im Sinne der obigen Definitionsversuche) bestätigt dies – trotz aller möglichen Kritik an jeder einzelnen dieser Feststellungen – eher nicht. Dennoch scheinen Angstphänomene zur „sozialpsychologischen Grundausstattung“ der Moderne zu gehören (Kubink 2004: 272, er fokussiert dies im Begriff der *Sorgengesellschaft*), Angstwahrnehmung und Angstdiskurse sind eingeflochten in Gesellschaftsverständnisse. Man könne der Angst „eine große politische und moralische Zukunft“ voraussagen, so Luhmann (1986: 241): Wer Angst um seine Sicherheit hat, hat Recht. Denn Angstkommunikation ist immer authentische Kommunikation, da man sich selbst bescheinigen kann, Angst zu haben, ohne dass andere dies widerlegen können. Sie widersteht folglich jeder Kritik der reinen Vernunft; wer Angst hat, ist moralisch im Recht. Sie macht es zur Pflicht, sich Sorgen zu machen und Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren zu fordern. Dies macht Angst attraktiv für die öffentliche Kommunikation (vgl. ebenda).

Ursachenforschung

Die wachsende wissenschaftliche Differenzierung des Angst-/Furchtthemas ist für den politikwissenschaftlichen Gebrauch jedoch letztlich zu komplex¹¹, den hier untersuchten Fragestellungen zudem gar nicht dienlich. Da jedoch zu beobachten ist, dass sich die Furcht von „realen“ Entwicklungen abkoppelt (also über das „normale“ Ausmaß an Vorsicht und Beunruhigung hinausgeht), wird angenommen, dass sie eine Reaktion auf andere, allgemeine soziale Verunsicherungen und Beunruhigungen darstellt: Ein konkreter

¹¹ vgl. hierzu etwa das Verständnismodell von Boers (2002).

Gegenstand der Angst wird somit zwar wahrgenommen, dient darüber hinaus aber als Projektionsfläche für andere Ängste (vgl. Sessar 1998: 401 sowie Sessar/ Stangl 2007: 13).

Als Ursache dieser anderen Ängste werden Umbruchssituationen, damit einhergehend Unübersichtlichkeit angenommen. So bemerken Hope/ Sparks: „Sometimes the question of fear seems chronically enmeshed with the dynamics of de-traditionalisation and an accompanying sense of disruption of formerly settled moral and customary orders“ (2000: 5). Mit Umbruch ist hier also eine wachsende Verflüchtigung alter Sicherheiten, von Rückhalt und Geborgenheit gemeint, auch „von Traditionen, Moral, Geltung, Grenzen, Solidarität, Beziehungen, einfachen Kausalitäten und Zurechnung“ (Sessar 1998: 402). Es scheint sich bei den verbreiteten Unsicherheitsgefühlen somit im Wesentlichen um soziale Ängste zu handeln, verstärkt durch „die Verbindung eines krisenhaften ökonomischen Wandels mit einer neoliberal konturierten Politik des Ab- und Umbaus des Sozialstaates“ (Scherr 2010: 23). Dem gleichen Ansatz folgend, rechnen einige AutorInnen die Furcht generell dem Risikodiskurs zu. Dessen Grundannahme ist, dass moderne Gesellschaften seit einiger Zeit grundlegenden Transformationsprozessen unterliegen – wobei Risiken und Unsicherheiten einen zentralen Platz einnehmen (vgl. Groenemeyer 2010: 7). Risiken wurden so zu charakteristischen Merkmalen einer Gesellschaft, das Risiko, so Beck (1986) löst das alte Problem der Ungleichheit ab, an die Stelle der ungleichen Gesellschaft tritt die unsichere Gesellschaft: „Die treibende Kraft in der Klassengesellschaft lässt sich in dem Satz zusammenfassen: ‚Ich habe Hunger‘. Die Bewegung, die mit der Risikogesellschaft in Gang gesetzt wird, heißt: ‚Ich habe Angst‘ – An die Stelle der ‚Gemeinsamkeit der Not‘ tritt die ‚Gemeinsamkeit der Angst‘“ (Beck 1986: 65f. zit. n. Sessar 1998: 403). Der von Beck beschriebene „Weg in eine andere Moderne“ ist unübersichtlich und risikoreich. Charakteristisch für diese Risiken ist, dass man wenig von ihnen weiß und dass sie deswegen schwer entscheidungsfähig und kontrollierbar sind. Deutlich kommt das etwa in Prozessen der Individualisierung (einhergehend mit politischen Entwicklungen, in Folge derer diese Risiken zunehmend vom Staat auf die Individuen verlagert werden) und „Flexibilisierung“ aller Sphären von Lebens- und Arbeitswelt zum Ausdruck (vgl. Weinandy 2008: 5).

Doch auch die konkrete (und für die spezifische Ausprägung der Kriminalitätsangst in Österreich relevante) Umbruchssituation durch das Ende des „Eisernen Vorhangs“ stellt eine Dimension dieser Unübersichtlichkeit dar, der Sessar (1998: 402) „erhebliche Verstärker- oder Beschleunigungseffekte“ attestiert. Sie gelte zudem als Paradebeispiel dafür, wie die gegenwärtige Situation Fragen nach der Identität aufwirft, so Moisi (2009: 29): „Zur Zeit des Kalten Krieges gab es keinen Grund, zu fragen: ‚Wer sind wir‘? Die Antwort ließ sich unmittelbar von jeder Karte ablesen, die die beiden gegnerischen Systeme, welche den Globus unter sich aufteilten, abbildete.“ In einer Welt, die fortwährend im Wandel begriffen ist und – wie im europäischen Fall – keine nationalstaatlichen Grenzen (mehr) kennt, sei diese Frage hingegen von höchster Brisanz.

3.3 Kriminalität im Fokus gefühlter Unsicherheiten

Ein (nicht nur für Österreich zu beobachtendes) Charakteristikum ist der Bezug dieses „neuen“ (Un-)Sicherheitsdiskurses auf das Thema „Kriminalität.“ Nun ist Kriminalität unverkennbar Teil des Diskurses und der Politik um Probleme der (inneren) Sicherheit. Da in der Bevölkerung zudem eine Wahrnehmung von Kriminalität als eines der wesentlichen sozialen Probleme der Gesellschaft¹² herrscht, findet ihre Thematisierung Eingang in den öffentlich-politischen Diskurs. Hope/ Sparks (2000: 1) bezeichnen die Auswirkungen der Furcht (vor Kriminalität) sowie die Beantwortung dieser Furcht durch Staaten und Unternehmen gar als eines der wichtigsten und umstrittensten Themen im kulturellen und politischen Leben „postmoderner“ Gesellschaften. Dementsprechend füllt Furcht vor Kriminalität besagte Unsicherheiten im politischen Diskurs fast ganz aus, „Fear of crime has become a currency of political competition“ (ebenda). Warum aber ist dieses Bedrohtheitsgefühl so stark auf Kriminalität bezogen? Im Sinne der oben präsentierten Argumentationsgrundlage stellt Kriminalitätsfurcht als Unsicherheitsgefühl kein von anderen Sorgen loszulösendes und isoliert zu betrachtendes Phänomen dar (vgl. auch Frevel 1998: 123). Sie ist vielmehr eine spezifische Form der Beunruhigung, die andere Unsicherheiten „bündelt.“ Die Angst vor Verbrechen ist in diesem Sinne eine unbewusste Kanalisierung anderer Ängste, die aufgrund ihrer Eigenschaften unnachgiebiger, vor allem aber nicht kontrollierbar sind.

Kriminalität erscheint aufgrund einiger Spezifika besonders geeignet, im Zentrum des Unsicherheitsdiskurses zu stehen, also als Fokussierung anderer Ängste zu dienen: Denn in Kriminalitätsdiskursen findet verstärkt statt, was für Sicherheitsdiskurse generell gilt: „Verständigung darüber, was der Gesellschaft droht, welche sozialen Übereinkünfte verletzt und welche Gleichgewichte verrückt werden“ (Kuschej/ Pilgram 2002: 39). Dementsprechend geeignet erweist sich Kriminalität, im Unterschied zu abstrakt bleibenden Risikoträgern, auch als Projektionsfläche für ganz andere Ängste: „Fear of crime (...) is an unconscious displacement of other fears which are far more intractable“ (vgl. Hollway/ Jefferson 1997: 263). Dies funktioniert vor allem deshalb, weil der Bedrohungsfaktor im Bereich der Kriminalität zumindest ansatzweise eingegrenzt ist. Die Risiken, um die es im Kriminalitätsdiskurs geht, haben in der Regel individuelle identifizierbare Opfer und individuelle identifizierbare Angreifer. Das macht sie greifbar, erkennbar. Dementsprechend werden Delikte, die kein bekanntes Opfer haben (zum Beispiel Steuerhinterziehung) oder deren TäterIn nicht feststellbar ist (zum Beispiel Umweltverschmutzung durch die unsachgemäße Entsorgung von Schadstoffen) in der Regel nicht Teil des „Kriminalitätsfurcht-Diskurses.“ Die Unterstützungsinstanzen (Polizei, Justiz oder „der Staat“) sind im Kriminalitätsdiskurs klar identifizierbar, „die Guten“ bekannt. Dem entgegengesetzt sind die TäterInnen in der Regel eher fremd – Verbrechen in der Familie, in die keine

¹² So bestätigen empirische Untersuchungen für Deutschland seit Mitte der 1980er-Jahre eine steigende gesellschaftliche Beunruhigung in Bezug auf Kriminalität, diese wird als „sehr beunruhigendes“ soziales Problem wahrgenommen (vgl. Peters 1998: 9ff.).

Fremden involviert sind, werden seltener als Bedrohung beziehungsweise überhaupt als Kriminalität wahrgenommen. Diese Konstruktion einer Gefahr „von außen“ schafft Loyalität und sozialen Zusammenhalt, lässt das jeweilige Problem aber vor allem kontrollierbar erscheinen (vgl. Hollway/ Jefferson 1997: 260). Die für gegenwärtige (Un-)Sicherheitsdiskurse charakteristische Diffusität wird hierdurch aufgehoben (vgl. Frevel 1998: 123), im Gegensatz zu anderen Risiken erscheinen jene der Kriminalität sowohl erkenn- als auch bekämpfbar. Dies zeigt sich auch an der Art der besonders gefürchteten kriminellen Handlungen: Im Mittelpunkt der Ängste stehen im Wesentlichen nicht diffuse Deliktformen (wie etwa „organisierte Kriminalität“), sondern *personal-crime* („Verbrechen gegen Leib und Leben“) und Eigentumsdeliktarten, die auf persönliche Betroffenheit zielen (vgl. Frevel 1998: 17). Der überwiegende Teil von Befragten, die annehmen, in naher Zukunft wahrscheinlich Opfer einer Straftat zu werden, denkt dabei an Straßenkriminalität (Raub oder Überfall), immerhin jeder zweite an einen Einbruch in Haus oder Wohnung (vgl. Hefendehl 2000: 182). Während sich die Kenntnis von Opfern im sozialen Nahbereich auf die Kriminalitätsfurcht lediglich leicht steigernd auswirkt, führt die Kenntnis von Einbruchsdelikten in eben diesem zu den bedeutendsten Erhöhungen der emotionalen Furchtreaktion (weniger aufgrund möglicher Eigentumsverluste, sondern aufgrund des Eindringens Fremder in eine höchstpersönliche Sphäre, vgl. ebenda).

Die Prozesse des sozialen und politischen Wandels der vergangenen Jahrzehnte – und eben auch die konkrete Umbruchssituation in Osteuropa, die mit der Auflösung von Grenzen einherging – führen dieser Argumentation zufolge zur Bündelung von Unsicherheiten im leichter fassbaren Problem der Kriminalität.

Auf politischer Ebene wurde und wird jedoch anders argumentiert: Die Antwort (wiederum nicht nur für den österreichischen Fall, hier aber mit konkreter raum-zeitlicher Zuschreibung) auf die Frage nach den Ursachen der Zunahme von Kriminalitätsfurcht wird in der Zunahme von Kriminalität (also der objektiven Bedrohung durch kriminelles Handeln) im Zusammenhang mit den politischen Veränderungen seit 1989 gesehen.

Tatsächlich ist für die letzten beiden Jahrzehnte ein Kriminalitätsanstieg anhand der Kriminalitätsstatistiken unschwer nachzuweisen. Dennoch greift die Erklärung gesteigerter Furcht mittels der gestiegenen Anzahl krimineller Handlungen zu kurz, setzt sie doch einerseits die objektive Erfassbarkeit kriminellen Handelns, andererseits einen direkten Zusammenhang zwischen objektivem Sicherheitsrisiko und subjektiver Wahrnehmung voraus – und somit zwei Annahmen, die – wie das folgende Kapitel unter anderem zu zeigen versucht – so nicht zutreffen.

4 Kriminalitätsdiskurse: Zur Rolle von Politik und Medien für die Wahrnehmung von Kriminalität

4.1 Die Kriminalitätsstatistik als Maßstab objektiver Gefährdung

Kriminelles Handeln wird als solches nicht zur Gänze registriert, denn statistisch erfassbar ist nur ein Teil der insgesamt vorfindbaren Devianz, das sogenannte Hellfeld (vgl. Kania 2004: 138).

Für Österreich finden sich diese erfassbaren Daten seit 1971 im jährlich veröffentlichten Sicherheitsbericht („Bericht der Bundesregierung über die innere Sicherheit in Österreich“), dem der Kriminalitätsbericht beigelegt ist. Dieser (auch als Polizeiliche Kriminalstatistik/ PKS bezeichnete Bericht) stellt im Prinzip eine Anzeigenstatistik dar, er weist die bekannt gewordenen sowie die durch Ermittlung eines Tatverdächtigen geklärten Fälle, außerdem die als Tatverdächtige ermittelten Personen aus. Die dargestellten Tatverdächtigenzahlen haben jedoch nur beschränkte Aussagekraft, zur Feststellung der rechtskräftig verurteilten TäterInnen muss zusätzlich die (nachvollziehbarer Weise mit zeitlicher Verzögerung nach dem Kriminalitätsbericht erscheinende und medial wie politisch wesentlich weniger beachtete) gerichtliche Kriminalstatistik (auch: Verurteiltenstatistik) herangezogen werden, die nur tatsächliche Verurteilungen erfasst. Primär stellt der Kriminalitätsbericht also eine Art „Arbeitsnachweis“ der Polizei dar, weshalb seine Eignung zur Beurteilung des „objektiven“ Kriminalitätsgeschehens genau reflektiert sein will. Für Legislative, Exekutive und Wissenschaft sind die Berichte dennoch ein Hilfsmittel, um Erkenntnisse über Delikthäufigkeiten sowie über Entwicklungstendenzen zu gewinnen. Je nach Deliktart sind sie dabei eine mehr oder weniger starke Annäherung an die Realität, jedoch kein „getreues Spiegelbild“ (vgl. Frevel 1998: 39). Gesicherte Befunde zur Häufigkeit bestimmter Straftaten ergeben sich beispielsweise nur für jene Deliktarten, die der Polizei nahezu vollständig bekannt werden (etwa Banküberfälle oder Flugzeugentführungen). Im Hinblick auf die große Masse der anderen Straftaten lassen sich aus der Statistik hingegen vor allem relative Aussagen (beispielsweise der Vergleich zweier Regionen) ableiten, wobei die Ergebnisinterpretation auch auf diesem Niveau fehleranfällig ist (vgl. Pfeiffer et al. 1996: 27f.).

Den Hintergrund dieser Problematik bildet das „doppelte Dunkelfeld“. Dunkelfeld meint die Menge der tatsächlich stattfindenden, jedoch nicht registrierten Straftaten. Ein Teil davon, das sogenannte relative Dunkelfeld, ist die Kriminalität, die Menschen real erfahren (als Opfer, TäterIn oder ZeugIn oder durch Mitteilung aus dem sozialen Nahraum), aber nicht zur Anzeige bringen (etwa weil sie als Bagatelle erscheint und/ oder die Betroffenen sich nichts von einer Anzeigeerstattung versprechen, vgl. Dimmel/ Hagen 2005: 238). Verzerrend hinzu kommt, dass sowohl die Anzeigenbereitschaft als auch die Aufklärungsquote der Polizei von Delikt zu Delikt variieren (vgl. Pfeiffer et al. 1996: 27). Dennoch ist das relative Dunkelfeld

begrenzt durch Forschung erhellbar, weshalb seit den 1960er-Jahren ergänzende Dunkelfeldbefragungen (TäterIn, Opfer und deren soziales Umfeld werden zu ihrem persönlichen Erleben von nicht registrierter Kriminalität befragt) durchgeführt werden (vgl. Kania 2004: 138).

Ein zweiter Teil dieser Wirklichkeitsebene, das absolute Dunkelfeld, ist hingegen nicht erfassbar, beispielsweise weil TäterIn und Opfer in Befragungen keine Auskunft geben würden (beziehungsweise es nicht mehr können) oder sich des kriminellen Gehaltes ihrer Handlungen gar nicht bewusst sind (vgl. ebenda sowie Dimmel/ Hagen 2005: 238).

Es ist daher unmöglich, alle stattfindenden (und strafrechtlich relevanten) Normverstöße abzubilden, Kriminalität als objektiv zu messender Sachverhalt existiert nicht. Großteils wird kriminelles Handeln folglich nicht registriert, sondern als solches interpretiert. Dies tun in staatlichem Auftrag die für innere Sicherheit zuständigen Instanzen. Die Beunruhigung über Kriminalität, die mit der statistisch dargestellten Kriminalitätshäufigkeit variiert, variiert also mit den Merkmalen der Tätigkeit dieser Instanzen (wesentliche Faktoren sind daher die Kapazitäten und die Verfolgungsintensität von Polizei und Justiz, deren professionelle Interessen etc.). Nimmt man einen kausalen Zusammenhang zwischen Kriminalitätshäufigkeit und Beunruhigung an, so muss man anmerken, dass besagte Beunruhigung auch das Ergebnis der Bemühungen von Polizei und Justiz ist. Erwägungen dieser Art reizen zu Pointierungen, denen zufolge Kriminalität als Problem „inszeniert“ werden kann (vgl. Peters 1998: 10f.).¹³

Diese Unmöglichkeit der statistischen Wahrnehmung aller kriminellen Handlungen sowie die angeführten Fehlerquellen sind für den weiteren Fortgang der Argumentation jedoch nicht sonderlich bedeutsam – denn die Annahme eines direkten (monokausalen) Zusammenhanges zwischen objektiver Sicherheit und dem für vorliegende Untersuchung wichtigerem „subjektiven Sicherheitsgefühl“ gilt durch zahlreiche empirische Befunde als widerlegt.¹⁴ Unsicherheitsgefühle sind in der Regel auf etwas anderes als die tatsächliche Bedrohung zurückzuführen, das „subjektive Sicherheitsgefühl“ spiegelt jedenfalls nicht die objektive Gefährdungslage wider (vgl. Peters 1998: 12). Gleichermaßen haben Veränderungen der objektiven Sicherheitslage keine unmittelbaren Auswirkungen auf die gefühlte Sicherheit. Da die für das Sicherheitsgefühl konstitutiven Faktoren entscheidend durch die persönliche Wahrnehmung von Kriminalität bestimmt werden, ist nicht die objektive

¹³ Dass dabei auch berufspolitische Interessen von Relevanz sein können, wurde in diversen Studien nachgewiesen. Eine solche, besonders bekannte Studie stammt von Taylor (1998), der aufzeigte, dass die englische und walisische Polizei mit der Absicht, ihren sozialen Status zu verbessern, über Jahrzehnte auf die Erhöhung der statistischen Kriminalität zielte (zit. n. Peters 1998: 10).

¹⁴ So gingen etwa in der unmittelbaren Nachwendezeit die objektive und subjektive Bedrohung in Ost- und Westdeutschland deutlich auseinander: Die Ostdeutschen zeichneten sich durch ein Furchtniveau aus, das über dem der Westdeutschen lag, obwohl sich die Kriminalitätsrate im Osten damals noch auf einem viel niedrigeren Niveau befand (vgl. Reuband 2009: 243).

Gefährdungslage, sondern vor allem die Art dieser Wahrnehmung ausschlaggebend für seine Entstehung (vgl. Schewe 2006: 323f.).

Politikwissenschaftliche Relevanz

Für die politikwissenschaftliche Betrachtung sind diese Feststellungen vor allem deshalb relevant, weil sich (nicht nur in Österreich) sowohl in der Kriminalitätsdarstellung als auch in ihrer Bekämpfung die Hinwendung zu einer sehr subjektiven Konzeption feststellen lässt. Ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückt die *Vorstellung* von Kriminalität, Gefühle von Sicherheit und Unsicherheit (die zu diesem Zweck zum „Sicherheitsgefühl der Bevölkerung“ verallgemeinert werden) finden politische Beachtung (vgl. Kubink 2004: 273). Neben der Verhinderung krimineller Handlungen soll folglich auch der Kriminalitätsfurcht in der Bevölkerung entgegengewirkt werden. „Der Bürger“ und sein „Sicherheitsgefühl“ wurden zu einer zentralen Größe der Sicherheitspolitik, „Art und Ausmaß der Furcht des Bürgers vor kriminalitätsbedingten Gefährdungen und Unsicherheiten werden in dieser Perspektive zu demjenigen Maßstab, an dem kriminalpolitische Strategien ausgerichtet werden“ (Groll et al. 2008: 343). In der Folge reagieren politische AkteurInnen nicht auf die – eben nicht objektiv messbaren – statistischen Veränderungen – sondern auf die „Gefühle der Bevölkerung“, deren Ängste und Unsicherheiten werden als Anlass für politisches Handeln genommen („Sicherheitsgefühl stärken“). Als Mittel zur Bekämpfung der Unsicherheit wird folglich die Bekämpfung der Kriminalität gewählt, der „Kampf gegen das Verbrechen“ wird so zum „Kampf gegen die Kriminalitätsfurcht“ (Kreuzträger/ Osterholz 2007: 94).

Die Entdeckung der subjektiv wahrgenommenen Bedrohung der Gesellschaft hat aber auch die Legitimationsgrundlage repressiver Strategien verbreitert: Maßnahmen, die nicht mit einer zu erwartenden Senkung faktischer Kriminalitätsbelastung begründbar sind, werden nunmehr auf die Bekämpfung der Kriminalitätsfurcht zurückgeführt. Inhaltlich bezieht der Diskurs um „innere Sicherheit“ dabei zunehmend auch die Aufrechterhaltung spezifischer Vorstellungen von „öffentlicher Ordnung“¹⁵ mit ein, die als Voraussetzungen sowohl der öffentlichen Sicherheit als auch der Sicherheitswahrnehmung an- und so in die Kriminalitätsbekämpfung aufgenommen wurden (vgl. Groll et al. 2008: 343ff.). Die Legitimierung solcher Maßnahmen (etwa verstärkte Kameraüberwachung und Polizei-präsenz) basiert auf dem dargestellten Trugschluss eines kausalen Zusammenhanges zwischen Kriminalitätsaufkommen und Unsicherheitsgefühlen. Auch die Effektivität der getroffenen Maßnahmen wird dieser Logik zufolge nicht anhand statistischer Verbesserungen, sondern an der Erhöhung der gefühlten Sicherheit in der Bevölkerung beurteilt. Dies birgt die Gefahr, dass Sicherheitsgefühle als Vehikel für eine beliebige (Kriminal-)Politik benutzt werden und diese somit unangreifbar gestellt wird (vgl. Hefendehl 2000: 176).

¹⁵ Diese Annahme basiert(e) auf der sogenannten *Broken-Windows-Theory* (vgl. Wilson/ Kelling 1997). Ordnung wird demnach als durch die Beseitigung von „Incivilities“ (Verschmutzung, Graffiti, Vandalismus) und die Verdrängung derer, die sie verursachen (oder gar selbst darstellen) herstellbar verstanden.

Im Folgenden wird auf die weiter oben dargestellte These zurückgegriffen, wonach generelle Ängste (Unsicherheiten) die Folie für spezielle Ängste (Kriminalitätsfurcht) sind. Das Vorhandensein dieser Unsicherheiten bildet zwar die Bedingung für (Un-) Sicherheitsdiskurse – damit sich die allgemeine Verunsicherung aber in einer konkreten Problemwahrnehmung spiegelt, Kriminalitätsfurcht eine die realen Anlässe (also die objektive Kriminalitätswirklichkeit und somit die Sicherheitslage) übersteigende Zuspitzung bekommt, bedarf es noch anderer Auslöser (vgl. Sessar 1998: 405). Neben den latenten Unsicherheiten und der konkreten Sicherheitsbedrohung nennt Richards (2007: 131) zwei weitere Faktoren als Hauptquellen des kollektiven Sicherheitsempfindens. Im Gegensatz zur konstanten Verunsicherung sei deren Variation bestimmend dafür, „how much the capacity for fear is mobilised, what threat or risk it is most attached to, and whether and how it may come to dominate political agendas.“ Als wesentlich hierfür erachtet er die Kommunikation über konkrete Sicherheitsbedrohungen.¹⁶ Neben dem medialen Diskurs über die Bedrohung (Mediation) spielt auch der politische Diskurs („Government strategy for managing communication about these threats, and other official communications about danger“) eine wesentliche Rolle für die Herausbildung einer kollektiv wahrgenommenen Sicherheitsbedrohung (ebenda). Dieser Annahme, dass politisches Kommunizieren und Handeln folglich Anteil an der Entwicklung subjektiver Unsicherheit hat, soll im Weiteren nachgegangen, eine theoretische Diskussion um die Rolle der Politik im Prozess der Wahrnehmung von Kriminalität als zentrale Sicherheitsbedrohung forciert werden. Eingangs eröffnet sich daher die Frage, wie es zur Wahrnehmung von Kriminalität und in der Folge zur Herauskristallisierung subjektiver Unsicherheiten kommt, wo die empfundene Angst also herkommt und wer an ihrer Entstehung wie mitwirkt, wobei auch auf die Bedeutung der objektiven Sicherheitslage im Rahmen dieses Prozesses näher eingegangen wird.

Für den weiteren Verlauf der Argumentation wird die Differenzierung zwischen objektiven und subjektiven Unsicherheiten übernommen – ermöglicht sie doch die für diese Untersuchung wesentliche theoretische Erklärung der Diskrepanzen zwischen Umfang und Art der objektiven Unsicherheiten und den Vorstellungen, die in der Bevölkerung als Ergebnis des Wahrnehmungsprozesses von Kriminalität darüber existieren.

4.2 Subjektive Unsicherheit als „Kriminalität in den Köpfen“

Das „subjektive Sicherheitsgefühl“ ist im Unterschied zur objektiven Sicherheit Ergebnis eines Prozesses, in dessen Verlauf die objektiven Bedingungen wahrgenommen und im Hinblick auf den Aspekt der Sicherheit (subjektiv) bewertet werden (vgl. Rölle 2010: 92). Anstatt der Frage nachzugehen, ob Kriminalitätsfurcht rational ist, macht es daher Sinn, die Entstehungsbedingungen dieser Bewertungen zu untersuchen. Dabei ist sowohl die Mikroperspektive (Individuum) als auch die Makroperspektive (Gesellschaft) von Interesse

¹⁶ Die kommunikative Konstruiertheit von Bedrohung und Sicherheit wurde auch in den jüngeren theoretischen Debatten der Internationalen Beziehungen reflektiert und findet sich in konstruktivistischen, kritischen und postmodernen Ansätzen wieder (vgl. Schirmer 2008: 12).

(vgl. Reuband 2009: 233). Im Folgenden werden daher die verschiedenen Faktoren und Prozesse der Wahrnehmung kriminellen Verhaltens dargestellt.

Der für den politisch-medialen Diskurs zentrale Begriff des „subjektiven Sicherheitsgefühls“ bezeichnet die Einschätzung der eigenen Sicherheit. Subjektive Unsicherheit geht dabei jedoch weit über den kriminologischen Begriff der Kriminalitätsfurcht hinaus (vgl. Schewe 2006: 322): Zum einen erfasst das Sicherheitsgefühl auch die Beunruhigung durch mittelbare Beeinträchtigungen (wie die Besorgnis anlässlich massenhafter Kleinkriminalität), während die personale Kriminalitätsfurcht nur die Besorgnis vor eigenen unmittelbaren Gefährdungen durch Kriminalität meint. Zum anderen schließt das Sicherheitsgefühl, wie dargestellt, auch solche Beeinträchtigungen der Sicherheit ein, die nicht durch Kriminalität hervorgerufen werden (etwa Sorgen um den Verlust des eigenen Arbeitsplatzes). In Kriminalitätsdiskursen manifestieren sich also Ergebnisse eines mehrstufigen Prozesses der Wahrnehmung und Interpretation eines Sachverhaltes, der über die Wahrnehmung der tatsächlich verübten Kriminalität hinausgeht.

Kania (2004: 140) schlägt daher die Analyse auf Grundlage einer sozialkonstruktivistisch beeinflussten Sicht von Kriminalitätswirklichkeit vor, die der Argumentation in diesem Kapitel als Basis dient. Sein „Modell der drei Kriminalitätswirklichkeiten“ bezieht sich auf einen dritten Zugang, welcher Kriminalitätsstatistik (Ebene 1) und Dunkelfeldforschung (Ebene 2) durch das subjektive Erleben von Kriminalität – „die Kriminalität, die in unseren Köpfen stattfindet“ (erstmalig Walter 1995: 211) – ergänzt.

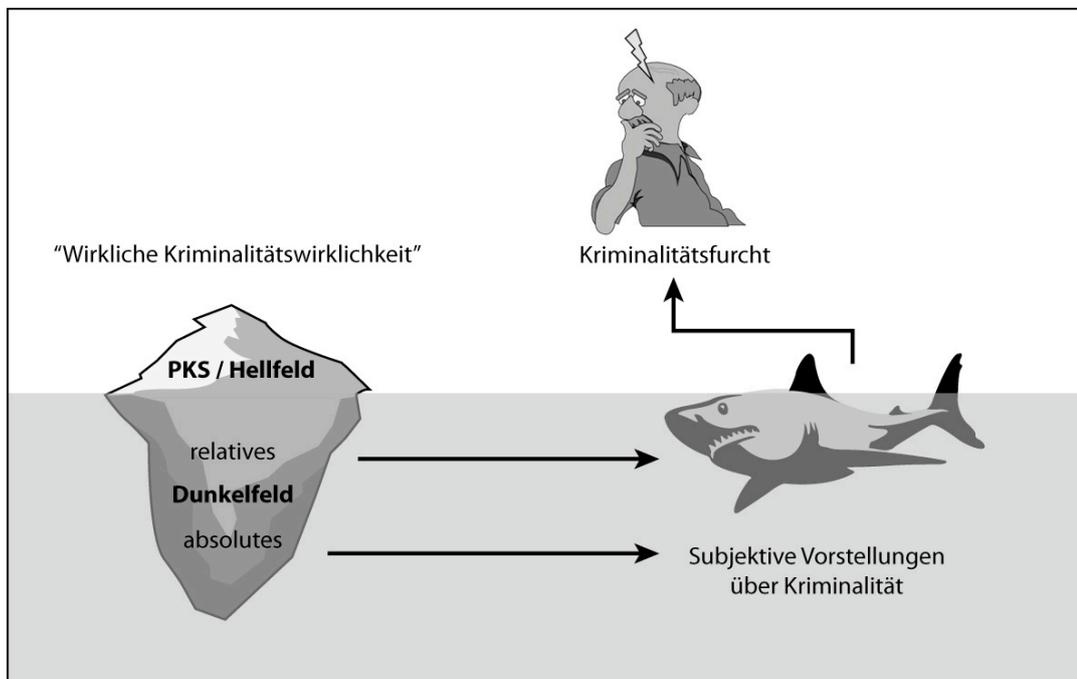


Abb. 2: Modell der drei Kriminalitätswirklichkeiten

(eigene Darstellung nach Kania 2004: 142)

Abbildung 2 stellt diese drei Kriminalitätswirklichkeiten dar. Die ersten beiden Ebenen sind dabei im „Eisberg“ enthalten, wobei die Kriminalitätsstatistik durch den oberhalb des Wassers liegenden Teil repräsentiert wird. Das Dunkelfeld (der größere Teil) liegt unter der (Wasser-)Oberfläche. Der ganze Eisberg steht somit für die „wirkliche Kriminalitätswirklichkeit“ als Gesamtheit der tatsächlich verübten Straftaten.

4.2.1 Politisch-publizistische Verstärkerkreisläufe

Lange Zeit befassten sich Untersuchungen zur Kriminalitätswirklichkeit und ihrer Wahrnehmung vordergründig mit der Frage, welche Formen von Kriminalität in welchem Ausmaß vorkommen. Man ging davon aus, dass es ein stabiles empirisches Phänomen „Kriminalität“ gäbe, welches sich mit geeigneten Erfassungsmethoden (eben in Form der Kriminalitätsstatistiken) auch zuverlässig abbilden ließe. Die Nutzbarkeit und die Schwächen dieser Daten wurden bereits ausführlich dargestellt. Dennoch gilt der Kriminalitätsbericht bis heute als *der* Indikator dafür, wie sich Kriminalität entwickelt. In der öffentlichen Diskussion um Kriminalitätsentwicklung insgesamt nimmt die jährliche Veröffentlichung folglich eine zentrale Rolle ein. Der Vorteil von Kriminalitätsstatistiken liegt vor allem in ihrer Handlichkeit – Kriminalität wird in Zahlen dargestellt, wodurch sie messbar erscheint und den meisten Menschen daher als die am ehesten zugängliche Erscheinungsform von Kriminalität dient (vgl. Kania 2004). Tatsächlich sind diese (als objektive Kriminalitätswirklichkeit vermittelten Zahlen) also wichtig für die subjektive Wahrnehmung von Kriminalität durch die Bevölkerung – aber eben *durch* ihre Vermittlung via Massenmedien und Politik, die in der Regel Interpretationen mitliefern und – auch dies mit großen Effekten auf die Wahrnehmung – nur selten auf die tatsächliche Aussagekraft ihrer Quellen verweisen.

Für das Entstehen der dritten Ebene der Kriminalitätswirklichkeit sind folglich andere Determinanten wesentlich:

„Was als Furchtemotion nur persönlich wahrgenommen werden kann, entsteht aus Anlass bedrohlicher Erlebnisse sowie der direkten Kommunikation hierüber (Mikroebene), wird aber vor allem vom politisch-publizistischen Kriminalitätsdiskurs auf der gesellschaftlichen Makroebene geprägt“ (Boers/ Kurz 2001: 128).

Sicherheit und Unsicherheit sind wie Bedrohungen das Produkt von Kommunikation (vgl. Schirmer 2008: 11): Kriminalität als Thema und entsprechend Kriminalitätsfurcht entsteht nicht aus sich heraus, es muss darüber kommuniziert werden. Die Art und Weise, wie über Kriminalität berichtet wird, bestimmt Wissen und (korrespondierend) Nichtwissen, die wahrnehmbare Realität von „Kriminalität“ und „Kriminalitätsfurcht“ ist also kommunikativ konstruiert. Diese subjektiven Vorstellungen von Kriminalität werden durch die beiden anderen Wirklichkeitsebenen mittelbar beeinflusst (vgl. Kania 2004: 141).

Im Folgenden werden die an der kommunikativen Konstruktion subjektiver Kriminalitätsvorstellungen beteiligten Instanzen und ihre Verbindungen zueinander erläutert. Ziel ist die Darstellung der Prozesse hinter der subjektiven Wahrnehmung und vor allem die Diskussion der Rolle von Politik und Medien. Als Basis der Beschäftigung mit den Konstrukteuren der Kriminalitätswirklichkeit wird wiederum die grafische Aufbereitung von Kania (2004: 142 sowie 2003: 62) herangezogen (Abbildung 3).

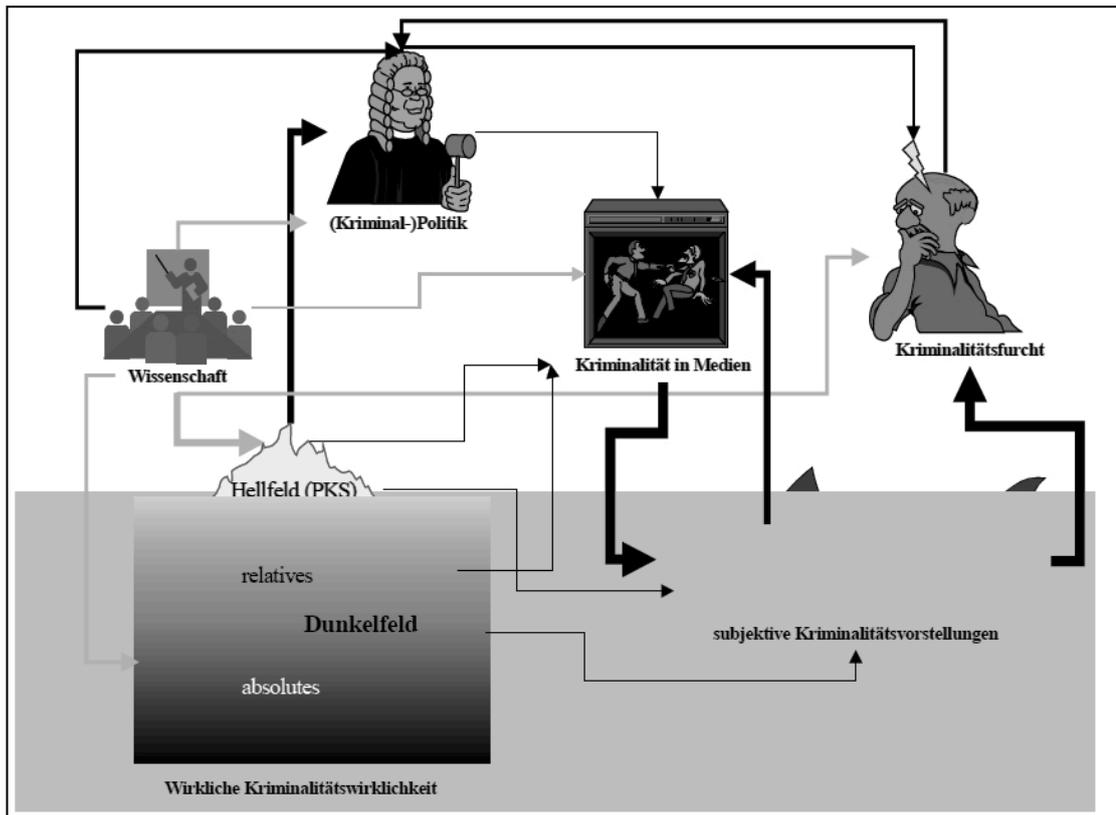


Abb. 3: Konstruktion der gesellschaftlichen Kriminalitätswirklichkeit
(Kania 2003: 62)

Sein Instanzenmodell stellt den theoretischen Status quo dar, ist also eine bildhafte Ausformulierung der interaktiven und mehrfach verschleiften Prozesse sowie von Art und Stärke empirischer Zusammenhänge.¹⁷ Dabei ist es notwendigerweise verkürzend und ungenau, eignet sich aber zur Darstellung der Wahrnehmung und insbesondere der Rolle von Politik und Medien¹⁸ - wobei deutlich wird, dass keinesfalls *nur* die Massenmedien den

¹⁷ Ein weiterer Versuch der Visualisierung dieser Prozesse findet sich bei Lamnek (2008: 190): Schematische Darstellung der Konstruktion von (Kriminalitäts-)Realität.

¹⁸ Die Verbindungen der Instanzen sind als Pfeile dargestellt, wobei dunkle Pfeile für Beeinflussungen stehen, während helle, von der Wissenschaft ausgehende Pfeile für deren Beschäftigung mit der jeweiligen Instanz stehen. Die Pfeilstärke entspricht der Intensität der jeweiligen Beeinflussung/ Beschäftigung.

primären Impuls für die Wahrnehmung von Kriminalität auslösen, die ihnen zugeschriebene *Agenda-Setting-Funktion*¹⁹ also sehr differenziert betrachtet werden muss.

Die in Abbildung 3 dargestellten Prozesse lassen sich wie folgt beschreiben:

- In der Gesellschaft tritt kriminelles Verhalten auf und wird (teilweise) polizeilich erfasst.
- Die Wissenschaft untersucht Entstehung und Verbreitung von Kriminalität und überlegt mögliche Gegenmaßnahmen.

Bereits an diesem Punkt beginnt ein Prozess, den Scheerer (1978) als „politisch-publizistischen Verstärkerkreislauf“ titulierte:

- Durch Gesetzesveränderungen versucht die Politik (teilweise unter Beachtung der wissenschaftlichen Erkenntnisse) der Kriminalität entgegenzuwirken.
- Aufgrund der ihr zugesprochenen gesellschaftlichen Bedeutung wird Kriminalität durch Medien dargestellt.

Wissen über Kriminalität wird überwiegend aus den Massenmedien (erst in den letzten Jahren vermehrt auch aus Netzwerkmedien) geschöpft. Folglich bildet die mediale Verarbeitung oder gar Erzeugung von Kriminalitätsbildern seit langer Zeit ein wachsendes Problemfeld wissenschaftlicher Erörterung (vgl. Kaiser 2002: 30). Dabei ist es nach Luhmann gar nicht entscheidend, ob die Kriminalitätsberichterstattung der Massenmedien „richtig“ ist:

„Es hat [...] wenig Sinn, zu fragen, ob und wie die Massenmedien eine vorhandene Realität verzerrt wiedergeben; sie erzeugen eine Beschreibung der Realität, eine Weltkonstruktion, und das ist die Realität, an der die Gesellschaft sich orientiert“ (Luhmann 1997: 1102 zit. n. Ohlemacher 2004: 184).

Zwei weitere Faktoren sorgen nun für den prägenden Einfluss der Medien auf die subjektiven Vorstellungen von Kriminalität „in den Köpfen“ der RezipientInnen: Eigene Erfahrungen mit Kriminalität sind selten und Medien (insbesondere das Fernsehen) haben eine enorme Glaubwürdigkeit der Darstellung – die durch die fehlende persönliche Erfahrung zu einer Art „monopolisierter Wirklichkeitsdeutung“ gerät. Deshalb werden die subjektiven Kriminalitätsvorstellungen viel stärker durch die Mediendarstellung als durch die „wirkliche“ Kriminalität beeinflusst. (vgl. Kania 2004: 143 sowie Dimmel/ Hagen 2005: 239). Der Vollständigkeit halber sei gesagt, dass es sich dabei keineswegs um Einwegkommunikation handelt: Die Vorstellungen von Kriminalität nehmen wiederum Einfluss auf die Auswahl und Art (Programmgestaltung und Inhalt) der medialen Darstellungen. Einerseits geschieht dies, weil MedienrezipientInnen bevorzugt solche Inhalte wählen, welche die größten (kognitiven und/ oder emotionalen) Gewinne bringen, wodurch sie über die Einschaltquote die künftige Programmgestaltung beeinflussen. Die Programmverantwortlichen sind zudem dem

¹⁹ Nach dem *Agenda-Setting-Ansatz* bestimmen Medien durch die Häufigkeit und Art ihrer Berichterstattung über ein Thema die Wichtigkeit dieses Themas für ihr Publikum (vgl. Plasser/ Seeber 2010: 275).

Umstand unterworfen, dass negative Prognosen und Bedrohungsszenarien attraktiver erscheinen als positive (vgl. ebenda).

Kriminalität in Wellen

Wesentlicher für vorliegende Untersuchung sind jedoch andere Prozesse hinter dem Zustandekommen der medialen Berichterstattung: Ausgangspunkt ist die Annahme, „Medien würden die Allgegenwart der ernsthaften Kriminalität und der gesteigerten Bedrohung suggerieren, Krisen im Sicherheitsgefühl der Bevölkerung wenn nicht auslösen, so doch zumindest verstärken“ (Herbert 1993: 191). Untersuchungen hierzu lassen sich unter dem Begriff der „Kriminalitätswellen“ (crime waves) sammeln. Eine der bekanntesten Studien hierzu stammt von Fishman (1978) und weist für den US-amerikanischen Kontext der 1970er-Jahre deutlich den Zusammenhang zwischen einer Kriminalitätswelle (als „Zum-Bewusstsein-Gebrachtheit“ einer bestimmten Sorte Kriminalität) und einer mit dieser korrespondierenden Medienberichtsfolge nach, vgl. Herbert 1993: 192 sowie Fishman 1978: 531 – „crime waves as media waves“). Demnach folgen Kriminalitätswellen spezifischen Produktionskriterien: Einzelne kriminelle Vorfälle werden thematisch unter einem Generaltitel zusammengefasst, Kriminalitätswellen sind also verstärkte Berichterstattung verschiedener Ereignisse unter einem einzigen Überthema (vgl. ebenda: 534). Zudem interagieren die einzelnen Medienorganisationen miteinander, indem sie sich an den Themen der Konkurrenz orientieren und einer „Konsistenzregel“ folgend weitere unter das kreierte Generalthema rubrizierbare Nachrichten verbreiten, die als ähnlich, auch als „typische“ Fälle vermittelt werden (vgl. Herbert 1993: 192 sowie Cremer-Schäfer 1998: 119). Der auf diese Weise geschaffene Rückbezug der Beiträge auf „Deutungsmuster“ (als narrative Kontexte) ermöglicht den Bezug der Beiträge, in der Folge der Medien aufeinander. Des Weiteren verweisen Berichte über ein „Kriminalitätsthema“ in der Regel auf andere (nichtmediale) Informationsquellen, primär auf die (Fakten und Zahlen liefernden) Strafverfolgungsorgane („Crime news is really police news“, Fishman 1978: 538). Diese wirken ebenfalls an der Konstruktion der Kriminalitätswelle mit, indem sie den Medien ein kontinuierliches Angebot an zusätzlichen Vorfällen der erwünschten Sorte („Rohmaterial“) liefern, wobei sie selektiv jene Informationen weitergeben, die sie als für JournalistInnen interessant definieren – und so das Ausmaß der Kriminalitätswelle bestimmen. Die Auswahl und Akzentuierung durch die mediale Darstellung tritt somit eigentlich erst sekundär hinzu (vgl. Herbert 1993: 192 und Frevel 1998: 32).

Der Studie von Fishman zufolge muss ein Kriminalitätsphänomen nicht einmal ein reelles Substrat haben, wenn es aufgrund seiner „Neuheit“ den Kriterien der Nachrichtenproduktion entgegenkommt. Auch dies führt dazu, dass sich die „Kriminalität in den Medien“ (und in der Folge durch den medialen Einfluss dann die subjektive Kriminalitätswahrnehmung) oft deutlich von den Zahlen der Kriminalitätsstatistik und den Ergebnissen von

Dunkelfeldbefragungen unterscheidet.²⁰ Die Studie verdeutlicht außerdem, inwieweit die Wahrnehmung spezifischer Kriminalitätsformen erst über die vermittelte Medienrealität möglich wird. Medien kommt damit eine aufmerksamkeitslenkende Funktion zu, mittels derer eine Sensibilisierung der RezipientInnen stattfindet. Da die Gefahreneinschätzung maßgeblich von den Realitätsvorstellungen abhängt, ist damit zu rechnen, dass die jeweilige Kriminalitätsfurcht gleichermaßen an die subjektiven Kriminalitätsvorstellungen gebunden ist (vgl. Kania 2004: 143).

- Ein Anstieg der Kriminalitätsfurcht in der Bevölkerung ruft wiederum PolitikerInnen auf den Plan (ebenda).

Ist der vorerst auf polizeiliche Meldungen aufbauende Kriminalitätsdiskurs erst im Gange, werden über Medien Diagnosen von interessierten AkteurInnen, dem Sozialwesen, der Kontrollapparate und der Wissenschaft verbreitet (vgl. Cremer-Schäfer 1998: 119). Medien agieren hier in Wechselwirkung mit anderen Diskursträgern, in der Folge insbesondere mit PolitikerInnen. Denn auch für die Politik stellen Medien *die* Quelle der Berichterstattung über Kriminalität dar. Politisch interessant werden Themen für PolitikerInnen erst durch die mediale Berichterstattung – wenn Diskussionen die ExpertInnenrunde verlassen, also an die Öffentlichkeit kommen (vgl. Kubink 2004: 279).

- Die von PolitikerInnen im weiteren Verlauf als Reaktion auf die Medienberichte im politischen Diskurs abgegebenen Stellungnahmen und Vorschläge zur Kriminalitätsbekämpfung (der Handlungsbedarf, in den sie die Berichterstattung umformulieren) haben ihrerseits wiederum Nachrichtenwert und werden von den Medien berichtet.

Die so entstandene ständige Thematisierung und „überzogene Darstellung von Viktimisierungsrisiken“ (Dimmel/ Hagen 2005: 239) führt zu steigender Kriminalitätsfurcht in der Bevölkerung. Durch diese werden Forderungen von PolitikerInnen noch unterstützt, die nun versuchen, die Bevölkerung durch Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung zu beruhigen (vgl. ebenda) – und so weiter.

²⁰ Die in diesem Kontext wohl meistzitierte Kriminalitätswelle fand 1976 in New York statt: Damals berichteten Medien in einer groß angelegten Kampagne von einem massiven Anstieg der Gewaltkriminalität gegen ältere Menschen. Als Täter wurden vorbestrafte afroamerikanische und lateinamerikanische Jugendliche aus der Nachbarschaft ausgemacht. Die öffentliche Entrüstung nahm hysterische Ausmaße an, weshalb der vor Neuwahlen stehende Bürgermeister die Jugendgerichtsbarkeit verantwortlich machte und das Polizeiaufgebot in den betroffenen Gebieten erhöhte. Auf Bürgerversammlungen erhielt die Bevölkerung Ratschläge zur Kriminalitätsvermeidung durch die Polizei, die zudem JournalistInnen Hinweise für besonders spektakuläre Verhaftungen lieferte, welche dann wiederum zur Hauptsendezeit im Fernsehen berichtet wurden. Schließlich wurde ein Gesetzesantrag verabschiedet, in dem die Gerichtsbarkeit über Jugendliche, die wegen eines Deliktes gegen eine ältere Person angeklagt waren, den Erwachsenengerichten übertragen wurde. Die Kriminalitätswelle hatte zudem dramatische Auswirkungen auf die Kriminalitätswahrnehmung und Kriminalitätsfurcht, wie die Umfragen der folgenden Wochen belegten. Der Sinn dieser langen Illustration liegt im Haken der Geschichte: Jene Kriminalitätswelle gegen ältere Leute existierte – den polizeilichen Kriminalstatistiken zufolge – gar nicht (vgl. National Criminal Justice Commission 1998: 41ff.).

Wegen eben dieser Funktionsweise von Kriminalitätsdiskursen bezeichnet Kubink (2004: 281 im Hinblick auf die Rolle der Politik im Diskurs) Kriminalpolitik als ein „gefräßiges Ungetüm, das Bevölkerungstimmungen, wissenschaftliche Erkenntnisse und normative Wertungen gleichermaßen in sich aufnimmt, um einen (scheinbar) rationalen Umgang mit Kriminalität zu bewerkstelligen.“ Tatsächlich sei sie auf „Symbolik, Irrationalität und Stimmunglenkung“ zur Verbesserung von Durchsetzungschancen ausgelegt.

Die Anschlussfrage ist dann, ob bestimmte Sicherheitsprobleme oder -szenarien „gezielt konstruiert oder nicht widerlegt“ werden (Sessar 1998: 409f., so fallen etwa viele Kriminalitätswellen mit Wahlkampfjahren und dem Ruf der Strafverfolgungsinstanzen nach Erhöhung ihres Budgets zusammen, vgl. National Criminal Justice Commission 1998: 42), weshalb anschließend der theoretischen Auseinandersetzung mit politischen Funktionen von Unsicherheitsdiskursen und dem politischen Umgang mit Kriminalitätsängsten nachgegangen wird.

5 Politik im Kriminalitätsdiskurs

5.1 Politik und Sicherheitsgefühle – ein kompliziertes Verhältnis

Unsicherheitsgefühle beeinträchtigen nicht nur fundamentale menschliche Grundbedürfnisse (und mindern so die Lebensqualität des Einzelnen), steigendes Misstrauen und sozialer Rückzug wirken sich auch direkt auf die gesellschaftliche Kohäsion aus und stellen folglich ein soziales Problem erheblichen Ausmaßes dar (vgl. Frevel 1998: 12). Wie bereits aufgezeigt, ist die Sicherung dieses Grundbedürfnisses in komplexen Gesellschaften individuell nicht möglich, weshalb diese von staatlichen Institutionen (Militär, Polizei, Justiz) übernommen wird – selbige, und mit ihnen das politische System insgesamt, erfahren durch erfolgreiche Abwehr von Bedrohungen Legitimation.

Die zentrale Spannungslinie im komplizierten Verhältnis von Politik und Sicherheitsgefühlen ergibt sich durch den grundsätzlichen Konflikt zwischen den Freiheitsrechten und -bedürfnissen einer Gemeinschaft einerseits und den Ordnungsprinzipien des Staates andererseits. Aus Sicht der BürgerInnen besteht dieser Konflikt zwischen ihrem Sicherheitsbedürfnis und ihren Freiheitswünschen. Aus Sicht des Staates verläuft die Konfliktlinie zwischen der Durchsetzbarkeit von Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und der Bereitschaft der BürgerInnen, zu diesem Zweck Freiheitseinschränkungen zu akzeptieren, die mit größerem Repressionspotenzial verbunden sind. Deren Akzeptanz ist dabei umso größer, je mehr das Gefühl besteht, dass die individuelle Freiheit stärker durch die Bedrohung als durch die staatlichen Maßnahmen eingeschränkt wird. Je stärker Unsicherheitsgefühle sind, desto größer ist folglich die Bereitschaft, Ausweitungen von Polizei- und Justizkompetenzen sowie verschärfte Gesetze hinzunehmen (vgl. ebenda: 130 sowie Frevel 1998: 132).

Aufgrund dieser Zusammenhänge gehen von einer Beeinflussung von Sicherheitsgefühlen nicht nur politische Steuerungseffekte aus, auch wesentliche Strukturelemente des Rechtsstaates können durch sie ausgebaut und verändert werden. Wie die bisherige Argumentation aufzeigte, ist es nicht von Nöten, Unsicherheitsgefühle künstlich zu konstruieren, sind sie doch konstant und allgegenwärtig in der Gesellschaft verankert. Die Frage, die sich politischen AkteurInnen daher stellt, ist ob sie diese ohnehin vorhandene, aber eben nicht konkrete Unsicherheit „minimieren oder politisieren“ (vgl. Furedi 2005: 133), wie sie also handeln, vor allem aber kommunizieren. Vor dem Hintergrund der im vorangegangenen Kapitel thematisierten Bedeutung politischer Kommunikation für die Wahrnehmung krimineller Sicherheitsbedrohungen wird daher im Folgenden der Forschungsstand zu politischer Bedrohungskommunikation und insbesondere zur Instrumentalisierung von Kriminalitätsängsten skizziert. Hierauf aufbauend werden zwei für die anschließende Analyse zentrale Ausprägungen der politischen Kommunikation krimineller Problemlagen näher beleuchtet.

5.2 Politische Bedrohungskommunikation und ihre Besonderheiten

5.2.1 Zur Instrumentalisierung von Kriminalitätsängsten

„Sicherheit“ ist ein Wert, gegen den man – auch und vor allem als politischer Amtsträger – in der Kommunikation schlecht eintreten kann, ohne in Rechtfertigungsprobleme zu geraten. Als Universalwert beansprucht Sicherheit für sich selbst Priorität vor anderen Werten. Man kann mit einigem Recht argumentieren: „ohne Sicherheit auch keine Demokratie, und damit weder Freiheit noch Gleichheit, weder Meinungsfreiheit noch Menschenwürde, und schon gar keine Gerechtigkeit.“ Sicherheit steht somit „in der Werterangliste ganz oben“ – auf die Waagschale gelegt schiebt sie demjenigen die Beweis- und Argumentationslast zu, der dagegen argumentiert (Schirmer 2008: 147, 165).

Dass Bedrohungskommunikation folglich ein elementarer Aspekt innerhalb des emotionalen Gesamtspektrums der Rhetorik²¹ ist, schlägt sich bereits in der *ars rhetorica* des Aristoteles nieder (vgl. Knepppe 2000: 54). In der Tagespolitik der späten römischen Republik stellte die Instrumentalisierung von Ängsten für politische Zwecke nahezu eine Normalität dar, wie etwa die Darstellung der catilinarischen Verschwörung durch Sallust zeigt, in der er an exponierter Stelle ein Rednerpaar vor dem Senat auftreten lässt, das auf sehr unterschiedliche Weise zu beeinflussen versucht: Caesar, der vor einer Dominanz der Gefühle warnt, weil dann jegliche Vernunft unwirksam sei, plädiert für eine vergleichsweise milde Bestrafung der Verschwörer. Cato beschwört hingegen alle nur erdenklichen Gefahren für Staat, Leib und Leben herauf und berührt damit fundamentale Ängste der Senatoren. Bekanntlich war Cato mit seinem gefühlsbetonten Plädoyer erfolgreich, die in Rom gefassten Beteiligten der Konspiration wurden hingerichtet (vgl. ebenda: 53ff.).

Doch noch einige weitere Spezifika von (politischer) Bedrohungskommunikation legen die Instrumentalisierung durch das politische System nahe:

Michel Foucault zeigte 1978 in einer Vorlesung am *Collège de France* auf, wie sich die Sicherheit dem Gesetz als Instrument des Regierens entgegenstellt. Während die disziplinierende Macht „isoliert und Räume schließt“, führen die Maßnahmen der Sicherheit zur Öffnung und Globalisierung; während das Gesetz vorschreibend vorbeugt, greift die Sicherheit in laufende Prozesse ein, um sie zu lenken. „Mit einem Wort, die Disziplin will die Ordnung herstellen, die Sicherheit will die Unordnung steuern“ (Agamben 2001: 45).

Im Anschluss an Foucault kann Sicherheit daher als ein Instrument des Regierens betrachtet werden, das soziale Prozesse „eher kanalisiert und kontrolliert als vorschreibt oder unterbindet“ (Hollert/ Terkessidis 2002: 163). Denn die Kommunikation von Bedrohungen

²¹ Da in der Tradition der griechischen *Poleis* (und auch der römischen Republik) Redner häufig politisch Handelnde sind, ist damit auch das politische Wirken berührt (vgl. Knepppe 2000: 54).

erzeugt ein temporäres Kollektiv zwischen allen, die von ihnen betroffen sind – obwohl diese sich sonst noch so fremd sein mögen (sichtbar etwa an der Überwindung von Parteigrenzen bei der Zusammenarbeit in sicherheitspolitischen Fragen). Möglich ist dies durch die Erzeugung „einer künstlichen Innen-Außen-Grenze, die die Quelle der Bedrohung auf der Außenseite, das bedrohte Referenzobjekt auf der Innenseite platziert“ (Schirmer 2008: 219), Angst befördert zudem also eine stark ethnozentrische Perspektive. Individualisierenden Bildern der Gesellschaft entgegengesetzt verliert sich die individuelle Angst in einer kollektiven Angst. Diese „öffentliche Traumaproduktion“ verschleiert darüber hinaus den Blick auf historische, geopolitische und ökonomische Zusammenhänge hinter einer Bedrohung. So kann gestörtes Sicherheitsempfinden selbst sozial auseinanderfallende Gesellschaften integrieren und mobilisieren (vgl. Holert/ Terkessidis 2002: 171f.).

Trotz der dargestellten Zusammenhänge und der Instrumentalisierbarkeit von Sicherheitsthemen (sowie der mit beiden einhergehenden politischen Implikationen) fand eine systematische Auseinandersetzung mit politischer Kommunikation krimineller Problemlagen bisher kaum statt (vgl. Bergsdorf 2000: 15). Die beiden zentralen Versuche der Auseinandersetzung gehen jeweils von einer (bewussten) Instrumentalisierung beziehungsweise Politisierung von Ängsten aus:

Moralpaniken

Bereits vor einiger Zeit hat sich in der sozialwissenschaftlichen Forschung der Begriff der *moral panics*, der „moralischen Panikmache“ etabliert, um auf die (politische) „Konstruktion“ einer moralischen Sicherheitspanik mit der Festschreibung von Verursachern zu verweisen. Als Begriff und Konzept wurde dieses Vorgehen 1973 (durch Cohen) beschrieben. Moralpaniken beziehen sich auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen oder Aktivitäten, deren Abweichungen in ihrem unkonventionellen und provozierenden Aussehen, ihrem Verhalten etc. als Bedrohung des herrschenden Wertekanons bezeichnet werden und zu Rufen nach Kontrolle führen:

„A condition, episode, person or group of persons emerges to become defined as a threat to societal values and interests; its nature is presented in a stylized and stereotypical fashion by the mass media; the moral barricades are manned by editors, bishops, politicians and other right-thinking people; socially accredited experts pronounce their diagnoses and solutions“ (Jasper 2001: 10030).

„[...] The news media, public officials, religious leaders, and private ‚moral entrepreneurs‘ are key in focusing public attention on the issue, typically by identifying some recognizable group as ‚folk devils‘“ (ebenda: 10029).

Meist sind diese *folk devils* relativ machtlose Gruppen, häufig Minderheiten. Die dabei zur Anwendung kommenden *Cultures of blame* erfüllen soziale Regulierungsfunktionen, wobei die Beschuldigung von Außenseitern wiederum zu stärkerer Binnenloyalität führt.

Politics of fear, Securitization und das Prism of security

Neuere Herangehensweisen stammen aus den USA und thematisieren vorrangig den Umgang politischer AkteurInnen mit der geänderten Bedrohungslage nach 1989 beziehungsweise dem Terrorismus nach 9/11 (im Kontext des *war on terror*, vgl. Richards 2007: 128) und benennen ihren Gegenstand als *Politics of fear* beziehungsweise *Politization of fear*, im deutschsprachigen Raum als „politische Angstkommunikation“ (Kubink 2004: 279). Besonders häufig wird diese Art der Politik mit der Bush-Administration in Verbindung gebracht (und die Wiederwahl George W. Bushs als Auswirkung eben dieser Angstkommunikation auf das US-Elektorat erklärt):

„The main charge made against Bush is that fear has become his favourite weapon of choice, and that since 9/11 the public's fear of terrorism has been systematically manipulated to strengthen his Government authority. Many of the subsequent curbs on civil rights, such as the post-9/11 Patriot Act, are represented as symptoms of a trend towards the exercise of domination through fear“ (Furedi 2005: 124).

Zwar sei dies keine gänzlich neue Entwicklung, wie auch Furedi anmerkt. Doch würden Regierungen und PolitikerInnen verstärkt versuchen, ihre Argumente durch ein „Sicherheits-Prisma“ (*prism of security*) darzustellen und sich so der öffentlichen Ängste bedienen (vgl. ebenda: 126).

Politische Angstkommunikation umfasse somit die „Formung, Leitung und Verwaltung“ kollektiver Unsicherheitsgefühle, ob und wie mobilisiert oder beruhigt wird und wie spezifische Bedrohungslagen mit breiteren Themen (wie Globalisierung oder kultureller Vielfalt) verlinkt werden (vgl. Richards 2007: 126). Dieser Vorgehensweise, Themen mit Sicherheitsbedrohungen zu verbinden, ging zuvor schon die *Kopenhager-Schule* um Wæver nach, der sie als *Securitization* („Versicherheitlichung“) bezeichnete (vgl. Schirmer 2008: 49, 148).

5.2.2 Mit Sicherheit zum Wahlerfolg – Kriminalität als Thema im Wahlkampf

Politische AkteurInnen geraten in Kriminalitätsdiskursen häufig in die Rolle, sich mit populistischen Forderungen als „Kämpfer gegen das Böse“ zu profilieren (Pfeiffer 2004: 4), mitunter auch gegenseitig zu übertrumpfen (da Sicherheit eben ein Universalwert ist, ist es schwer, sich dieser Debatte zu verschließen, weshalb AkteurInnen ganz unterschiedlicher Ausrichtung an ihr beteiligt sind).

Besonders häufig (und eben auch im anschließend untersuchten Diskurs) zu beobachten ist diese Hervorhebung von Kriminalitätsgefahr und (Un-)Sicherheitsgefühl in Wahlkampfzeiten – und somit der Versuch, aus dem Thema „Verbrechen und Verbrechensbekämpfung“ politisches Kapital zu schlagen, weshalb Furedi (2005: 125) pointiert anmerkt: „[...] election campaigns can quickly turn into a competition about who can most effectively frighten

voters“. Mit dem Setzen auf das Profilierungsthema „Kriminalitätsbekämpfung“ versprechen politische AkteurInnen im öffentlichen Diskurs, innere Sicherheit sei herstellbar und suggerieren damit, dass es eine Frage der Maßnahmen und Mittel sei, Kriminalität „abzuschaffen.“ Der Bezug auf „subjektive Sicherheitsgefühle“ bietet zudem Ansatzpunkte, um politische Forderungen zu stellen und ein eigenes politisches Profil gegenüber MitbewerberInnen zu gewinnen (vgl. Walter 1998: 128), die eigene Person oder Partei als „aktiv handelnd“ und „Probleme in Angriff nehmend“ darzustellen (Kreutzträger/ Osterholz 2007: 94).

Kriminalität dient so als Legitimationsgrundlage beziehungsweise als „legitimatischer Aufhänger“ (Sessar 1999: 31). Die Anforderungen an eine verantwortungsvolle Diskussion über Kriminalität und Kriminalitätsfurcht sind aber gerade aufgrund der Vielseitigkeit des Phänomens, der Unterschiedlichkeit an Einflussgrößen und der komplexen Wirkungszusammenhänge im Hinblick auf das Sicherheitsgefühl so vielschichtig, dass sie sich für plakative und emotional geprägte Wahlkampf-Auseinandersetzungen nicht eignen. Entsprechend des Theorems der *self-fulfilling-prophecy* birgt die Fokussierung auf Kriminalitätsgefahr und Unsicherheitsgefühle zudem die Problematik, dass latent vorhandene Ängste noch gesteigert, ein schon vorhandenes Missverhältnis zwischen Risiko und Wahrnehmung folglich noch größer wird (vgl. Frevel 1998: 133).

5.2.3 Fremdenkriminalität als politische Kategorie

Ein weiterer für die anschließende Analyse wesentlicher Aspekt der politischen Kommunikation krimineller Bedrohungen ist jener der „Fremdenkriminalität.“

Neben Alter und Geschlecht zählt vor allem die (Fremd-)Nationalität zu jenen Personenmerkmalen von Tatverdächtigen, die polizeilich und folglich in den Kriminalitätsberichten erfasst werden, was diesen Merkmalen „selektive kriminologische Aufmerksamkeit“ (Pilgram 1992: 174) zukommen lässt. Zwar sind ethnische Merkmale wie Staatsangehörigkeit für die Erklärung kriminellen Verhaltens bedeutungslos – Forderungen danach, diese aus (sensiblen und zur Stigmatisierung geeigneten) Statistiken zu entfernen stehen allerdings Einschätzungen gegenüber, denen zufolge die Entfernung solcher Informationen dazu führen würde, dass die Thematisierung eines Zusammenhangs zwischen Einwanderung und Kriminalität damit nicht unterbunden, sondern lediglich auf der Grundlage von Vorurteilen geführt würde (vgl. Albrecht 2001: 260). So liefern die Zahlen der Kriminalitätsstatistik in Kombination mit dem Ignorieren der (auch seitens des erstellenden Innenministeriums kommunizierten) Hinweise auf die Fehler dieser Argumentation das wesentliche Argument für die überproportionale Kriminalität von Nicht-Staatsbürgern. Neben den generellen Unzulänglichkeiten der Statistik als Indikator für Kriminalitätsentwicklung ergeben sich für die sogenannte „Fremdenkriminalität“ noch weitere verfälschende Faktoren, wodurch eine Vergleichbarkeit mit der „InländerInnenkriminalität“ faktisch nicht gegeben sei, so Pilgram (1992: 176f.):

- In der Statistik werden auch spezifische AusländerInnendelikte erfasst, die von InländerInnen gar nicht begangen werden können (beispielsweise Verstöße gegen das Asylverfahrensgesetz).
- Weiters umfasst die Kategorie der tatverdächtigen Nicht-Staatsbürger verschiedene Gruppen (TouristInnen, Staatenlose, Illegale, StudentInnen etc.). Diese werden zwar nach Herkunft, Aufenthaltsstatus und Delikt aufgeschlüsselt – Zur Vergleichbarkeit müsste man die Anzeigen gegen ausländische Tatverdächtige jedoch nicht nur an der (volkszählungsstatistisch erfassten) Ausländerwohnbevölkerung im Lande, sondern an einer realistischen Ausländeraufenthaltsbevölkerung messen, die auch TouristInnen, Durch- und Tagesreisende sowie „irregulär Anwesende“ berücksichtigt (vgl. ebenda).
- Als wesentliches Argument gilt jedoch die unterschiedliche Verteilung kriminellen Verhaltens in der Gesellschaft auf Grund sozialer Faktoren, die sich in der Statistik zu Ungunsten von AusländerInnen niederschlägt. Kriminalität hängt nachweislich von der sozialen Situation ab, in der sich Menschen befinden. Die ausländische Wohnbevölkerung ist im Vergleich zur österreichischen Bevölkerung im Durchschnitt jünger und häufiger männlichen Geschlechts. Sie lebt häufiger in Großstädten und gehört zu einem größeren Anteil unteren Einkommensschichten an. Dies alles führt zu einem höheren Risiko, als Tatverdächtige polizeiauffällig zu werden (vgl. ebenda, sowie Frevel 1998: 31).

Um diese Faktoren bereinigte Zahlen zeigen, dass sich die österreichische Wohnbevölkerung im Hinblick auf ihre Kriminalitätsbelastung nicht signifikant von der ausländischen Wohnbevölkerung unterscheidet (vgl. ebenda).

Bei der kausalen Verknüpfung von AusländerInnen/ Immigration und Kriminalität handelt es sich um einen gesellschaftlich sehr sensiblen Vorgang, der Polarisierung erleichtert und eine Agenda produziert, die sich wie kaum etwas anderes zur politischen Mobilisierung und ideologischen Ausbeutung eignet (vgl. Albrecht 2001: 261). In der politischen Diskussion bekommt das Phänomen der „AusländerInnenkriminalität“ daher besonderes Gewicht: Indem kriminelle Verhaltensweisen überproportional bei AusländerInnen diagnostiziert werden, wird Kriminalität als von außen kommend betrachtet – und dieser Verweis unterstellt, dass die Kriminalitätsgefahr nicht von der eigenen Gesellschaft ausgeht. Fremdenkriminalität hat somit Legitimierungswirkung zur Übertragung der Verantwortung für (bestimmte Teile von) Kriminalität auf andere Gesellschaften (vgl. Pütter 1998: 81). Die „Welle von Asylsuchenden“ und später der „Fall des Eisernen Vorhangs“ führten ab den 1980er-Jahren zu Befürchtungen über von außen hereingetragene Kriminalität, die mit dem Begriff „bloßer“ Fremdenkriminalität nicht mehr adäquat zu beschreiben war. Der nunmehr an Stelle der „AusländerInnenkriminalität“ verbreitete Begriff des „Kriminalitätsimports“ (der in Österreich in direkter Verbindung zum „Kriminalitätstourismus“ steht) ist aber auch Ausdruck der Erkenntnis, dass nationalstaatliche Grenzen (zumindest in Europa) keinen „insularen Komfort“ mehr bieten (vgl. Kühne 1998: 27f.).

6 Der Diskurs um Kriminalität „aus Osteuropa“

Welche Auswirkungen haben die dargestellten Zusammenhänge – vor dem Hintergrund der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Transformationsprozesse in Osteuropa – auf das politische Kommunizieren in konkreten Kriminalitätsdiskursen? Mittels der folgenden Analyse des für Österreich zentralen Unsicherheitsdiskurses um Kriminalität „aus Osteuropa“ soll der Versuch einer Beantwortung der eingangs gestellten Forschungsfragen unternommen und Charakteristika der Problemdarstellung im politischen Diskurs herausgearbeitet werden.

6.1 Problemgeschichte und Diskursentwicklung

Dass Kriminalität im Mittelpunkt der meisten nationalen und vieler internationaler Sicherheitsdiskurse steht, wurde bereits dargestellt. In Österreich ist Kriminalität spätestens seit Beginn der 1990er-Jahre zudem klar als „aus dem Osten kommend“ definiert. Äußerungen zu diesem Thema stellen gewöhnlich eine enge Verbindung mit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ und einem „Kriminalitätsimport“ aus dem Osten her (vgl. Kuscej/Pilgram 2002: 39). Offenbar werden bestimmte Kriminalitätsformen dabei in besonders engem Zusammenhang mit Verkehrsfreiheiten und Migration gesehen. Grenzüberschreitende, „importierte“ internationale Kriminalität ist daher nicht *nur* Fremdenkriminalität, sondern wird praktisch gleichgesetzt mit dem Tatbestand „organisierter Kriminalität“ (vgl. Glatthaar 2002: Anhang 1f.).

Die „Karriere“ des Problemdiskurses verlief in mehreren Wellen; drei Zäsuren dienten den *crime waves* jeweils als Aufhänger: Der Zusammenbruch der sozialistischen Systeme markiert die Problemstehung, der Beitritt östlicher Nachbarländer zur Europäischen Union in den Jahren 2004 und 2007 sowie der Wegfall der Grenzkontrollen durch die Erweiterung des Schengen-Raumes um die neuen Mitgliedsstaaten im Dezember 2007 das neuerliche Aufkommen als politisches Problem. Quantitativ (gemessen an der Anzahl der Wortmeldungen aus dem politischen System) fand die Thematisierung hier ihren vorläufigen Höhepunkt, wurde die angenommene Hauptursache des Problems doch erst durch das Ende der Grenzkontrollen schlagend – weshalb der Zeitraum ab 2007 anschließend einer genauen Analyse unterzogen wird.

Mit besonderem Augenmerk auf die politische Problemprezipitation sowie der Frage, vor welchem Hintergrund sich die Thematisierung durchsetzte, wird zuvor der Diskursverlauf bis zu diesem Zeitpunkt nachgezeichnet.

6.1.1 1989: Euphorie „auf der Brücke“

Der Fall der realsozialistischen Regierungen im ehemaligen „Ostblock“ und das Ende des „Eisernen Vorhangs“ wurde in Österreich, das mit vier der nun postsozialistischen Ländern eine gemeinsame Grenze teilt, zunächst von großer Zustimmung und Euphorie begleitet. Bei einer Umfrage in Niederösterreich und Wien im Dezember 1989 charakterisierte die Mehrheit das Eintreffen vieler TschechInnen und SlowakInnen als „historisches und berührendes Ereignis“, nur ein Drittel äußerte Sorgen, nur eine kleine Minderheit bekundete Missfallen (vgl. Plasser/ Ulram 1990: 312). Als offizielles Symbol hierfür gelten etwa bis heute die feierlichen Durchtrennungen des Maschendrahtzaunes an der ungarischen und tschechoslowakischen Grenze durch den damaligen österreichischen Außenminister Mock und dessen jeweilige Amtskollegen.

Von österreichischer Seite, für die das „Jahr 1989“ und in Folge die Auflösung des bipolaren Systems enorme Veränderungen der eigenen geopolitischen Lage brachte, war damals die Rede von politischen Zukunftsvisionen, von der Utopie eines vereinten Gesamt-Europas, von „Brücken in die Zukunft, gebaut auf den Fundamenten historischer Gemeinsamkeiten“ (Wodak et al. 1993: 2 sowie Liebhart/ Pribersky 2001: 116).

Demzufolge wurde auch der – durch das Ende der Bipolarität erst ermöglichte – Beitritt Österreichs zur Europäischen Union (vor allem aus europäischer Perspektive) mit der Erwartung verbunden, damit den Grundstein für einen Schritt in Richtung einer Erweiterung der Union über die ehemaligen Blockgrenzen hinweg zu setzen. So findet sich im Avis der Kommission zum österreichischen Beitrittsansuchen eine Passage, die das Potenzial des Landes für eben diese Entwicklung anspricht:

„Der Gemeinschaft werden ferner die Erfahrungen eines Landes zum Vorteil gereichen, das wie Österreich aufgrund seiner geographischen Lage, seiner Vergangenheit und der ererbten und neu hinzugewonnenen Verbindungen genau im Mittelpunkt des Geschehens liegt, aus dem das neue Europa entsteht“ (EG-Kommission 1991).

Auch in der Kampagne, mit der die Bundesregierung 1994 für die Zustimmung zum EU-Beitritt in der dafür obligatorischen Volksabstimmung warb, bildete die geopolitische und (aus der Rolle als Regionalmacht in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie abgeleitete) historische Nähe Österreichs zu den Reformstaaten einen deutlichen Schwerpunkt. Die im Slogan „Wir sind Europa“ angesprochene Identifikation Österreichs mit dem gesamten Europa greift zudem (wie auch das zitierte Avis) auf das Rollenbild als Mittler zwischen Westen und Osten zurück, das für das Selbstverständnis der Zweiten Republik bestimmend war. Im Selbst- wie im Fremdbild galt das neutrale Österreich während des Kalten Krieges als Ort politischer Begegnung und „Treffpunkt der Diplomatie“, als „äußerster Vorposten des freien Westens“. Durch den Zusammenbruch der Sowjetunion kam dieses außenpolitische Orientierungssystem abhanden, durch Österreichs EU-Beitritt schien es

jedoch wenige Jahre danach eine neue Bedeutung – diesmal eben als „Brücke“ in den Osten – zu erhalten (vgl. Liebhart/ Pribersky 2001: 115).

6.1.2 „Der Osten“ als Bedrohung

Die rasanten Entwicklungen führten – neben den dargestellten Veränderungen im österreichischen Selbstbild – zwangsläufig auch zu einer veränderten Wahrnehmung der Nachbarstaaten. Während der vergangenen Jahrzehnte waren deren EinwohnerInnen aufgrund der „eisernen“ Grenze trotz der unmittelbaren geografischen Nähe in Österreich nicht präsent, Reisebewegungen nicht möglich. Durch die Öffnung der Grenzen änderte sich das, die Nachbarn waren plötzlich da – als KonsumentInnen, TouristInnen, Arbeitssuchende und Flüchtlinge (vgl. Wodak et al. 1993: 3).

Schnell mischte sich in die anfängliche Begeisterung über die Grenzöffnung im positiven öffentlichen und medialen Diskurs Zweifel und (soziale) Ängste (vgl. Liebhart/ Pribersky 2001: 116). Bereits die Einreiseliberalisierung für Ungarn und Polen 1988 hatte Ängste vor wirtschaftlicher und sozialer „Aushöhlung“ des Arbeitsmarktes und des Handels durch die „neuen Fremden“ aus dem Osten zur Folge gehabt – und spiegelte sich in Schlagworten wie „Ost-Schwarzarbeit“, „Ostblock-Gastarbeiter“, „Invasion von arbeitslosen Polen“, „lästiger Einkaufstourismus“ und dem „Ansturm der Magyaren“ wider. Österreich sei kein Einwanderungsland für „so genannte Wirtschaftsflüchtlinge und Scheinasylanten aus dem Osten“, wurde bereits ab 1989 wiederholt betont (Wodak et al. 1993: 38). Bald verdichtete sich dieses osteuropäische Bedrohungspotenzial, vor dem Hintergrund des ökonomischen West-Ost-Gefälles wurden Sorgen um Massenmigration, ökonomische Konkurrenz, die Gefährdung durch grenznahe Atomkraftwerke und die Problematik des zunehmenden Schwerverkehrs laut (vgl. Liebhart/ Pribersky 2001: 117). Durch die Wahrnehmung möglicher Nachteile der zuerst bejubelten offenen Grenze wurde diese in den Folgemonaten zu einer (Sicherheits-)Gefahr für den Staat Österreich und seine Bürger stilisiert (vgl. Liebhart 2000: 79). Die deutliche Manifestierung dieser wahrgenommenen Bedrohung folgte schon im September 1990 – durch ihre militärische Abwehr: Als Reaktion auf Befürchtungen um eine Flüchtlingswelle aus Rumänien anlässlich der Revolution im Winter 1989/90 veranlasste die Bundesregierung den „Assistenzeinsatz Grenzraumüberwachung“ des österreichischen Bundesheeres zur Sicherung der österreichischen Ostgrenze.²²

6.1.3 „Kriminaltourismus“

Mit dem Jahr 1988 endete so eine etwa fünfjährige Periode der Situationsdefinition von „Österreich als Sicherheitsinsel“, die auch und gerade von Seiten der politischen Entscheidungsträger vertreten wurde (vgl. Pilgram 1990: 3). Im Zentrum der Sorgen im

²² Der ursprünglich als Provisorium (für maximal 10 Wochen) konzipierte Auftrag an das Bundesheer wurde in der Folge alljährlich per Ministerratsbeschluss verlängert (vgl. Gröbming 2005) und so bis Ende 2011 fortgesetzt.

Zusammenhang mit den „offenen“ (jedenfalls nicht mehr durch den „Eisernen Vorhang“ abgeriegelten) Grenzen standen ab diesem Zeitpunkt Ängste vor steigender Kriminalität – eine „Sicherheitspanik“, über die der Kriminalsoziologe Pilgram zur Zeit ihrer Blüte notierte: „Diese Panik [...] wird zu einem Zeitpunkt inszeniert, als sie noch gar kein reales Substrat besitzt, hat aber, wie alle Phänomene dieser Art, eine sich selbst bestätigende und verstärkende Wirkung“ (ebenda).²³ Interessant erscheint dies vor allem deshalb, weil das Thema „Fremdenkriminalität“ in Österreich in seinem Entstehungszusammenhang (im Gegensatz zu anderen Ländern, etwa Deutschland, wo eine klare Konnotation mit – vor allem türkischstämmigen – Gastarbeitern hergestellt wurde) deutlich auf die Grenzöffnung „zum Osten“ rückführbar ist. Im Sicherheitsbericht 1987 wird die Fremdenkriminalität noch auf knappen vier Seiten gestreift, ihr kam damals faktisch keine Bedeutung zu. Zwei Jahre später ist dieses Kapitel bereits siebenmal so umfangreich, als verantwortlich für den vor allem für Wien berichteten massiven Kriminalitätsanstieg werden jedoch nicht hier lebende Fremde, sondern „internationale Banden“ gesehen.

Das neue Sicherheitsproblem bekommt so seine Verursacher, noch im selben Jahr auch einen Namen: Bereits am 10. März 1989 tauchte (soweit ersichtlich) erstmals jenes Schlagwort auf, das dem öffentlichen Diskurs bis heute erhalten blieb. Ein Artikel in der amtlichen *Wiener Zeitung* nahm an diesem Tag Bezug auf eine Stellungnahme des Wiener Polizeipräsidenten Bögl. Die Schlagzeile dazu lautete: „Bögl: kein Problem mit Gastarbeitern in Wien, aber: immer mehr Kriminaltouristen“ (N.N./ Wiener Zeitung 1989: 7). Eine Woche später wurde der Sicherheitsbericht 1987 im Parlament behandelt – ohne die geringste Medienresonanz (vgl. Pilgram 1990: 21). Erst im April und Mai 1989 widmeten sich dann fast alle Tageszeitungen ausführlich dem Thema „AusländerInnen und Kriminalität“. Den Anfang machte der *Kurier* am 4. April („Alarm! Ostösterreich ist das Ziel der „Kriminal-Touristik“/ Räuber kommen zu uns auf Urlaub, zit. n. ebenda: 22). Unter den TäterInnen, die in den ersten Monaten dieses Jahres bei Einbruchsdelikten ertappt wurden, habe sich nur ein Österreicher befunden; Polen, Jugoslawen und Rumänen „auf der Durchreise“ seien es gewesen, so der Artikel. Auch die *Kronen Zeitung* übernimmt den Terminus, am 6. August verkündet ein doppelseitiger Artikel: „Kriminaltouristen‘ stürmen Österreich“ (das zur Illustration gewählte Bild zeigt einen maskierten Wohnungseinbrecher mit der Unterschrift: „Einbrüche werden von den ‚Kriminaltouristen‘ besonders oft verübt“, vgl. ebenda: 23). Spätestens zu diesem Zeitpunkt ist der Begriff „Kriminaltourist“ (der bereits auch ohne Anführungszeichen verwendet wird) zum festen Bestandteil der politischen Diskussion avanciert (vgl. Dearing 1993: 181). Der damalige Innenminister Löschnak versuchte sich allerdings nicht in Beruhigung, sondern erklärte am 17. Oktober via *Kronen Zeitung*: „Es werden immer mehr Straftaten von Ausländern verübt. Es gibt profimäßig organisierte Banden, die innerhalb kürzester Zeit über die Staatsgrenze entkommen“ (zit. n. Pilgram 1990: 23).

²³ vgl. hierzu auch die in Kapitel 3 erläuterte Untersuchung von Fishman (1978).

In der Folge kommt es zur Vermischung dieses Terminus mit dem – für Österreich ebenfalls neuen – Begriff der „organisierten Kriminalität“. Auch wenn sich die Mobilitätsschranken natürlich ebenso für professionelle kriminelle AkteurInnen abbauen, verleiht das Gros der in Österreich straffälligen Fremden jedoch keineswegs das Etikett des gewerbsmäßig aktiven Kriminaltouristen, verweist Pilgram damals auf den Kurzschluss dieser Verknüpfung (vgl. Pilgram 1991: 13). Dennoch: die wirtschaftliche Sogwirkung Osteuropas, das durch die Ostöffnung freiwerdende kriminelle Potenzial in den ehemals kommunistischen Ländern, die Durchmischung Europas aufgrund der gegenwärtigen Wanderungsbewegungen sowie die Anziehungskraft des vergleichsweise reichen Westeuropas sind 1992 laut Sika, damals Generaldirektor für öffentliche Sicherheit im BMI, die wesentlichen Faktoren für das Ansteigen „organisierter Kriminalität“ (vgl. Sika 1992: 12). So stehen dann auch die ersten Meldungen über „organisierte Kriminalität“ unter dem Eindruck des neuen Grenzverkehrs zwischen Österreich und den östlichen Nachbarländern und jenes „Kriminaltourismus“. (vgl. Kuschej/ Pilgram 2002: 42). Berichtet wird über zahlreiche Banden, die über die offenen Grenzen hinweg agieren und ein „traditionell subkulturelles kriminelles Trickrepertoire“ beherrschen. Anfangs werden diese kleinkriminellen Erscheinungen auch als Genugtuung, als Beweis für die moralischen Verheerungen durch den Kommunismus wahrgenommen, Kriminalität erscheint „eher als lästige Begleiterscheinung des Wandels, die ebensoviel Geduld und Nachhilfe wie Wachsamkeit und Abwehr fordert, und nicht als massive Bedrohung aus dem Osten“ (ebenda). Folglich nähren nicht Terrorismus oder Drogenschmuggel den Diskurs der 1990er-Jahre über (organisiertes) Verbrechen aus dem Osten – sondern Alltagskriminalität. Eine Verknüpfung von Kriminalität in Österreich und den Veränderungen in Osteuropa war somit aber nachhaltig hergestellt. In geradezu überzeichnender Deutlichkeit lässt sich die Art dieser stereotypen Zuschreibung von Kriminalität anhand einer Rede des damaligen FPÖ-Vorsitzenden Haider zum Thema Sicherheit (gehalten am 19. November 1992 vor PolizeibeamtInnen) illustrieren:

„Wir haben Polen, die sich auf den Autodiebstahl organisiert konzentrieren. Wir haben die Bürger aus dem ehemaligen Jugoslawien, die bei den Wohnungseinbrüchen Experten sind.. wir haben Türken, die im Heroinbereich hervorragende Organisationen aufgezogen haben und wir haben die Russen, die im Bereich der Erpressung und der Raubüberfälle nachweisbar die Experten heute darstellen“ (zit. n. Wodak et al. 1993: 44).

Die Widerspiegelung dieser Themensetzung findet sich schon zuvor in den Einstellungen der österreichischen Bevölkerung wieder. Im Sommer 1990 stimmen 64 Prozent der ÖsterreicherInnen in einer repräsentativen Meinungsumfrage der Fragestellung zu: „Mit Ausländern kommen vor allem Unsicherheit, Unordnung und Kriminalität nach Österreich“ (Plasser/ Ulram 1990: 321).

Im Oktober 1990 finden Wahlen zum österreichischen Nationalrat statt. Erstmals tritt das Thema Fremdenkriminalität hier auch als wesentlicher Faktor im Wahlkampf auf.

6.1.4 Die EU-Osterweiterungen und das Ende der Grenzkontrollen

Die ersten Erweiterungen für das „junge“ EU-Mitglied Österreich sollten wie erwartet jene sein, von denen es durch räumliche Nähe und wirtschaftliche wie kulturelle Verflechtungen am stärksten betroffen war. Entgegen der im Avis der Kommission angesprochenen Vermittlerrolle trat das offizielle Österreich im Zuge der Verhandlungen um den EU-Beitritt der Nachbarländer dann aber eher behindernd denn fördernd auf und nahm auch in den Debatten über den Zeitpunkt möglicher Beitritte eine ablehnende Position hinsichtlich eines frühen Beitrittsdatums ein. Nach dem eigenen Beitritt schien man sich vom offiziell immer noch bekundeten traditionellen Selbstbild einer „Brücke in den Osten Europas“ verabschiedet zu haben. Österreich galt bald als „heimlicher“ Gegner dieser Erweiterungen, was seine Rolle im Beitrittsprozess und den Diskurs um selbigen zunehmend in die eines „unfreundlichen Torwächters“ beziehungsweise eines „Bollwerks“ wandelte (vgl. Liebhart/Pribersky 2001: 119ff.).

Den öffentlichen Diskurs um den Beitritt der Reformstaaten dominierten dann wiederum Bedrohungsszenarien: Befürchtungen, Arbeitskräfte aus den neuen Staaten würden in so großer Zahl kommen, dass der nationale Arbeitsmarkt damit überfordert wäre, Angst um wirtschaftliche Konkurrenz und daraus resultierende negative Folgen für österreichische Betriebe, indirekte Kosten in Form von Förderungsverlusten (etwa im Burgenland), ein besonders emotional geführter Diskurs um grenznahe Atomkraftwerke und drohende LKW-Lawinen stellten den Beitritt primär als problematisch dar (vgl. Grabler 2009).

Als größtes Risiko wurde jedoch die innere Sicherheit, konkret ein zu erwartender „akuter Kriminalitätsanstieg nach dem 1. Mai 2004“ durch vermehrte Einbrüche und Diebstähle der „Ostbanden“ identifiziert (vgl. ebenda: 75). Der damalige Innenminister Strasser verglich die Situation mit jener zu Beginn der Neunzigerjahre: „Nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs hat es eine echte Herausforderung für die Sicherheit in Österreich gegeben, die grenzüberschreitende Kriminalität ist damals angestiegen. Die Situation ist heute genauso, allerdings um eine Zone weiter weg“ (zit. n. Ulfkotte 2004: 28).

6.1.5 Die „Einbruchswelle“ 2009

„2009 wird als Jahr mit den meisten Einbrüchen seit Gründung der Zweiten Republik in unsere Geschichtsbücher eingehen“ (FPÖ-OTS 29.12.2009).

Den eigentlichen Beginn der in diesem Zitat angesprochenen bisher letzten *crime wave* innerhalb des Diskurses markiert das Jahr 2007. Nach dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens zur Europäischen Union am 1. Januar führte vor allem der Wegfall der Grenzkontrollen zu den neuen Mitgliedsstaaten²⁴ ab 21. Dezember 2007 zum neuerlichen

²⁴ zu Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn.

Aufgriff der latent lange vorhandenen Problematik. Ende 2008, vor allem aber ab Jahresanfang 2009 kam es zu einer (kommunizierten) „Einbruchswelle“, die vor allem private Lebensbereiche (Häuser und Wohnungen) betraf und so politischen Handlungsbedarf schuf (vgl. Stöger 2010: 7 – Interview Lang, Direktor BK: „es entstand hoher politischer Druck“).

Die Problemwahrnehmung und der Umgang mit dieser Situation durch politische AkteurInnen ist Inhalt der anschließenden empirischen Diskursanalyse, vorweg wurde im folgenden Abschnitt der Versuch unternommen, dem „realen Gehalt“ dieser „Einbruchswelle“ mit Hilfe des verfügbaren Datenmaterials nachzugehen.

6.2 Der Sachverhalt: Diskurs in Zahlen

Welcher Sachverhalt liegt diesem Problem zugrunde, was muss also untersucht werden, um Aussagen über den objektiven Gehalt treffen zu können? Als Indikator der Problematik kann ein Anstieg der Anzeigen im Bereich des Einbruchdiebstahls angenommen werden, wobei davon ausgegangen wird, dass die hinsichtlich dieser Delikte Tatverdächtigen gemäß ihrer Staatsbürgerschaft aus postsozialistischen Ländern stammen und ihr Aufenthaltsstatus unter die (sich teilweise überlappenden Kategorien) „Kurzzeitbesucher“ oder „Tourist“ fällt.

Nun ist ein zeitlicher Zusammenhang zwischen den Transformationsprozessen in Österreichs postsozialistischen Nachbarländern und dem verstärkten Aufkommen grenzüberschreitender Kriminalität nicht von der Hand zu weisen. Die „kriminelle Sogwirkung“ des Wohlstandsgefälles, aber auch die Entstehung großer Schwarzmärkte in Osteuropa (die eine wachsende Nachfrage nach Gütern mit sich brachte, die nicht – oder nicht in ausreichendem Maße – in den Ländern selbst produziert wurden, insbesondere Kraftfahrzeuge und Kommunikationstechnologie) führten zur Zunahme von Eigentumsdelikten in Österreich (vgl. Albrecht 2001: 268).

Wie stark diese Zunahme ausfällt und wieweit die Annahme ihrer Verbindung mit postsozialistischen Problemlagen hergestellt werden kann, wird im Folgenden anhand der Kriminalitätsberichte für den Zeitraum ab der ersten EU-Osterweiterung 2004 analysiert und kurz kommentiert.

Zwar stellen die in den Berichten erfassten statistischen Daten (wie bereits in Kapitel 3.1 ausführlich erläutert) eben keinen Spiegel der Realität dar, als Ausgangsbasis und angenommener objektiver Sachverhalt des Problems, vor allem jedoch aufgrund ihrer Kommentierung durch Politik und Medien fließen sie dennoch in die subjektive Kriminalitätswahrnehmung ein, weshalb die Untersuchung der Entwicklung anhand der Statistik der Vollständigkeit halber hier nicht ausbleibt. Dabei sei an dieser Stelle jedoch ein weiteres Mal auf die begrenzte Nutzbarkeit sowie den Trugschluss einer monokausalen Verbindung zwischen Bedrohungspotenzial und „subjektivem Sicherheitsgefühl“ verwiesen.

6.2.1 Entwicklung des Einbruchsdiebstahls in Österreich

Wie hat sich der Einbruchsdiebstahl, um den es im Diskurs um „Kriminalität aus Osteuropa“ aufgrund seiner Charakteristika vorrangig geht, ab 1989 sowie insbesondere zwischen 2004 und 2009/2010 entwickelt?

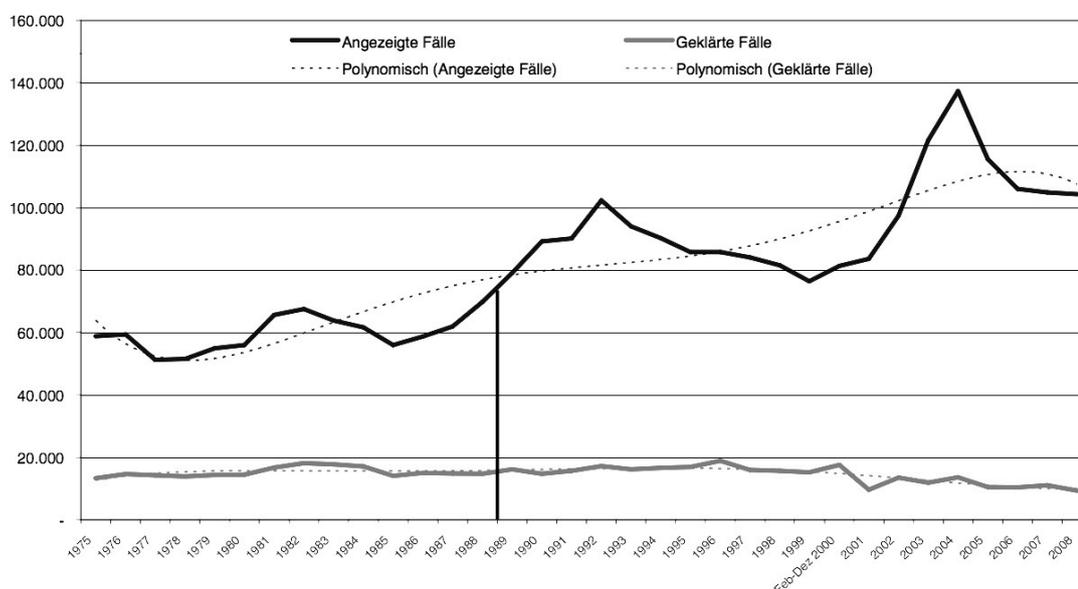


Abb. 4: § 129 StGB – Diebstahl durch Einbruch in Österreich 1975-2008

(BMI 2009b: 25)

Wie die Langzeitbetrachtung (Abbildung 4) verdeutlicht, gab es bei den angezeigten Fällen von Einbruchsdiebstahl zwischen 1975 und 1985 eine nahezu gleichbleibende Tendenz (mit Ausnahme des Anstieges 1982). Ab 1985 kam es zu einem kontinuierlichen Anstieg bis 1993. Zwischen 1993 und 1999 sank die Zahl der Einbruchsdiebstähle auf unter 80.000 pro Jahr. Danach stieg sie jedoch stark an, 2005 wurde ein neuerlicher Höhepunkt mit knapp 140.000 angezeigten Fällen erreicht. 2006 sank die Zahl der angezeigten Delikte und stagnierte bis 2008.

Die Zahl der aufgeklärten Delikte bewegte sich auf gleichmäßig niedrigem Niveau, 2001 fiel sie sogar leicht ab – durch den Anzeigenanstieg kam es folglich zu einer Senkung der Aufklärungsquote. Die Langzeitbetrachtung der Tatverdächtigen zeigt von 1975 bis 1988 einen geringen Fremdenanteil²⁵, ab 1989 lässt sich eine kontinuierliche Steigerung des Anteils tatverdächtiger Fremder feststellen (vgl. BMI 2009b: 25).

²⁵ Eine Aufschlüsselung nach Staatsbürgerschaft und Aufenthaltsstatus der Tatverdächtigen ist – zumindest für die Analyse des Einbruchs in Wohnobjekte – nicht möglich, da diese Angaben im Kriminalitätsbericht nur für die einzelnen Straftaten nach dem StGB angeführt werden (für den Bereich „Einbruchsdiebstahl in Wohnobjekte“ stehen daher nur Informationen über Altersstruktur und Anteil der fremden Tatverdächtigen zur Verfügung) –

Aus dem Bereich des Einbruchsdiebstahls wurde für die weiterführenden Analysen des eigentlichen Untersuchungszeitraumes die das Sicherheitsgefühl am stärksten beeinträchtigende (und daher laut Angaben politischer AkteurInnen den dringendsten Handlungsbedarf schaffenden) Einbruchart, der Einbruch in private Wohnobjekte (Wohnungen und Einfamilienhäuser) gewählt:

Tab. 1: Einbruchsdiebstahl Wohnobjekte 2004-2010

Einbruchsdiebstahl Wohnobjekte	2004 ²⁶	2005	2006	2007	2008	2009	2010 ²⁷
angezeigte Fälle	17461	19753	17493	18468	17180	19718	14646
Aufklärungsquote (Tatverdächtige)	7,17% (1632)	8,26% (1632)	8,91% (1558)	10,13% (1871)	9,56% (1643)	9,47% (1867)	
davon Fremde (Anteil)	1111 (68,1%)	1006 (61,64%)	1058 (67,91%)	1312 (70,12%)	1079 (65,67%)	1326 (71,02%)	

(eigene Darstellung, Daten aus BMI/ Kriminalitätsbericht 2005-2010)

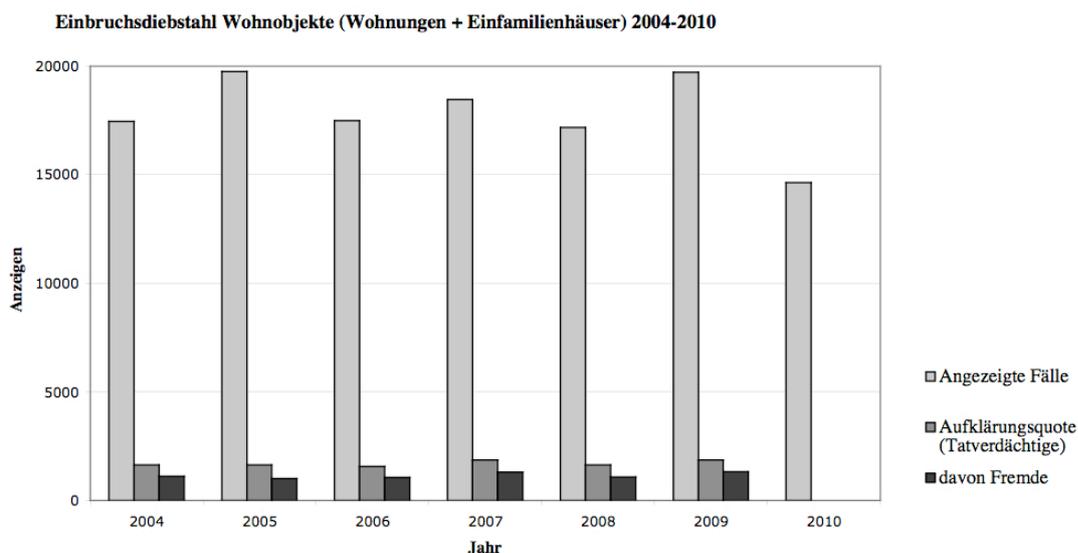


Abb. 5: Einbruchsdiebstahl Wohnobjekte 2004-2010

(eigene Darstellung, Daten aus BMI/ Kriminalitätsbericht 2005-2010)

weshalb diesen Fragen erst im folgenden Abschnitt anhand des bereits in Abbildung 4 und somit vom BMI hierzu herangezogenen § 129 StGB nachgegangen wird.

²⁶ Die Daten für das Jahr 2004 können nur bedingt zum Vergleich herangezogen werden, da erst ab 2005 zwischen Wohnungen und Einfamilienhäusern, zuvor zwischen „dauerhaft“ und „nicht dauerhaft bewohnten Wohnobjekten“ unterschieden wurde. Für 2004 wurde in Tabelle 1 und Abbildung 5 daher die Zahl der Einbrüche in dauerhaft bewohnte Objekte verwendet, ab 2005 die Summe der Einbrüche in Wohnungen und Einfamilienhäuser.

²⁷ Da der Kriminalitätsbericht für das Jahr 2010 zum Zeitpunkt des Abschlusses dieser Arbeit noch nicht vorlag, ist die Gesamtzahl der 2010 angezeigten Fälle Pressemitteilungen des BMI entnommen, wo diese mehrmals kommuniziert wurde.

Welche Ergebnisse lassen sich aus der Aufbereitung (Tabelle 1 und Abbildung 5) des Datenmaterials ableiten? Zum einen wird deutlich, dass Aussagen über die Tatverdächtigen aufgrund der äußerst geringen Aufklärungsquoten in diesem Zeitraum nur sehr begrenzte Aussagekraft haben. Zwar liegt der AusländerInnenanteil unter den Tatverdächtigen für den dargestellten Zeitraum in der Regel nahe oder über der 50-Prozent-Marke; da aber jeweils nur zu einem sehr geringen Prozentsatz der Straftaten Tatverdächtige ermittelt werden konnten, ist es nicht zulässig, von einem überdurchschnittlich hohen Fremdenanteil unter den TäterInnen (wohl aber unter den Tatverdächtigen) zu sprechen – wobei dieser (neben der nicht verifizierbaren Annahme einer tatsächlichen Dominanz fremder TäterInnen beim Einbruchsdiebstahl in Wohnobjekte) unterschiedliche Ursachen haben kann, darunter auch gezielte Aktionen der Polizei. Zulässig sind hingegen Aussagen über Fallsteigerungen. Hier lässt sich im Bereich der Einbruchskriminalität bei Wohnobjekten ein leichter Anstieg für die Jahre 2005, 2007 und 2009 ausmachen.

Somit wurde zwar die Frage nach der Entwicklung des Einbruchsdiebstahls in Wohnobjekte beantwortet, Belege für den überproportional hohen Anteil ausländischer (und, aufgrund der Nichterfassung von Nationalitäten in diesem Abschnitt des Kriminalitätsberichtes, erst recht nicht „osteuropäischer“) TäterInnen lassen sich daraus jedoch nicht ableiten. Im folgenden Abschnitt erfolgt daher der Versuch, Aufenthaltstitel und Nationalität der Tatverdächtigen zu analysieren.

6.2.2 Fremdenkriminalität und Herkunft der Tatverdächtigen

Wie viele der Tatverdächtigen sind gemäß ihres Aufenthaltsstatus „(Kriminalitäts-) Touristen“ und welche Nationen sind unter den Tatverdächtigen am stärksten vertreten? Hinsichtlich der verfügbaren Daten musste zur Beantwortung dieser Fragen ein anderer Zugang gewählt werden: Erfasst sind diese Informationen im Kapitel „Fremdenkriminalität“ des jährlichen Kriminalitätsberichtes, dort jedoch aufgeschlüsselt nach Deliktarten nach dem Strafgesetzbuch (und somit nicht gesondert für den Bereich des Einbruchsdiebstahls in Wohnobjekte).

Exemplarisch werden daher im Folgenden die Daten der gemäß § 129 StGB („Diebstahl durch Einbruch oder mit Waffen“²⁸) Tatverdächtigen dargestellt (Tabelle 2). Auch hier zeigt sich kein wesentlicher Anstieg der Fallzahlen (bei konstant geringen Aufklärungsquoten), der Fremdenanteil an allen ermittelten Tatverdächtigen ist hoch. Der Anteil jener fremden Tatverdächtigen, die gemäß ihres Aufenthaltsstatus als TouristInnen im Land sind, ist mit einer Streuung von 8,34 bis 16 Prozent hingegen niedrig.

²⁸ Die Gesetzgebung unterscheidet § 129 StGB (Diebstahl durch Einbruch oder mit Waffen) und § 130 StGB („gewerbsmäßiger Diebstahl und Diebstahl im Rahmen einer kriminellen Vereinigung“). Zwar deutet gerade der Ausdruck „Ostbanden“ auf das Vorliegen der zuletzt genannten Straftat hin, allerdings wurde bei der Auswahl von § 129 StGB für die Analyse berücksichtigt, dass auch das BMI selbst zur Illustration der Problematik regelmäßig auf diesen Tatbestand zurückgreift.

Tab. 2: Anzeigen und Tatverdächtige gemäß § 129 StGB 2004-2009

§ 129 StGB	2004	2005	2006	2007	2008	2009
angezeigte Fälle	137270	115526	106032	104860	104296	107407
Tatverdächtige (Aufklärungsquote)	17924 (13,06%)	12646 (10,95%)	12372 (11,67%)	13418 (12,8%)	13535 (12,98%)	13826 (12,87%)
davon Fremde (Anteil)	9527 (53,15%)	5713 (45,18%)	5791 (46,81%)	6661 (49,64%)	5744 (42,44%)	6959 (50,33%)
davon „Touristen“ (Anteil)	1073 (11,26%)	835 (14,62%)	926 (16%)	916 (13,75%)	479 (8,34%)	714 (10,26%)

(eigene Darstellung, Daten aus BMI/ Kriminalitätsbericht 2005-2010)

Im Folgenden soll nun auf die Staatsangehörigkeit dieser fremden Tatverdächtigen eingegangen und der jeweilige Anteil einzelner Nationen an allen fremden Tatverdächtigen nach § 129 StGB graphisch dargestellt werden.²⁹ Die Nennung der Staatsangehörigkeit der Tatverdächtigen im Bericht erfolgt jedoch jeweils nur für die zehn im betreffenden Jahr insgesamt (bezogen auf alle Delikte) „kriminellsten“ Nationen, wobei diese nicht zwangsläufig mit den am stärksten vertretenen Nationen unter den fremden Tatverdächtigen bezüglich der Straftaten nach § 129 StGB deckungsgleich sind (und somit theoretisch die Möglichkeit besteht, dass sich die in diesem Bereich zentrale Nation mit der Zuordnung „ohne Angabe“ in der Statistik wiederfindet, sofern ihre Dominanz in den untersuchten Jahren nur in Bezug auf § 129 StGB besteht).³⁰

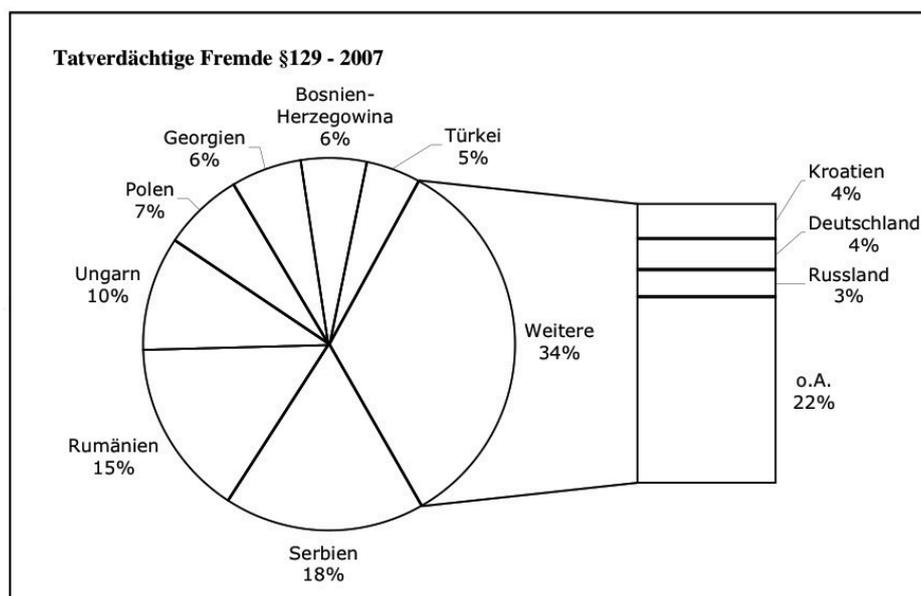


Abb. 6: Fremde Tatverdächtige § 129 – Anteil einzelner Nationen 2007

(eigene Darstellung auf Basis von BMI/ Kriminalitätsbericht 2008)

²⁹ Aufgrund der kaum vorhandenen Veränderungen im Zeitverlauf erfolgt diese Darstellung nur für die in der folgenden Diskursanalyse untersuchten Jahre 2007-2009 (das Jahr 2010 konnte wegen der zum Zeitpunkt der Durchführung dieser Untersuchung noch nicht veröffentlichten Daten wiederum nicht einbezogen werden).

³⁰ Umgekehrt sind tatverdächtige Angehörige der bei Fremdenkriminalität insgesamt am stärksten vertretenen Nation (Deutschland) für keines der untersuchten Jahre in Bezug auf § 129 StGB relevant.

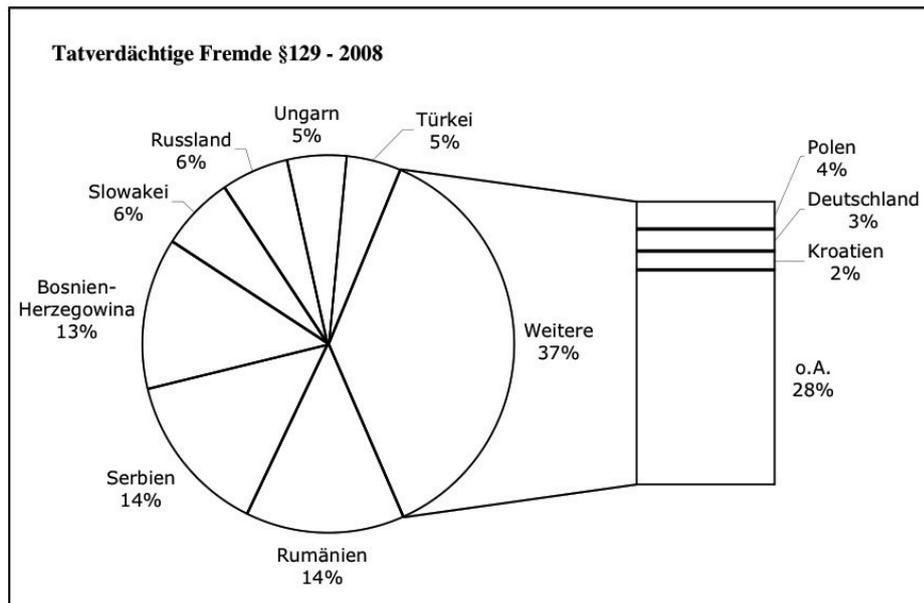


Abb. 7: Fremde Tatverdächtige § 129 – Anteil einzelner Nationen 2008
(eigene Darstellung auf Basis von BMI/ Kriminalitätsbericht 2009)

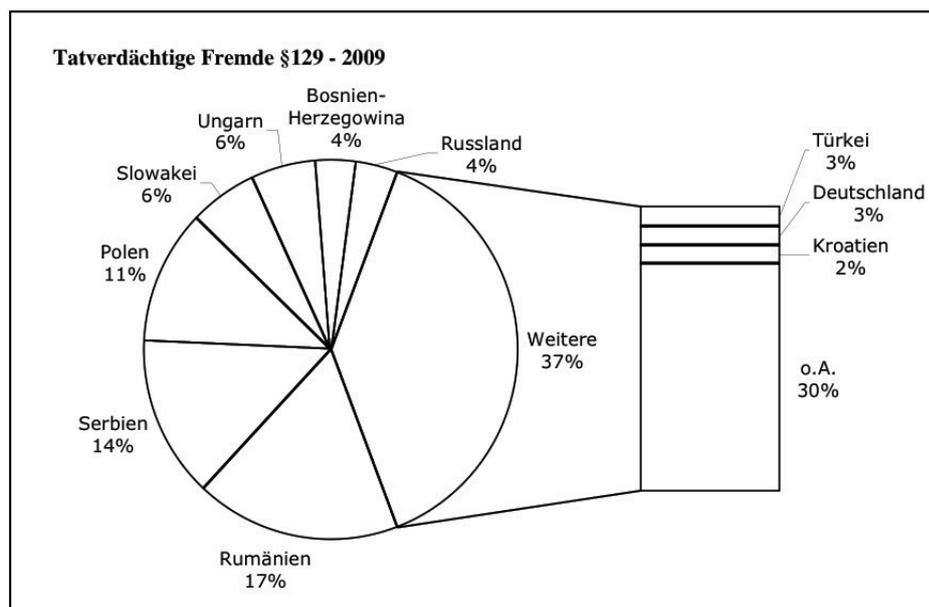


Abb. 8: Fremde Tatverdächtige § 129 – Anteil einzelner Nationen 2009
(eigene Darstellung auf Basis von BMI/ Kriminalitätsbericht 2010)

Für § 129 lässt sich aufgrund der Daten sagen, dass die Mehrheit jener Fremden, die der Begehung dieses Deliktes verdächtigt werden, ihrer Staatsbürgerschaft gemäß aus postsozialistischen Ländern kommt. Dabei sei jedoch ein weiteres Mal auf die geringe Aufklärungsquote (11-13 Prozent) verwiesen – weshalb die (wenngleich oft für Hochrechnungen verwendeten) Zahlen insgesamt kaum aussagekräftig sind.

6.2.3 Das „Sicherheitsgefühl der ÖsterreicherInnen“

Da seitens politischer AkteurInnen als Beleg für das objektive Vorhandensein der Problematik rund um die „Einbruchswelle“ und somit des politischen Handlungsbedarfs regelmäßig mit der „subjektiven Wahrnehmung“ der Situation als problematisch – also mit einem Ansteigen von Angst und Kriminalitätsfurcht in der Bevölkerung – argumentiert wird, soll im Folgenden auch diesem Sachverhalt nachgegangen werden.

Wie aber können „gesamtgesellschaftliche Sicherheitsgefühle“ quantitativ erfasst werden? Die international am häufigsten eingesetzte Frage zur Messung von Kriminalitätsfurcht ermittelt das Gefühl der Unsicherheit in der eigenen Wohngegend („Wie sicher fühlen Sie sich, wenn Sie abends allein in Ihrer Nachbarschaft unterwegs sind?“). In der Fachliteratur wird diese Formulierung auch als „Standardindikator“ für Kriminalitätsfurcht bezeichnet, „wobei sich der Begriff ‚Standard‘ weniger auf die Qualität des Indikators als die Häufigkeit der Verwendung bezieht“ (Reuband 2009: 238).

Wichtigster Anhaltspunkt für die „österreichische“ Sicherheitswahrnehmung ist hingegen das jährlich erstellte „Sicherheitsbarometer“ des *Kuratoriums für Verkehrssicherheit (KfV)*, bei dem vom Meinungsforschungsinstitut *OGM* 500 Personen nach ihren konkreten Ängsten und ihrem persönlichen Sicherheitsempfinden befragt werden. Für 2009 – das „Jahr der Einbruchswelle“ – im Folgenden die Umfrageergebnisse (vgl. Kuratorium für Verkehrssicherheit 2009): Auf die Frage nach konkreten Ängsten wurde 2009 am häufigsten die Angst vor Einbruchsdiebstahl (10 Prozent) genannt, gefolgt von der Angst vor Krankheit oder dem eigenen Tod (8 Prozent) und der Furcht vor Überfall, Raub oder Diebstahl (7 Prozent). Bezüglich der direkten Frage nach dem persönlichen Sicherheitsgefühl ergab die Umfrage jedoch, dass 83 Prozent der Befragten trotz der Berichterstattung über gestiegene Einbruchszahlen die Möglichkeit, selbst Opfer eines Einbruchs zu werden als „sehr oder eher unwahrscheinlich“ einschätzten. Als Grund für dieses überwiegend hohe Sicherheitsgefühl wurde von einem Viertel der Befragten angegeben, dass sie „in einer sicheren Wohnumgebung wohnen“. Weitere 17 Prozent fühlen sich „einfach sicher“ und 13 Prozent sind nicht durch Kriminalität beunruhigt, da sie am Land leben und die Gefahr dort als gering einschätzen (insgesamt beantworteten 87 Prozent die „Standardfrage“ mit „ich fühle mich sicher“ – eine Abnahme um lediglich 5 Prozent im Vergleich zum Jahr 2008).

Insgesamt blieb „das Sicherheitsgefühl der ÖsterreicherInnen“ 2009 somit auch im Vorjahresvergleich stabil, international gesehen jedenfalls auf sehr hohem Niveau. Eine besondere Beunruhigung oder Beeinträchtigung der Sicherheitswahrnehmung durch Kriminalitätsängste bestätigen die Ergebnisse dieser zentralen Studie³¹ folglich nicht.

³¹ Zwar wurden 2009 auch zahlreiche andere Umfragen mit wesentlich größeren attestierten Beunruhigungen und Kriminalitätsängsten veröffentlicht – da die Auftraggeber und/ oder Herausgeber dieser Umfragen jedoch mehrheitlich Unternehmen für Sicherheitstechnik sind und die Ergebnisse im Rahmen der Werbung und

7 Analyse des politischen Diskursstranges

Im Zentrum der folgenden Analyse steht nicht der Sachverhalt selbst, sondern seine Bearbeitung und Darstellung durch politische AkteurInnen. Deren Erfolg bei der Vermittlung eines Themas hängt zum einen von strukturellen Faktoren ab (Budget, Personal und technische Ausstattung, gleichsam die *Hardware*) – zum anderen aber auch von ihrer Überzeugungskraft, ihren Meinungen und Argumenten zur Begründung eigener Positionen – und somit von der Verwendung spezifischer Deutungs- und Interpretationsmuster. Die folgenden Ausführungen lassen strukturelle Bedingungen außer Acht und konzentrieren sich auf die *Software*, auf die Deutung des Themas als Problem (vgl. Gerhards 1992: 307). Einschränkungen auf einzelne politische Parteien oder Ebenen wurden dabei bewusst vermieden, da – ausgehend von der zuvor durchgeführten Recherche und Beschäftigung mit dem Datenkorpus – bereits vor der Untersuchung die Arbeitshypothese aufgestellt wurde, dass es sich im vorliegenden Fall um ein singuläres Problemmuster im Rahmen eines hegemonialen öffentlichen Diskurses handelt.

7.1 Untersuchungszeitraum

Wie die hierzu erstellte Grafik (Abbildung 9) zeigt, war der Untersuchungszeitraum 2007-2010 geprägt von Wahlterminen (in der Grafik blau eingezeichnet) – und somit Wahlkämpfen. Die häufig zu beobachtende Korrelation von „Kriminalitätswellen“ – also der Hervorhebung von Kriminalitätsgefahr und (Un-)Sicherheitsgefühlen – und Wahlkampfzeiten (vgl. Furedi 2005: 125) scheint auch hier gegeben, das „Sicherheitsthema“ spielte in allen Wahlkämpfen des Untersuchungszeitraumes (inklusive jenem zur Europawahl) eine zentrale Rolle – weshalb die folgenden Ausführungen auch immer vor diesem Hintergrund gesehen werden müssen.

Zur Veranschaulichung des zeitlichen Inkrafttretens von Regierungsmaßnahmen (in der Grafik rot eingezeichnet) stellt der schwarze Graph die Anzahl der jährlich angezeigten Einbrüche in Wohnobjekte dar.

7.2 Problemmuster

Problemmuster bestehen aus mehreren Elementen in einem Argumentationszusammenhang, weshalb das folgende Kapitel auf Basis dieser Elemente strukturiert ist.³²

Internetauftritte dieser Unternehmen publiziert wurden, wurde aufgrund von Zweifel an der Objektivität, aber auch der Suggestion einiger der hierbei gestellten Fragen auf den Einbezug dieser Umfrageergebnisse verzichtet.

³² Die Auswahl der analysierten Elemente ergab sich aus der Beschäftigung mit der theoretischen Literatur zur Problemmusteranalyse, vor allem jedoch aus den einzelnen Diskursfragmenten – wobei nur jene in der Literatur dargestellten Elemente untersucht wurden, die auch in den Fragmenten vorfindbar waren.

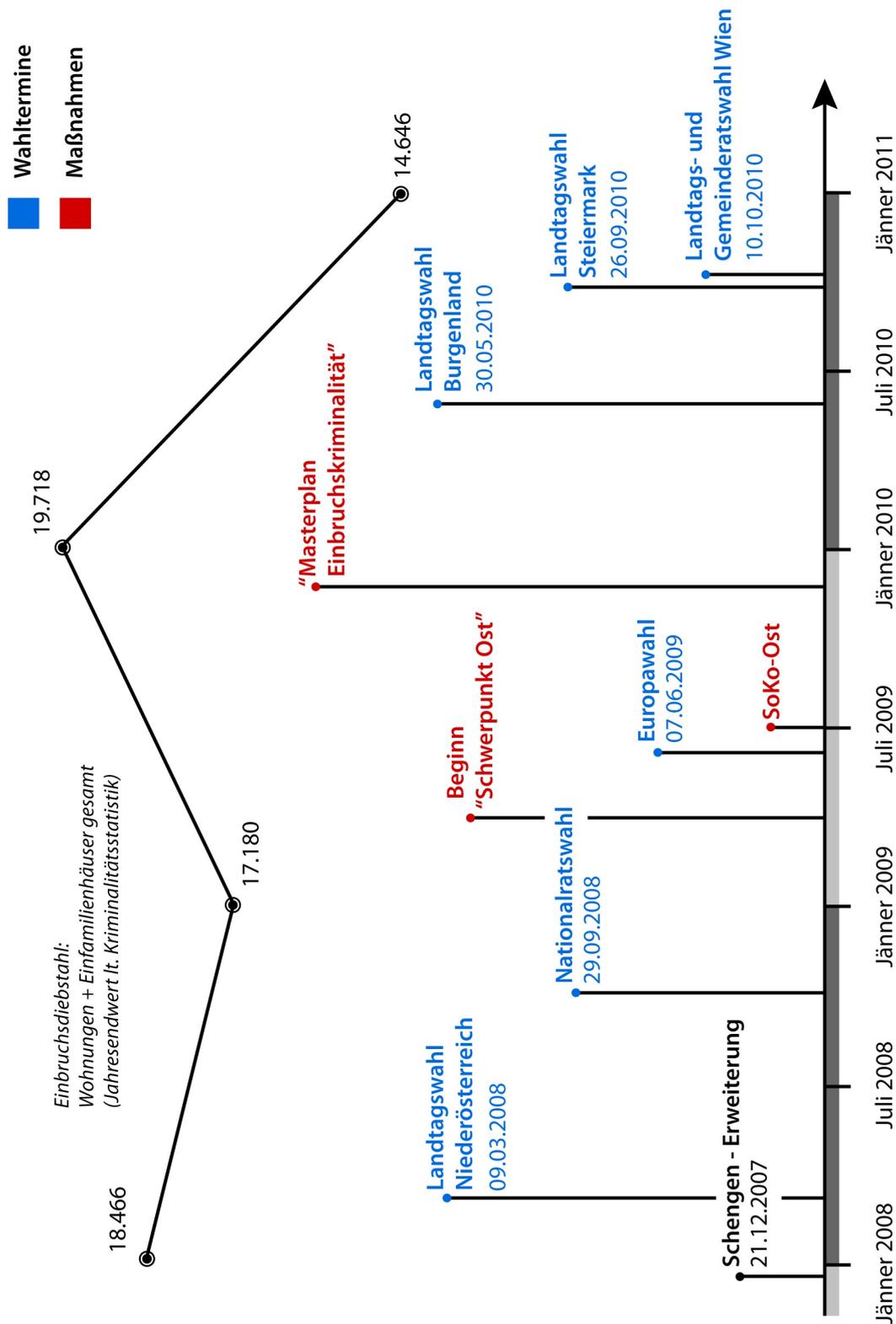


Abb. 9: Untersuchungszeitraum

(eigene Darstellung auf Basis von Kontextrecherchen)

7.2.1 Problemname

Damit ein Problem zu einem öffentlich diskutierten Thema werden kann, bedarf es eines Begriffes, der den verhandelten Gegenstandsbereich bezeichnet. Erst durch diese Benennung wird ein komplexer Sachverhalt auf einen begrifflichen Punkt gebracht, was die Kommunikation über ihn vereinfacht und Aufmerksamkeit konzentriert – weshalb der Problemname großen Anteil daran hat, ob sich ein Thema in der Öffentlichkeit durchsetzt. Besonders geeignet sind folglich Namen, die sich nicht nur unmittelbar einprägen, sondern in denen sprachlich auch der Kerngehalt der Problembehauptung mitschwingt (vgl. Schetsche 2008: 111 sowie Gerhards 1992: 310).

Die Bezeichnung des hier untersuchten Problems als „grenzüberschreitende organisierte Kriminalität bei Massendelikten im Eigentumsbereich“ (ÖVP-Sicherheitssprecher Kößl, ÖVP-OTS 04.11.2009³³) liefert ein eindrucksvolles Beispiel für misslungene Etikettierungen. Wie dargestellt, bedarf es dieser Mühe gar nicht – schließlich ist das Problem und seine Benennung nicht neu: ausgehend von Polizei und Innenministerium (und der täglichen Vermittlung insbesondere der *Kronen Zeitung*) wurde es bereits Ende der 1980er-Jahre erfolgreich als „Kriminalitätstourismus“ identifiziert – ein Name, der die Tatsache der Grenzüberschreitung mit dem vermuteten Reisezweck in Verbindung bringt und so bereits alle Merkmale eines Problemnamens erfüllt. Zumindest für die ersten Jahre der Problemgeschichte konnte sich dieser Begriff folglich durchsetzen, wird der Problemwahrnehmung heute jedoch nicht mehr gerecht. So findet sich der „Kriminalitätstourismus“ zwar weiterhin im öffentlichen Diskurs wieder, stellt aber nur mehr eine Sekundärbezeichnung des Problems dar.

Seit der EU-Osterweiterung 2004, spätestens aber ab 2007 dominieren die „Ostbanden“ die Problembenennung. Was impliziert diese Bezeichnung, warum ist sie „erfolgreich“? Zum einen fällt der Bruch mit dem nicht personalisierenden Begriff „Tourismus“ als Ausdruck der Bewegung auf – das Moment der Bewegung wird mit dem kriminellen Element im Wort „Bande“ zusammengefasst, was zudem einen Wechsel vom Phänomen (Tourismus) hin zum aktiven Täter (Bande) bedeutet. Bande meint „Horde, organisierte Gruppe von Verbrechern“, umgangssprachlich auch „Gruppe, Schar“ (Duden 1988: 125). Mit der Bezeichnung wird also auch ein juristischer Bezug hergestellt und so die Inakzeptanz hervorgehoben. Juristisch bezeichnet der Begriff der „Diebsbande“ das Zusammenwirken mehrerer Straftäter (nach österreichischem Strafrecht drei oder mehr Menschen) und damit eine kriminelle Verbindung,

³³ Das verwendete Datenkorpus findet sich im Anhang. Mit Einzelbelegen wurden Ergebnisse nur dann versehen, wenn zu Illustrationszwecken Direktzitate verwendet wurden bzw. die zitierte Aussage nur in einem Diskursfragment vorkommt. Ist ein Zitat einem der einbezogenen Zeitungsbeiträge entnommen (in der Regel handelt es sich hierbei um Interviews), so wurde (im Unterschied zu Zeitungsartikeln als Quellen außerhalb des Samples) in der Kurzform *Zeitung Datum/ Ausgabe: Seite* belegt, die jeweiligen AutorInnen sind in diesen Fällen dem Anhang zu entnehmen.

„mit dem Vorsatz der wiederholten Begehung selbstständiger, nicht bloß geringfügiger Diebstähle“ (vgl. BMI 2009b: 7 sowie § 130 StGB).³⁴

Neben dieser „kriminellen“ Komponente enthält die Bezeichnung „Ostbande“ die geografische Zuordnung des Phänomens „zum Osten“ – mit allen damit verbundenen Konnotationen, hat die Stilisierung „des Ostens“ zur konstanten Bedrohung für die westliche Zivilisation doch über die Auseinandersetzung der zwei „Blöcke“ im Kalten Krieg hinausreichende Tradition, charakterisiert durch den Antagonismus „abendländischer Zivilisation“ und „asiatischer Barbarei“. Osteuropa (und insbesondere Russland) wurde trotz „verwestlichter“ Züge im Westen stets mit dem Orient assoziiert, ältere Stereotype über das „russische Wesen“, in denen Rückständigkeit, Gewaltbereitschaft und Autoritätshörigkeit eine wichtige Rolle spielen, bis heute tradiert (was im Übrigen ein Zusammenspiel mit der zweiten Bedeutung von „Bande“ als „Horde“ findet). Ohne dass direkte historische Parallelen gezogen werden müssten, reproduziere sich dieses Muster des kollektiven Misstrauens in unserer heutigen Auseinandersetzung mit „dem Osten“, so Kuschej/ Pilgram (2002: 46). In Kriminalitätsvorstellungen treten diese Assoziationen besonders deutlich zu Tage. So wird die „Russen-Mafia“ – im Gegensatz zur italienischen Mafia mit ihren „traditionellen Werten“ – nicht selten als wild, gewalttätig, brutal und in ihrer Barbarei als „zutiefst orientalisches“ beschrieben (vgl. Paoli 2004: 298 sowie eingehender Kapitel 6.3.4 dieser Arbeit).

Der Begriff der „Ostbande“ ist somit viel „stärker“ als sein Vorgänger: Neben dem Einbezug der Herkunft ist er aktiv, umfasst den Kerngehalt der Problemwahrnehmung – hat aber vor allem auch über diesen Zusammenhang hinausreichende Bedeutung.

Der Problemname im Diskurs – und seine Varianten

FPÖ und BZÖ verwenden vorrangig den Begriff „Ostbande“ (allerdings ohne Anführungszeichen). Die ÖVP stellt mitunter ein „sogenannt“ davor und/ oder setzt ihn unter Anführungszeichen, verwendet den im öffentlichen Diskurs gebräuchlichen Begriff also mit Verweis auf eben diesen Diskurs. Die SPÖ und die Grünen gebrauchen den Begriff hingegen nur selten (erstere) bis gar nicht (letztere), sprechen stattdessen von Einbrecherbanden (häufig wählt auch die ÖVP diese Formulierung), wobei in vielen Fällen die Ergänzung Einbrecherbanden „aus dem Osten“ vorgenommen wird. So ist auch in diesen Fällen der Osten diskursiver Referenzpunkt der Straftat, Einzelereignisse werden mit diesen Begriffen zusammengefasst und Einbruch im politischen Diskurs in der Regel im Zusammenhang oder mit Verweis auf „den Osten“ diskutiert – und vice versa. Hiervon zeugen auch zahlreiche Komposita, von denen zur Veranschaulichung der Argumentation in der Folge einige wiedergegeben seien: Zusätzliche Verstärkungen der kriminellen Komponente finden sich (vor allem am rechten Rand des Parteienspektrums) in

³⁴ In diesem Zusammenhang (vor allem vor dem Hintergrund der im Diskurs angenommenen Organisationsform der hier thematisierten Kriminalität in größeren Strukturen) sind strafrechtlich auch § 278 StGB (kriminelle Vereinigung) und § 278a StGB (kriminelle Organisation) von Bedeutung (vgl. BMI 2009b: 10).

Begriffsvarianten wie „kriminelle Ostbanden“ (BZÖ, aber auch ÖVP), „einfallende Ostbanden“ (BZÖ, Verstärkung der „Horde“), „Ost-Kriminalität“ (BZÖ), „Ost-Verbrecher“ (FPÖ).

Der Verweis auf die Organisiertheit dieser Formen von Kriminalität wird hingegen auch von beiden Großparteien gewählt: „organisierte Einbrecherbanden“ (ÖVP, SPÖ) beziehungsweise „organisierte Ostbanden-Kriminalität“ (FPÖ), „internationale Einbrecherbanden“ (Grüne), „organisierte Ostmafia“ (FPÖ, Verdopplung der organisierten Kriminalität durch den Begriff der Mafia). Die SPÖ ersetzt mitunter die Herkunft der Täter durch deren hauptsächlichlichen Wirkungsbereich innerhalb Österreichs – was jedoch wieder beim Wort „Ost“ endet („organisierte Kriminalität in der Ostregion“).

Die Verwendung des begrifflichen Vorgängers „Kriminalitätstourismus“ findet sich im politischen Diskurs nur mehr selten, auftretende Komposita sind beispielsweise „Panzerknackertourismus“ (BZÖ, wobei auch hier eine deutliche Anspielung auf „Bande“ nicht von der Hand zu weisen ist), „Kriminaltouristen aus dem Osten“ (eine Erweiterung, auf die vor allem die FPÖ häufig zurückgreift), aber auch „Kriminalitätsimport“ und „importierte Kriminalität“.

7.2.2 Erkennungsschema

Das Erkennungsschema stellt eine Art Kurzfassung der anschließend untersuchten Problembeschreibung dar. Es liefert Kriterien (gewissermaßen Indizien), nach denen eine Situation als Teil des Problems angenommen werden kann: Wird eine Wahrnehmung in Übereinstimmung mit diesen Kriterien gebracht, heißt dies für den Beobachter, dass das entsprechende Problem vorliegt. Ist eine Situation in dieser Weise gerahmt, muss sie nicht mehr näher untersucht werden – aufgrund des Problemmusters ist ja bekannt, „worum es geht“ und „wie die Sache sich verhält“. Gehandelt wird anschließend weniger aufgrund des vorgefundenen Einzelfalls, als auf Basis der Situationsbeschreibungen, die das Problemmuster enthält (vgl. Schetsche 2008: 112) – der Einzelfall wird unter die Merkmale des Erkennungsschemas subsumiert.

Identifizierungsmarker Nummer Eins im politischen „Ostbanden“-Diskurs ist das Ansteigen von Delikten im Bereich der Eigentumskriminalität, vor allem der Einbrüche in Wohnobjekte. So werden Zunahmen bei den Anzeigen seitens aller Parteien als klares Zeichen für das Vorliegen des Problems gewertet.

Einen ausführlicheren Indizienkatalog liefert das Innenministerium im Rahmen einer als Teil des Maßnahmenpaketes „Masterplan Einbruchskriminalität“ eingerichteten „Koordinierungsstelle“. Diese wird tätig, wenn a) Eigentumsdelikte nach §§ 127-131 und 141-143 StGB vorliegen (wobei § 129 StGB „Diebstahl durch Einbruch oder mit Waffen“ auf Geschäfte, Wohnungen, Wohnhäuser, Firmen, Gebäude und Kraftfahrzeuge eingeschränkt ist) und b)

die Verdächtigen bei diesen Delikten Angehörige der folgenden Ethnien sind: Rumänien, Moldawien, ehemaliges Jugoslawien, Georgien, Region Kaukasus, Russland (vgl. BMI 2009b: 33).

Als treffende Illustration dieses Erkennungsschemas kann daher folgender Ausschnitt aus einer Reportage betrachtet werden:

„Im achten und letzten Stock eines schmucklosen Wiener Wohnbaus in Praternähe steht eine verdächtige Gestalt im Gang herum, verboten ist das nicht. Zwei Beamte der Spezialeinheit zur Bekämpfung der Straßenkriminalität haben den Mann bis hierher verfolgt; sie sehen sofort, dass an einer Tür das Zylinderschloss abgerissen ist: Aha, Georgier. Sie nehmen ihn fest und schnappen sich dann seinen Komplizen, der gerade dabei war, wertvolles Kleinzeug in seiner Tasche zu verstauen“ (Linsinger/ Meinhart 2009: 14).

Im Diskurs überwiegen Formen der Zuschreibung, der „Erfolg“ des Erkennungsschemas ist auch daran erkennbar, dass ähnliche Fälle zur schnellen Identifizierung als „Tat der Ostbanden“, somit als Diskursereignis reizen. Da sowohl der Problemname als auch sein Erkennungsschema explizit die Verursacher und ihre Herkunft einschließen, werden Einbruchsdiebstähle in der Regel unter den Begriff der „Ostbanden“ subsumiert, ohne dass es weiterer Indizien bedarf.

Glaubwürdigkeit (als Bezug zwischen Thema und Außenwelt) bezieht das Problem neben seiner ständigen Thematisierung durch die regelmäßige (politisch-mediale) Präsentation aktueller Deliktzahlen, Berichte von ExekutivbeamtInnen (Expertenaussagen), staatliche Interventionen und nicht zuletzt aus der im politischen Diskurs kommunizierten „Angst der Bevölkerung“.

7.2.3 Problembeschreibung

Die Problembeschreibung steht im Zentrum des Problemmusters. Sie setzt sich aus einer ausführlichen Problemdefinition (Benennung und Erklärung der Fakten, sozialen Beziehungen und Handlungsweisen, um die es beim Problem geht) und wenigen zentralen Wissensbeständen zusammen. Zu diesem Hintergrundwissen zählen etwa Behauptungen über Ursachen des Problems, über seine Verbreitung sowie über die Folgen (vgl. Schetsche 2008: 114f.).

Für den politischen „Ostbanden“-Diskurs lässt sich die Problembeschreibung wie folgt skizzieren: Beginnend mit den politischen Veränderungen im Osten Europas stieg die Zahl der Einbruchsdiebstähle in Österreich merklich an – im gesamten Bundesgebiet, speziell aber in Ballungsräumen und entlang der Hauptverkehrsadern. Ende des Jahres 2008 wurde ein neuerlicher Anstieg der zur Anzeige gebrachten Fälle als „Einbruchswelle“ kommuniziert. Deren wichtigstes Merkmal: sie kann *jeden* und *alles* treffen: Während früher eher schlecht

gesicherte Objekte gut situierter BürgerInnen Angriffsziele boten, können nunmehr Menschen aller sozialen Schichten (und auch gut gesicherte Objekte) Opfer eines Einbruchdiebstahls werden. Im Gegensatz zu durch Gelegenheitstäter, Einzeltäter oder Suchtmittelbeschaffungstäter begangenen Eigentumsdelikten sind von „professioneller Bandenkriminalität“ *alle* betroffen (vgl. BMI 2009b: 5). Auch die Art der Beute ist nicht klar einzugrenzen; „die Palette reicht von Bargeld bis hin zu Buntmetallen“ (ebenda: 12). Außerdem wird die besondere Häufigkeit und somit Dringlichkeit des Problems betont: „Stündlich werden Österreicher von kriminellen Ostbanden ausgeraubt und überfallen“ (BZÖ), „Ein Viertel der Wiener betroffen von Einbruchskriminalität“ (FPÖ). Zusätzliche Betroffenheit suggeriert der (in verschiedenen Ausprägungen von allen Parteien) bemühte Verweis auf die Überlastung der Exekutive: Die Polizei kann nicht schützen, es fehlt ihr „an allen Ecken und Enden“ an Personal, weshalb die (an „Personalstärke“ weit überlegenen) Banden „mehr oder minder ungehindert“ vorgehen können.

7.2.3.1 Auf der Suche nach Ursachen: *causal stories*

Nach der Problemdefinition muss Abhilfe (oder zumindest Linderung) durch das Handeln gesellschaftlicher Instanzen möglich sein. Zentraler Teil der (politischen) Problembeschreibung ist daher die Konstruktion von Erzählungen, die das Problem in einen Kausalzusammenhang stellen, so genannter *causal stories* (vgl. Stone 1989).

Kausalzusammenhänge machen komplexe Sachverhalte zugänglich, indem sie diese auf menschliches Handeln zurückführen und somit als kontrollierbar darstellen – Denn die Zuschreibung einer menschlichen Ursache (etwa Politik im Vergleich zu unkontrollierbarer Natur oder göttlicher Fügung) hat wesentlichen Einfluss auf die Handlungs- und Veränderungsmöglichkeiten („how situations come to be seen as caused by human actions and amenable to human intervention“, Stone 1989: 281).³⁵ Erst innerhalb eines Kausalzusammenhanges können Lösungsvorschläge beziehungsweise Handlungsanleitungen getroffen werden. Vor allem ermöglicht die Konstruktion eines Kausalzusammenhanges aber die Benennung von Schuldigen – und somit auch die Abwälzung von Verantwortung auf andere Akteure, bringt also eine wertende Dimension in den Diskurs ein. In der Folge kann durch sie geklärt werden, wer das Problem verursacht – und wer es lösen wird. Auch die Ursache muss in ihrer Bezeichnung begrifflich auf einen Punkt gebracht werden. Damit sich eine bestimmte Problemursache innerhalb des Problemmusters zudem „erfolgreich“ durchsetzen kann, darf sie nicht individualisiert werden, sondern muss einem kollektiven Akteur attribuiert werden (Fremdverantwortung) – fühlt sich der Einzelne für einen Missstand selbst verantwortlich, gibt es keinen Grund für öffentliche Aufregung (vgl. Gerhards 1992: 311f.).

³⁵ Ein häufig zitiertes Beispiel für diese Art des im Verlauf von Diskursen vollzogenen Rückbezugs scheinbar unkontrollierbarer Situationen auf menschliches Handeln ist der Treibhauseffekt – als vom Menschen verursachtes und somit „bekämpfbares“ Phänomen.

Im hier untersuchten Diskurs erscheint es somit zwar naheliegend, als oberste Ursache (von der sich alle Nebenursachen erst ableiten) das Wohlstandsgefälle zwischen Österreich und seinen von postsozialistischen Problemlagen geprägten Nachbarländern anzunehmen. Tatsächlich wird auf diese (eben systemimmanente und insofern nicht steuerbare) Ursache nicht direkt eingegangen.³⁶

„Verfehlte Sicherheitspolitik“ versus „Verfehlte Integrationspolitik“

Als Hauptursache lassen sich im Problemmuster vielmehr eine Reihe von unter der Bezeichnung „verfehlte Sicherheitspolitik“ zusammenfassbarer – und auf menschliches Handeln zurückführbarer politischer Entscheidungen identifizieren. Diese Ursache wird in ihren verschiedenen Ausprägungen von allen Parteien mit Ausnahme der (seit dem Jahr 2000 durchgehend das Innenministerium innehabenden) ÖVP geteilt. Nach einer von Stone (1989: 285) vorgeschlagenen Klassifikation von Kausalzuschreibungen handelt es sich hierbei um einen *inadvertent cause* („the tale of harmful side effects of well-intentioned policy“) – eine auf ein Ziel bezogene Aktion hat unbeabsichtigte Folgen, die zwar vorhersagbar waren, aber nicht vorhergesehen wurden. Dabei hat die „verfehlte Sicherheitspolitik“ als *causal story* zwei ganz unterschiedliche Ausprägungen:

FPÖ und BZÖ verstehen unter der Kausalzuschreibung „verfehlter Sicherheitspolitik“ vor allem den Beitritt der neuen EU-Mitgliedsstaaten zum Schengener Abkommen und in der Folge den Wegfall der Grenzkontrollen zu diesen Ländern im Dezember 2007. Dieses (als „Öffnung der Ostgrenze“ bezeichnete Vorgehen³⁷) war „sicherheitspolitisch fahrlässig“ („freiwillige Preisgabe unserer Sicherheit“), jedenfalls aber überstürzt, da die betreffenden „Ostländer“ nicht in der Lage seien, die Außengrenzen der EU „wie versprochen ausreichend zu schützen und zu bewachen“. Als Ergebnis sei man nun mit „1260 Kilometern Grenze die so löchrig ist wie ein Schweizer Käse“ (BZÖ) konfrontiert, über die Kriminelle „unbehelligt“ ein- und ausreisen können. Zusammengefasst wird diese Ursache häufig unter dem somit stark negativ assoziierten Stichwort „Schengen“, wovon auch zahlreiche Komposita zeugen („Schengenvertrag bedeutet Freifahrt für Kriminelle quer durch Europa“, „Schengen-Sicherheitsblase ist geplatzt“ etc.).

³⁶ Seltsam mutet in diesem Zusammenhang eine Presseaussendung der FPÖ an (die aufgrund ihrer Singularität hier nur erwähnt, jedoch nicht als eigene Ursache angenommen wird), wonach die „Kriminalitätsexplosion“ gemeinsam mit Massenarbeitslosigkeit und Massenzuwanderung als Symptome der Globalisierung und der Profitgier multinationaler Konzerne gesehen wird: „Die Zeche zahlt der Steuerzahler der Industriestaaten. Er bezahlt sie in Form steigender Treibstoff- und Lebensmittelpreise [...] und immer häufiger mit seinem Arbeitsplatz. [...] Dieser Teil der Rechnung umschließt auch gleich noch seine Sicherheit, die ebenfalls den Bach runtergeht [...]. Schließlich erfolgt die Massenzuwanderung schlecht ausgebildeter, nicht integrierbarer Kulturfremder primär auf Geheiß eben jener Industrien, die billige Arbeitskräfte suchen. [...] Gleichzeitig steigen die Verkaufspreise der nun billiger hergestellten Waren. Gleichzeitig erfolgt der Abbau von Grenzen (etwa Schengenerweiterung im Dezember 2007), um den Zustrom der Niedriglohnarbeiter von Morgen zu forcieren. Dass damit auch ein wachsendes Heer von Gastarbeitslosen und Wirtschaftsflüchtlingsen angelockt wird, dass damit dem Kriminalitätstourismus Tür und Tor geöffnet werden, sehen wir zwar durch alarmierende Kriminalitätsstatistiken bestätigt, stört die Urheber des Unheils aber nicht“ (FPÖ-OTS 17.08.2009).

³⁷ Beide Parteien benutzen in Anlehnung an die Phrasen vom „Fall der Mauer“ und dem „Fall des Eisernen Vorhanges“ zudem den Ausdruck „Fall der Grenzkontrollen“.

SPÖ und Grüne kommunizieren die Hauptursache des Problems hingegen als „misslungene“ Polizeireform unter der Schwarz-Blauen Koalition (2000-2007). Zwecks Einsparungen kam es zur Streichung von Planposten und Polizeiinspektionen und dem Abzug von PolizistInnen, die nun in der „Ostregion“ fehlen – was das Aufkommen des Problems folglich erst ermöglichte.

Interessanterweise vertreten FPÖ und BZÖ zusätzlich zur dargestellten Schengen-Problematik auch diese *causal story*: Die Exekutive ist mit administrativen Maßnahmen überlastet, gerade in Grenzgebieten (aber auch auf den Straßen) mangelt es aufgrund des Abbaus von Planstellen an Einsatzkräften – woran primär das Innenministerium (und somit die ÖVP) Schuld trägt. Diese Einsparungen passierten wohlgerne in einer Regierung, an der die FPÖ (nach dessen Abspaltung 2005 das BZÖ) beteiligt war, was FPÖ-Bundesparteivorsitzender Strache wie folgt argumentiert: „Ich habe nicht dafür gestimmt. Und Rot-Schwarz hat die katastrophale Reform [...] noch verstärkt“ (News 18/2009: 22).

Die Grünen und die SPÖ machen zudem politische Säuberungen in der Wiener Kriminalpolizei verantwortlich, bei den Grünen sieht man das Problem als „gewachsenen Prozess“ – die ÖVP-Innenminister Strasser, Platter und Fekter hätten an Stelle erfahrener, aber politisch missliebiger Kriminalbeamter verlässliche Parteibeamte eingesetzt („VP-Minister haben Parteibuch über Sicherheit gestellt“). Zwar wären so „überkommene, verkrustete Strukturen“ zerstört worden, aber auch funktionierende Netzwerke seien den Maßnahmen zum Opfer gefallen – was nun zumindest die niedrige Aufklärungsquote maßgeblich mitverursache und folglich zur Attraktivität Wiens für Einbrecher führe.

Die ÖVP kann als Hauptverantwortliche der Polizeireform und Befürworterin der EU-Erweiterung keine dieser beiden Ausprägungen des Kausalzusammenhangs vertreten. In den vorangegangenen Jahren hatte man argumentiert, dass das Ende der Grenzkontrollen zu den neuen Mitgliedsstaaten kein sicherheitspolitisches Problem darstelle:

„Die EU-Erweiterung hat Österreich sicherer gemacht. Seit Mai gibt es keine Barrieren für die polizeiliche Zusammenarbeit mit den neuen Mitgliedsstaaten. Dadurch können wir gemeinsam die grenzüberschreitende Kriminalität effektiv bekämpfen“ (Innenministerin Prokop, ÖVP-OTS 10.06.2005).

„Der grenznahe Raum wird immer eine große Rolle spielen und immer kontrolliert werden. Das tun wir zwischen Italien und Österreich auch noch, und da ist die Schengen-Erweiterung schon lange in Kraft“ (Innenminister Platter, Die Presse 12.12.2007: 4).

Dennoch muss auch die ÖVP zur Vervollständigung des Problemmusters, dessen sie sich ebenfalls bedient, eine Ursache benennen. Als einzige Partei erwähnt die ÖVP daher die „politischen Veränderungen in Europa“:

„Die Weltgeschichte wurde weiter geschrieben. Beim Fall des Eisernen Vorhangs 1989 war Österreich noch am Rande der EU gelegen. Bis heute hat sich enorm viel getan, wir sind ins Zentrum eines Vereinten Europas gerückt. Auch die Mobilität der Menschen hat zugenommen – und damit leider auch der so genannte Kriminalitätstourismus und die Organisierte Kriminalität“ (ÖVP-Sicherheitssprecher Kößl, ÖVP-OTS 04.11.2009).

Aufgrund ihrer „Nichtbekämpfbarkeit“ erscheint diese Argumentation allerdings als ungeeignet. Unter Innenministerin Fekter argumentiert die ÖVP zusätzlich mit einer (gemäß des *causal story*-Ansatzes) besser „geeigneten“ Ursache, indem sie das Problem auf „verfehlte Integration“ zurückführt und so mit Asyl- beziehungsweise Integrationsagenden verbindet: „Schlecht integrierte Personen werden von Banden rekrutiert und als Einbrecher missbraucht“, „Einbruchsbekämpfung ist auch Schleppereibekämpfung“, „mit einem geordneten Fremdenrecht wird Sicherheit gestaltet“. In sich ist dieser Kausalzusammenhang dennoch un schlüssig – widerspricht er doch der zum Teil weiterhin angenommenen Deutung vom von außen kommenden „Kriminalitätstourismus“.

7.2.3.2 Verursacher und Opfer

Kausalattributionen sind auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie unmittelbar mit moralischen Beurteilungen verbunden sind, die in der Frage nach Schuld und Unschuld von Beteiligten kulminieren. Dabei findet eine Dichotomisierung statt: Auf der einen Seite stehen Individuen, mehr oder weniger abstrakte Personengruppen oder aber anonyme gesellschaftliche Strukturen, die kausal und moralisch für das Problem verantwortlich gemacht werden – auf der anderen Seite die Betroffenen, die (vollständig oder zumindest weitgehend) unschuldig an ihrem Leiden erscheinen (vgl. Schetsche 2008: 115). Eine wichtige Rolle für die Übernahme eines Kausalzusammenhanges (und letztlich des Problemmusters und somit für die Aktivierung öffentlicher Meinung) spielt folglich die Glaubwürdigkeit des Themas – es müssen sich Indikatoren für einen „empirischen Test“ finden lassen beziehungsweise konstruiert werden, die diese Deutungen „verifizieren“. Durch das Ausfindigmachen konkreter Verursacher erhalten Ursachen diese Plausibilität (vgl. Gerhards 1992: 310f. sowie Dresen 2010: 108).

Im hier untersuchten Diskurs erscheinen die Verursacher nicht als Individuen, sondern als abstrakte Personengruppen (von denen in der Regel nur die ethnische Herkunft kommuniziert wird). Das Innenministerium definiert sie als:

„organisierte Banden (oft ethnische Gruppierungen) spezialisiert auf Geschäftseinbrüche mit vorbestellten Waren oder Wohnungs- und Wohnhaus-Einbrecher, spezialisiert auf Tatorte mit hoher Beuteerwartung [...] die eine hohe Risikobereitschaft zeigen, beim Einbruch eventuell erwischt zu werden“ (BMI 2009b: 5, 14).

Die SPÖ spricht von „kriminellen Netzwerken, internationalen Banden, die sich schwerpunktmäßig mit Einbrüchen beschäftigen“ (SPÖ-OTS 27.09.2009). Sie sind entweder

bereits im Land (etwa als AsylwerberInnen) oder passieren zur Tatbegehung die österreichische Grenze. In ihren Heimatländern werden sie dafür überdurchschnittlich bezahlt, weshalb sie kein Risiko scheuen (ÖVP, ÖVP-OTS 22.06.2009).

Ab 2009 setzte die Exekutive das sogenannte *Ethnic Profiling* (auch: *Racial Profiling*) ein, eine Ermittlungsmethode, welche Ethnizität als Merkmal in Täterprofile und Ermittlung aufnimmt (vgl. Kaufmann 2010: 10) – was zur folgenden Unterscheidung verschiedener Tätergruppen und ihrer Spezialisierungen und Vorgehensweisen führte, die hiermit aufgrund ihrer Relevanz innerhalb des Problemmusters im Volltext wiedergegeben wird (BMI 2009b: 16-20):

Georgische Tätergruppen: [...] überwiegend Asylwerber, die einer hierarchischen kriminellen Organisation angehören. Der Großteil der eingebrachten Erträge aus den Straftaten kommt in der Organisation in eine Gemeinschaftskasse (*Obschyak*) [...] Spezialgebiete: Wohnungseinbruchsdiebstahl (Abdrehen der Zylinderschlösser mit Rollgabelschlüssel), Supermarkteinbrüche (Aufflexen der Tresore), Sonstige Geschäftseinbrüche. Trafiken sind bei georgischen Tätergruppen begehrt. Die erbeuteten Waren werden zum Großteil von Hehlern (etwas aus der Türkei) abgenommen oder per Post nach Georgien verschickt [...], die aus der Beute lukrierten Geldbeträge werden nach Georgien überwiesen. [...].

Moldawische Tätergruppen: bestehen zumeist aus drei Personen oder mehr. Sie stehlen vorwiegend Fahrzeuge älteren Baujahrs und verwenden sie für „Einbruchsfahrten“. Zudem werden von ihnen Kennzeichentafeln gestohlen, die sie für ihre Beute- und Fluchtfahrzeuge verwenden. An den Tatorten bleiben oftmals die gestohlenen Fahrzeuge zurück. Für die Flucht werden neue Fahrzeuge und Kennzeichen gestohlen. Auch werden meist in einer Nacht mehrere Objekte aufgebrochen. Die Einbruchobjekte können nicht eindeutig eingegrenzt werden [...]. Auffallend ist, dass Tätergruppen aus Moldawien im Bereich Wohnhaus- und Wohnungseinbruch nicht häufig in Erscheinung treten.

Tätergruppen aus Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens: sind als stärkste fremde Gruppe in allen kriminellen Bereichen tätig. Im Bereich der Eigentumskriminalität begehen sie sowohl Einbrüche in Lagerhäuser, Firmen, Geschäfte, Großmärkte, Gasthäuser, Trafiken als auch in Wohnhäuser und Wohnungen. Seit 2007 wird eine Steigerung der Täteranzahl im Bereich Wohnhaus- und Wohnungseinbruch, speziell Dämmerungswohnungseinbrüche, festgestellt. Bei den meisten Tatverdächtigen handelt es sich um bereits langjährig etablierte serbische und bosnische sowie (kosovo-)albanische Täter, die auf ein umfangreiches Netzwerk von Hehlern zurückgreifen können. Die Beute wird in einschlägigen Cafes und Bars in Österreich verhehlt.

Rumänische Tätergruppen: Bei den rumänischen Gruppierungen ist die Gewaltbereitschaft gegenüber ihren Opfern und Geschädigten hoch. Spezielle Tatobjekte sind Firmen, Geschäfte, Wohnungen und Einbruchsdiebstahl in LKW (so genannte „Planenschlitzer“). Zudem wurden mehrere große Serien von Wohnhauseinbrüchen festgestellt. Die Täter drangen dabei meist zwischen 22:00 und 05:00 Uhr durch Abbrechen der Schließzylinder in die Objekte ein. Auch die Anwesenheit von Bewohnern schreckte sie nicht ab [...].

Polnische Tätergruppen: begehen vermehrt Blitzeinbrüche in Elektrogeschäfte. Die Täter schlagen dabei mit Kanaldeckel, Steinen oder Vorschlaghammer die Auslagenscheiben ein und dringen anschließend in die Objekte ein. Sie stehlen vorwiegend hochwertige Elektronikgegenstände, wie Laptops, Digitalkameras und Mobiltelefone. Danach wird der Tatort fluchtartig verlassen. Der Einbruchsdiebstahl dauert meist nur zwei bis drei Minuten. Weitere Betätigungsfelder sind die internationale Kfz-Verschlebung und der organisierte Diebstahl von Kfz-Bestandteilen.

Slowakische und tschechische Tätergruppen: treten häufig im Bereich der Kfz-Kriminalität in Erscheinung. Sie verschleben vorwiegend hochwertige Fahrzeuge aus Österreich, Deutschland und Italien ins Ausland. Weitere Deliktsbereiche sind Einbrüche in Wohnhäuser, Einbruchsdiebstähle in Fahrzeuge und der organisierte Diebstahl von Kfz-Bestandteilen. Die Tätergruppen sind organisiert und arbeiten zumeist aus ihren Heimatstaaten aus. Sie kommen nur zur Verübung der Einbrüche nach Österreich und reisen unmittelbar nach der Tat wieder ab.

Chilenische Tätergruppe: treten meist in Teams von zwei bis fünf Tätern auf und sind vorwiegend im Bereich des Wohnhaus- und Wohnungseinbruch tätig. Sie verwenden statt Spezialwerkzeugen in erster Linie sehr einfache Werkzeuge [...]. Chilenische Tätergruppen bedienen in Europa einem (sic!) Netzwerk von ausgewanderten Chilenen, die sich wirtschaftlich durch die Gründung von Unternehmen oder Lokalen etabliert haben. Über dieses Netzwerk werden Wohnungen und Fluchtfahrzeuge beschafft und ein Großteil der Beute verhehlt. Kleine und leicht transportierbare Gegenstände, wie hochwertiger Schmuck, Fotoapparate und Handys werden sofort nach dem Einbruch, meist noch am Rückweg in ihre Quartiere, postalisch in ihre Heimat geschickt. Zu diesem Zweck werden in den Fahrzeugen bereits vorgefertigte Kuverts mitgeführt. Die Täter benutzen meist unterschiedliche Quartiere: Schlafstelle, Beutelager und Treffpunkt befinden sich meistens an unterschiedlichen Adressen. Sie führen auch keine Mobiltelefone oder Wohnungsschlüssel mit sich, um keine Rückschlüsse auf Aufenthaltsadressen ziehen zu können.

Ungarische Tätergruppen: sind vorwiegend im Bereich des Firmeneinbruchs tätig, insbesondere im Bereich der Buntmetalldiebstähle. Seit 2008 ist jedoch auch ein vermehrter Anstieg von ungarischen Tatverdächtigen im Bereich des Wohnhauseinbruches feststellbar. Bei diesen Gruppierungen handelt es sich um durchreisende Tätergruppen, die unmittelbar nach Verübung ihrer Einbrüche in ihre Heimat zurückkehren.

Ehemalige Russische Föderation (sic!): Tätergruppen aus der ehemaligen russischen Föderation (sic!) sind in allen Deliktsbereichen feststellbar. Es ist keine Spezialisierung erkennbar. Es handelt sich dabei zum größten Teil um in Österreich länger aufhältige Asylwerber.

Diesen Tätergruppen stehen unschuldige Opfer gegenüber, die sich gegen die Problemverursacher nicht zur Wehr setzen können: „WienerInnen sind den Einbrecherbanden schutzlos ausgeliefert“ (Grüne), „Der freie kriminelle Reiseverkehr macht Österreicher zu Opfern“ (FPÖ).

7.2.4 Werturteil und Bewertungsmaßstäbe

Bereits im Kontext der Kausalattributionen ermöglichen Bewertungen die Gegenüberstellung von „unschuldigem Opfer“ und „schuldigem Täter“. Grundvoraussetzung für diese Bewertung ist jedoch, dass die Zustände als solche auch sozialetisch zu verurteilen sind. Das Problemmuster muss deshalb Feststellungen enthalten, mittels derer die Problembeschreibung mit der (meist als allgemein anerkannt unterstellten) Wertordnung der Gesellschaft verknüpft werden kann. Durch ein Werturteil über das Problem wird es dann unter andere Handlungen oder Zustände eingeordnet, die gegen einen Wert verstoßen, „den Gesellschaft und Staat zu schützen sich zur Aufgabe gemacht haben“ (Schetsche 2008: 115 sowie Gerhards 1992: 311). Politische AkteurInnen müssen also eine Dichotomie zwischen Ist- und Sollzustand feststellen (und als inakzeptabel bewerten) – nur so kann die gemeinsame Einsicht entstehen, dass es sich wirklich um ein Problem handelt, das gelöst werden muss (vgl. Dresen 2010: 123).

Die Handlungen der „Ostbanden“ verstoßen gegen geltendes Recht, sind also juristisch zu verurteilen. Darüber hinaus erhält im Problemmuster auch der (durch die juristisch verurteilbare Tat verursachte) Zustand eine Bewertung, die ihre sozialetische Verurteilung nahelegt: Auffallend häufig wird im Diskurs – seitens aller Parteien – auf den Sollzustand verwiesen. Demnach ist die öffentliche Sicherheit „zentrale Aufgabe des Staates“, weshalb die StaatsbürgerInnen das Recht auf „Sicherheit durch den Staat“, das Recht auf „ein Leben in einem sicheren Land“ haben. Der Istzustand wird dem entgegengesetzt: Die Sicherheit der ÖsterreicherInnen (die der Kriminalität schutzlos ausgeliefert sind) sei „gefährdet“ (diese Sichtweise findet sich etwa auch bei den Grünen), die nationale Sicherheit „teilweise nicht mehr vorhanden“ (FPÖ). Regelmäßig wird zwecks Beschreibung des inakzeptablen Istzustandes auch das „subjektive Sicherheitsgefühl“ bemüht – Kriminalitätsängste werden als Zeichen für fehlende (objektive) Sicherheit angenommen. Besonders die FPÖ tut sich hierbei hervor, spricht vom „Angstraum Wien“, wo die „von der Regierung im Stich gelassenen“ Menschen die „Hilflosigkeit von Fluchttieren und Freiwild“ empfinden, was sich bereits auf das gesellschaftliche Leben auswirke: „immer öfter trauen sich Frauen abends nicht alleine von der U-Bahn nach Hause und müssen daher schon immer öfter Waffen in der Handtasche bei sich tragen“ (FPÖ-OTS 12.11.2008).

7.2.5 Selbst- und Fremdpositionierungen der Parteien

AkteurInnen brauchen einen Begriff von sich selbst innerhalb eines Problems, vor allem aber müssen sie plausibel darstellen, dass sie kollektive Interessen vertreten – und so ihre Rolle im Diskurs legitimieren. Wollen politische AkteurInnen (und vor allem Oppositionsparteien) erfolgreich öffentliche Meinung mobilisieren, müssen sie zudem aufzeigen, dass das politische System und in erster Linie die Regierung von sich aus zu Lösungen (eines Problems, das wie dargestellt von Menschen verursacht und folglich lösbar wäre) nicht bereit oder in der Lage ist (vgl. Gerhards 1992: 312).

Zwar wird von der Singularität des Problemmusters ausgegangen, die Positionierungen der Parteien innerhalb dieses Musters wurden im Folgenden dennoch einzeln analysiert, um anschließend Unterschiede und Parallelen aufzeigen zu können.

7.2.5.1 Oppositionsparteien

Das BZÖ sagt als einzige Partei, „was Sache ist“, ist „empört“ und leistet massiven Widerstand gegen „falsche“ Politik (der Regierung), indem es als einzige Partei für die Sicherheit der Bevölkerung kämpft. Allen anderen Parteien ist Sicherheit nur bis zu den Wahlen wichtig, die Sorgen der Menschen werden ignoriert. Die Regierung versagt dabei völlig – und hat auch gar kein Interesse an einer Verbesserung der Lage – sie „schweigt“, „schaut weg“ und „weigert sich, für mehr Sicherheit zu sorgen“, beschönigt Kriminalitätsberichte („Zahlen werden nach unten frisiert“, die Bevölkerung „angelogen“) und setzt nur kosmetische Maßnahmen („Alibiaktionen“). Die ÖVP nimmt in ihrer „Schengen-Euphorie“ real existente Kriminalität im Land gar nicht wahr – und feierte stattdessen das „Ende der Grenze“ „mit Champagner“.

Die FPÖ positioniert sich als *die* Sicherheitspartei und „Beschützer“ der Bevölkerung: Während „alle anderen Parteien“ den Menschen nur subjektive Sicherheit „vorgaukeln“, will die FPÖ „echte“ Sicherheit und Schutz bieten. Als einzige Partei nimmt sie die Sicherheitsproblematik ernst (und hat, wiederum als einzige Partei, „jahrelang gewarnt“ und gegen die Schengen-Erweiterung gestimmt³⁸). Konsequenterweise sorgt die FPÖ dafür, dass die Bevölkerung über „die Wahrheit“ informiert wird, nennt die Ursachen für die Kriminalitätswelle beim Namen und steht auch „hinter den vielen engagierten Polizisten“. Diese Selbstpositionierung findet 2010 ihren Ausdruck illustrativ in einer Plakatkampagne anlässlich des Vorwahlkampfes zur Gemeinde- und Landtagswahl in Wien (Abbildung 10).



Abb. 10: Plakatwerbung der FPÖ 2010
(FPÖ 2010)

³⁸ Tatsächlich oblag dieser Beschluss einer einstimmigen Entscheidung des Rates der Innen- und JustizministerInnen der Europäischen Union.

Alle anderen Parteien lassen die Menschen mit dem Sicherheitsproblem alleine, ihnen geht es nur um Wählerstimmen und nicht um die „wahre“ Sicherheit. Entweder handeln sie folglich nicht im Interesse der ÖsterreicherInnen („Platter setzt bei der Exekutive den Sparstift an, während er mit seinen EU-Kollegen die Grenzbalken niederreißt“), belügen die Bevölkerung („erzählen Märchen von einer funktionierenden Sicherheitspolitik“) – oder haben „vor der Ost-Mafia“ kapituliert. Die Hilflosigkeit der Regierenden gegenüber der Situation zeigt sich aus Sicht der FPÖ etwa auch daran, dass die „Sicherheitsspitze“ des Landes „nicht einmal in der Lage ist, für ihre eigene Sicherheit zu sorgen“ (eine Anspielung darauf, dass innerhalb eines Jahres Innenministerin Fekter die Handtasche entwendet, BK-Direktorin Raninger das Auto gestohlen und in die Wohnung des Wiener Landespolizeikommandanten Mahrer eingebrochen wurde).

Bei den Grünen ist eine klare Selbstpositionierung hingegen nicht erkennbar – primär deshalb, weil innere Sicherheit für sie kein Kernthema darstellt (während die beiden zuvor behandelten Oppositionsparteien eine Positionierung als „law-and-order-Parteien“ versuchen), behandelt wird es zudem fast ausschließlich von Sicherheitssprecher Pilz. Einziger Adressat ihrer Kritik ist die ÖVP, sie habe Wien durch politische Säuberungen im Polizeiapparat „der organisierten Kriminalität ausgeliefert“, betreibe „Scheinpolitik“: „teure und spektakuläre aber erfolglose Aktionen, um die Bevölkerung hinters Licht zu führen und Kompetenz vorzutäuschen“ (Grüne-OTS 23.03.2010).

7.2.5.2 Regierungsparteien



Mir geht's um die sicherste Hauptstadt der Welt.

Alle Wienerinnen und Wiener können sich rund um die Uhr sicher fühlen. Zuhause und unterwegs. Ein Herzstück meiner Politik ist, dass Wien eine der sichersten Großstädte der Welt bleibt. Ob durch hunderte neue Ordnungskräfte in Wohnanlagen, Parks und Örtis oder den Kampfhundführerschein – wir reden nicht nur, sondern machen's. Ich lade Sie ein: Gehen wir gemeinsam den erfolgreichen Wiener Weg ins nächste Jahrzehnt.

Michael Häupl
Dr. Michael Häupl

JETZT GEHT'S UM WIEN.

Die SPÖ sieht sich selbst als „Problem-Versteherin“: Sie nimmt die Sorgen der Menschen ernst und verweist dabei besonders häufig auf die Bedeutung des „subjektiven Sicherheitsgefühls“. Auch hier illustriert die Plakatwerbung der Partei im Wiener Wahlkampf 2010 treffend das im Diskurs kommunizierte Selbstbild (Abbildung 11).

Während der Schaden für die Bevölkerung immer größer wird, sehe die ÖVP (und vor allem die Innenministerin) hingegen „tatenlos“ zu.

Abb. 11: Plakatwerbung der SPÖ 2010
(Feuer/ Dr. Puttner Communications 2010)

Die **ÖVP** vertritt ein anderes Selbstbild – sie präsentiert sich als die „Handelnde“ in Sachen Sicherheit, was auch in der Selbstbeschreibung des Innenministeriums („Wir gestalten Sicherheit“) zum Ausdruck kommt. Österreich ist bereits ein sicheres Land, darauf möchte man aufbauen; erklärtes Ziel ist es, „Österreich zum sichersten Land der Welt zu machen“. Dabei wird das „harte“ Vorgehen betont, es gäbe „keinen Kuschelkurs“, die Innenministerin wird parteiintern (wie auch medial) häufig als „eisern“ charakterisiert.

Dieser Selbstpositionierung steht die Sichtweise auf alle anderen Parteien gegenüber, die nur Wahlkampf-Veranstaltungen organisieren – aber eben nicht handeln würden. Deutlich wurde dieses Selbstbild als „handelnde Partei“ in Sicherheitsfragen bereits im Nationalratswahlkampf 2008 vermittelt, was seinen Niederschlag auch hier in der zugehörigen Plakatkampagne fand (Abbildung 12).



Abb. 12: Plakatwerbung der ÖVP 2008

(Gull Company 2008)

Gemeinsam ist allen Positionierungen im Diskurs somit, dass jede Partei für sich beansprucht, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen – und die (in der Regel „alle“) anderen Parteien beschuldigt, dies nur zu Wahlkampfzwecken – oder gar nicht – zu tun. Die Arbeit des Innenministeriums (und somit der ÖVP) wird von allen anderen Parteien inklusive dem Koalitionspartner SPÖ diskreditiert, das BMI letztlich mitverantwortlich an Problem und Istzustand gemacht.

7.2.6 Problemlösung

Die öffentliche Problemdefinition hat nicht zuletzt auch die Funktion, auf eine Lösung zu drängen. Meist enthält sie daher eine Zielvorstellung (vgl. Gerhards 1992: 313). Durch konkrete Bekämpfungsvorschläge werden anschließend verschiedene Methoden zur Zielerreichung kommuniziert.

7.2.6.1 Ziele

Das Ziel sieht im hier untersuchten Diskurs im Prinzip für alle AkteurInnen gleich aus: Der Sollzustand muss wiederhergestellt, die Bevölkerung vor den „Ostbanden“ geschützt und letztere „bekämpft“ werden. Die Zielvorstellung gilt dabei aber nicht allein durch ein Brechen des „Anzeigen-Aufwärtstrends“ als erreicht; die BürgerInnen müssten sich gemäß der Problembeschreibung auch wieder sicher *fühlen*.

7.2.6.2 Bekämpfungsvorschläge

Ein Problem, das öffentliche Aufmerksamkeit erlangen will, muss (wie dargestellt) lösbar, Abhilfe möglich sein. Vorschläge zur Bekämpfung des Problems sind deshalb fixer Bestandteil eines vollständigen Problemmusters. Dabei kann es sich sowohl um Strategien zur generellen Lösung als auch „nur“ zur Vermeidung zukünftiger Opfer oder zur Linderung der Not bereits betroffener Menschen handeln.

Die einzelnen Vorschläge zur Ursachenbekämpfung beziehen sich notwendigerweise auf die Kausalattributionen in der Problembeschreibung. Nur was dort als Ursache genannt ist, kann Gegenstand von Bekämpfungsmaßnahmen werden. Gemein ist allen Maßnahmen der Bezug auf eine (oder mehrere) von drei primären Ressourcen: Geld, Information und Recht (vgl. Schetsche 2008: 116).

An der Grenze: Für BZÖ und FPÖ gibt es „nur eine wirklich zielführende Maßnahme“, auf der zusätzliche Maßnahmen erst aufbauen könnten: die sofortige Wiedereinführung von Grenzkontrollen an der Ostgrenze durch das unbefristete Aussetzen „von Schengen“. Österreich „wieder dicht“ zu machen würde dem „Treiben der Verbrecher klare Grenzen setzen“. Beide Parteien verweisen in diesem Zusammenhang auch darauf, dass das Schengen-Abkommen im Falle eines besonderen Bedarfs Grenzkontrollen vorsehe.³⁹ Angesichts der Zahlen der Kriminalitätsstatistik sei dieser Bedarf eindeutig gegeben.

ÖVP, SPÖ und die Grünen lehnen eine Wiedereinführung von Grenzkontrollen hingegen ab („Schengen aussetzen wäre Rad der Geschichte zurückdrehen“). Grüne und ÖVP sprechen sich zudem auch gegen den Assistenzeinsatz des Bundesheeres⁴⁰ aus. Die Grünen treten stattdessen für eine gemeinsame europäische Grenzpolizei an den Schengen Außengrenzen ein, die durch den Assistenzeinsatz gebundenen finanziellen Mittel wären bei Wiener Polizei und Bundeskriminalamt sinnvoller aufgehoben. FPÖ und BZÖ lehnen den

³⁹ Art. 25 (1) der Verordnung (EG) Nr. 562/2006 v. 15. März 2006 (Schengener Grenzkodex) ermöglicht diese Ausnahme zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung oder der inneren Sicherheit, Österreich nahm diese Möglichkeit im Sommer 2008 während der Fußball-Europameisterschaft in Anspruch.

⁴⁰ Mit Ausnahme der Grünen kommt es in den verschiedenen Wahlkämpfen im Untersuchungszeitraum bei allen Parteien zu Widersprüchlichkeiten in Bezug auf die jeweilige Meinung zum Assistenzeinsatz, teilweise auch zwischen Bundes- und Landesebenen innerhalb einer Partei – weshalb diesem Punkt im nächsten Kapitel (6.2.7) im Kontext der Legitimierung von Maßnahmen über Sicherheitsgefühle gesondert nachgegangen wird.

Einsatz – wenn auch aus anderen Gründen – ebenfalls ab: Da die Soldaten nur mehr beobachtende Funktionen ausüben dürften, sei ihr Verbleib sinnlos. Die SPÖ sieht den Assistenzeinsatz hingegen als notwendige Übergangslösung – solange nicht genügend PolizistInnen zum Schutz des Grenzraumes abgestellt werden können soll das Heer „aushelfen“.

Im Wachzimmer und auf der Straße: Nur die Grünen verlangen die Zurücknahme der Wiener Kriminalpolizeireform, die gemäß ihrer Argumentation im Zentrum der Problemursache steht. Alle Parteien befürworten hingegen spezifische polizeiliche Maßnahmen, von der Personalaufstockung bis zur Intensivtäterermittlung:

Zusätzliches Personal durch die Neuausbildung von PolizistInnen wird von allen Parteien gefordert (dabei wechseln die Forderungen zwischen 2000 und 3000 zusätzlichen Sicherheitskräften je nach Partei, aber auch innerhalb dieser). Die FPÖ fordert zudem mehr Verwaltungsbedienstete in den Wachzimmern zwecks Erhöhung der Polizeipräsenz „auf den Straßen“ und in Ortschaften nahe der Ostgrenze, in Wien außerdem die Einrichtung einer „Sicherheitswacht“ zur Unterstützung der Polizei. Als eine Art städtischer Ordnungsdienst soll diese aus von der Polizei ausgebildeten und ihr unterstehenden BürgerInnen bestehende, uniformierte Einheit in Parks und öffentlichen Verkehrsmitteln „unterwegs sein“ und im Ernstfall die Polizei rufen.

Andere Maßnahmen fallen in den Bereich „Kontrolle und Ermittlung“. Auch hier ist die Liste der Forderungen von FPÖ und BZÖ lang: verstärkte Kontrollen auf Transitrouten, Planquadrate in Zonen, wo es vermehrt zu Diebstählen kommt sowie rigorose Kontrollen von Fahrzeugen „mit Kennzeichen aus den Ostländern“ (durch die Einrichtung einer automatischen Nummernschilderkennung an den Wiener Ausfahrtsrouten und längerer Datenspeicherung) und die Ermittlung nach ethnischen Merkmalen (*ethnic profiling*).

Jene von der ÖVP befürworteten und folglich umgesetzten Maßnahmen sind unter dem Titel „Masterplan Einbruchskriminalität“ gebündelt und beinhalten kriminalpolizeiliche Schwerpunktsetzungen (SoKo Ost und SoKo Kfz), strategische Ermittlungen, um Einblicke in Arbeitsweise und Struktur „der Banden“ zu bekommen, die Schaffung einer eigenen „Koordinierungsstelle Einbruchskriminalität“ (zur überregionalen Koordinierung der Ermittlungen), Ausbildungsmaßnahmen für PolizistInnen sowie diverse Präventionsmaßnahmen (etwa Informationsveranstaltungen und ein „Sicherheitsnetzwerk“ zwischen Polizei und BürgerInnen). In Wien soll das „subjektive Sicherheitsgefühl“ der Bevölkerung durch gezielte, punktuelle Präsenz der Polizei erhöht und die Aufklärungsrate durch bessere Methoden der Spurensicherung („CSI Vienna“) gesteigert werden (vgl. BMI 2009b).⁴¹

⁴¹ Einige andere (nicht umgesetzte, aber geforderte) Maßnahmen der ÖVP sind hingegen nicht unter das Deutungsmuster, sondern als Teil des jeweiligen Wahlkampfes einzuordnen – so etwa der Vorschlag der Wiener Landesparteiobfrau Marek, Militärpolizei zum Hilfeinsatz zu bringen, oder die Idee von Innenministerin Fekter, PolizistInnen für das Aufgreifen Krimineller „Kopfgelder“ zu zahlen.

Verstärkungen der **internationalen Zusammenarbeit** (länderübergreifende Polizei-Kooperationen) werden von beiden Regierungsparteien als zusätzliche Maßnahme in den Diskurs eingebracht – dahinter steht das Ziel, Kriminalität bereits in den jeweiligen Herkunftsländern zu bekämpfen und bei Ermittlungen zusammenarbeiten zu können.

Straf- und Asylrecht: Veränderungen der Gesetzesbasis fordert nur die FPÖ (in Asylfragen auch das BZÖ): Im Bereich des Strafrechtes drastische Straferhöhungen bei Diebstahl und Einbruch („null Toleranz für Kriminelle“, ein konzeptioneller Rückgriff auf das Modell der *Zero Tolerance*), außerdem ein Abkommen zur Haftverbüßung für AusländerInnen in ihrer Heimat. Unbedingt von Nöten seien darüber hinaus auch „radikale“ Verschärfungen der Asylgesetze, „um Kriminelle leichter ausweisen zu können.“

7.2.7 Das „subjektive Sicherheitsgefühl“ als Argument im Problemmuster

„Dass 2008 im Burgenland lediglich 241 Einbrüche in Häuser und Wohnungen angezeigt wurden, lässt (Landeshauptmann, Anm. C.B.) Niessl nicht als Argument gegen die Sicherheitsoffensive gelten. ‚Die Leute haben Angst‘, sagt Niessl, der sich im kommenden Jahr einer Landtagswahl stellen muss“ (Jilch et al. 2009: 18).

Welche Rolle spielen Sicherheitsgefühle und Kriminalitätswahrnehmungen innerhalb des Diskurses? Die Bezugnahme auf Emotionen durchdringt das Problemmuster, neben seiner ständigen Thematisierung über die Kommunikation aktueller Deliktzahlen bezieht das Problem seine Glaubwürdigkeit wesentlich aus persönlichen Berichten (von ExekutivbeamtInnen, BürgermeisterInnen – vor allem aber Betroffenen, beziehungsweise als Hinweis auf die „Angst der Bevölkerung“). Auch auf moralischer Ebene (bei der Diskrepanz zwischen Ist- und Sollzustand) wird das „subjektive Sicherheitsgefühl“ bemüht, Kriminalitätsängste werden als Zeichen für fehlende (objektive) Sicherheit angenommen – anschaulich illustriert anhand der Aussage vom „Angstraum Wien“ mit seinen „hilflosen Bürgern“ seitens der FPÖ (FPÖ-OTS 19.09.2007). Folglich beansprucht jede Partei für sich Verständnis für die Sorgen der Menschen, das den jeweiligen politischen GegnerInnen abgesprochen wird. Zentral erscheint der Rückgriff auf Sicherheitsgefühle als politisches Argument jedoch vor allem in der Zielvorstellung, respektive in den Maßnahmen und deren Legitimation: Die Zielsetzung und Rechtfertigung von Maßnahmen passiert über das „gesamtgemeinschaftliche Sicherheitsgefühl“, das als eine Art politischer „Gradmesser“ fungiert. Erklärtes Ziel ist folglich nicht allein ein Anzeigenrückgang – die Bevölkerung muss sich auch sicher *fühlen*.

Diese Argumentation wird sowohl von den Regierungsparteien als auch von der Opposition vertreten⁴²:

⁴² Bei den Grünen allerdings nur auf Landesebene (Burgenland und Niederösterreich).

- Die „Hebung des subjektiven Sicherheitsgefühls“ wird als ein explizites Ziel des vom Innenministerium umgesetzten „Masterplan Einbruchskriminalität“ genannt (vgl. BMI 2009b: 29).
- Auch das „Sicherheitsnetzwerk“ der Wiener Polizei soll „mit gezielter punktueller Präsenz [...] das subjektive Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung stärken“: „Die Polizei will weniger Kriminalität und mehr Aufklärung. Aber Zahlen sind nicht allein ausschlaggebend. Wichtig ist auch, dass sich die Bewohner und Besucher unserer Stadt wohl fühlen“ (News 05/2009: 46).
- Das BZÖ erinnert daran: „Auch wenn objektive Zahlen wieder besser aussehen: „Das Empfinden der Menschen ist anders als die Prozentangaben“ (BZÖ-OTS 16.06.2010).

Am deutlichsten werden subjektive Unsicherheiten als Argument jedoch in einer als Teil des Diskurses verhandelten Maßnahme im östlichen Niederösterreich und dem Burgenland eingesetzt, deren Fortbestand nach 2007 fast ausschließlich über „Sicherheitsgefühle“ argumentiert wurde – und, wie im Eingangszitat dieses Abschnitts anklingt, eine zentrale Rolle innerhalb der jeweiligen Landeswahlkämpfe einnahm: Der Assistenzeinsatz des Bundesheeres an der österreichischen Ostgrenze.

Von der Grenzraumüberwachung zum „sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatz nach Schengenerweiterung“: Ein Grenzeinsatz ohne Grenze

Der 1990 als Provisorium eingeführte „Assistenzeinsatz zur Grenzraumüberwachung“ wurde jährlich per Ministerratsbeschluss verlängert. Die SoldatInnen kontrollierten direkt an der Grenze und sollten primär illegale Grenzübertritte verhindern. Mit dem Ende der Grenzkontrollen durch das Inkrafttreten des Schengener Abkommens in den betroffenen Nachbarländern (Tschechien, Slowakei und Ungarn) verlor der Einsatz am 21. Dezember 2007 seine Legitimation.

Aufgrund dieser Veränderungen beschloss der Ministerrat ersatzweise den „sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatz nach Schengenerweiterung“, der am 22. Dezember 2007 in Kraft trat. Ziel dieses Einsatzes war nunmehr die „Unterstützung der Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Deliktsbereiche in den Regionen zur Slowakischen Republik und zur Republik Ungarn durch mobile und stationäre Beobachtungen, insbesondere zur Feststellung sicherheits- und fremdenpolizeilich relevanter Ereignisse“ (vgl. BMLVS 2009: 3) – die SoldatInnen beobachteten also nicht mehr direkt an der Grenze, sondern im Hinterland – und verständigten bei auffälligen Beobachtungen die Polizei. An die Stelle der Grenzüberwachung trat die Bekämpfung „grenzüberschreitender Delikte“ – weshalb der Einsatz Eingang in den „Ostbanden“-Diskurs fand.

Die Sinnhaftigkeit dieses Nachfolgeeinsatzes war nicht unumstritten, wobei eine 2010 durchgeführte Evaluierung des Rechnungshofes KritikerInnen Recht gab:

„Seit der Schengenerweiterung im Dezember 2007 führten die von den Assistenzkräften bis Ende April 2009 gemeldeten Vorfälle u.a. zu 70 Strafanzeigen, davon 60 wegen (Einbruchs-) Diebstählen und Sachbeschädigungen. Dies entsprach weniger als 1 % der im Einsatzgebiet insgesamt angezeigten Fälle (11.361) bei diesen Delikten. In 23 Fällen führten die Wahrnehmungen der Assistenzkräfte über Straftaten zur Ausforschung von verdächtigen Personen, was einen Beitrag zur Aufklärungsrate von weniger als 1 % darstellte. Aufgrund von Beobachtungen der Assistenztruppen wurden 19 Personen illegalen Aufenthalts festgestellt“ (Rechnungshof 2010: 4).

Der Nutzen des Assistenzeinsatzes im Verhältnis zum Ressourceneinsatz⁴³ sei daher insgesamt gering einzuschätzen, der Einsatz von Kräften des Bundesheeres für die Bekämpfung grenzüberschreitender Delikte nicht adäquat, so die Bilanz des Rechnungshofes (vgl. ebenda).

Das Bundesheer argumentierte anders: Zwar seien die messbaren Erfolge gering, jedoch erhöhe die Tatsache, dass die eingesetzten SoldatInnen nicht mehr unmittelbar an der Grenze, sondern größtenteils direkt in den Ortschaften patrouillieren, im Gegensatz zum vorangegangenen Einsatz ihre Sichtbarkeit – was sich besonders positiv auf das subjektiv empfundene Sicherheitsgefühl der Bevölkerung im Einsatzraum auswirke (vgl. BMLVS 2009: 3). Der Einsatz trug also wenig bis nichts zur objektiven Sicherheit bei – die bloße Anwesenheit von SoldatInnen im Grenzgebiet erhöhe aber das „subjektive Sicherheitsgefühl“ (weshalb der Einsatz im medialen Diskurs mitunter auch als „Placebo-Maßnahme“ bezeichnet wurde).

Im „Ostbanden“-Diskurs sprechen sich sowohl die ÖVP, als auch FPÖ, Grüne und das BZÖ – wenn auch aus verschiedenen Gründen – gegen den Fortbestand des Assistenzeinsatzes aus. Lediglich die SPÖ sieht ihn als „notwendige Übergangslösung“ (siehe oben).

Dennoch beschloss die Bundesregierung in der Folge jährlich die Verlängerung des neuen Einsatzes. Dies geschah ganz wesentlich auf Basis der seitens des Bundesheeres vertretenen Argumentation – und im Kontext des Landtagswahlkampfes im Burgenland (Frühling 2010), wo die Diskussion um eine mögliche Beendigung des Einsatzes zum zentralen Wahlkampfthema avancierte: Die SPÖ vertrat im Wahlkampf „die Position der Bevölkerung“ – für diese stehe die Sinnhaftigkeit des Grenzeinsatzes außer Frage, sie sei „dankbar für jeden gemeldeten Verdachtsfall“, weshalb neben den Ergebnissen des Rechnungshofberichtes eben auch subjektive Sicherheitsgefühle der BürgerInnen respektiert werden müssen (vgl. u.a. Der Standard 18.05.2010: 7). Das Burgenland soll zu einer „Sicherfühll-Region“ (in anderen Interviews auch: „Sicherfühlland“, worauf der Titel dieser Arbeit zurückgeht) werden, so das erklärte Ziel des burgenländischen Landeshauptmannes Niessl im Wahlkampf-Endspurt.

⁴³ Die zusätzlichen Aufwendungen betragen jährlich etwa 22 Millionen Euro, wobei der Großteil davon auf Personalkosten entfiel. Dies entspricht den Personalkosten für rund 270 ExekutivbeamtenInnen, so der Rechnungshof in seiner Beurteilung (vgl. Rechnungshof 2010: 2).

Die ÖVP⁴⁴ steht dieser Argumentation eigentlich ablehnend gegenüber. „Den Assistenzeinsatz gibt es nur, um das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken. Aber es geht darum, die Sicherheit selbst zu stärken, das kann aber auf Dauer nicht durch patrouillierende Soldaten erreicht werden. [...] Der Assistenzeinsatz soll also mit Ende 2010 auslaufen“, so der damalige Außenminister Spindelegger in einem Interview (Kurier 19.04.2010: 19). Doch schon damals war diese lange vertretene Meinung innerhalb der ÖVP (kurzfristig) nicht mehr mehrheitsfähig. Zumindest im Burgenland stimmte die ÖVP im Frühling 2010 mit der SPÖ überein. Denn noch im Herbst 2009 beschloss VP-Innenministerin Fekter, die Entscheidung über eine Fortführung des Einsatzes von einer Meinungsumfrage abhängig zu machen – um das „Sicherheitsgefühl der Betroffenen“ zu ermitteln (vgl. Kronen Zeitung 02.09.2009: 2). Der niederösterreichische Landeshauptmann Pröll schloss sich dieser Meinung an: „Wir sollten uns anschauen, wie sich die Kriminalitätsstatistik und das Sicherheitsgefühl bei der Bevölkerung entwickelt – und dann entscheiden“ (Kurier 19.11.2009: 3).

Die Umfrage wurde durchgeführt. 86 Prozent der BurgenländerInnen (und über 80 Prozent der NiederösterreicherInnen) sprachen sich für die Fortsetzung des Assistenzeinsatzes aus, was zum überparteilichen Konsens führte. Der Einsatz wurde in der Folge über 2010 hinaus verlängert und lief schließlich am 15. Dezember 2011 aus.

7.2.8 Zwischenfazit: Ein „erfolgreiches“ Problemmuster?

Die Analyse des politischen Problemmusters auf Basis zahlreicher Diskursfragmente ergab die weitgehende Einheitlichkeit des prozessierten Musters. Die untersuchten politischen AkteurInnen (und insbesondere die verschiedenen Parteien) agieren durch die Benutzung einer je spezifisch akzentuierten, insgesamt aber gemeinsamen „Geschichte“, Vorliegen und Dringlichkeit des Problems werden von keinem Akteur in Frage gestellt, ein Gegendiskurs ist nicht erkennbar.⁴⁵

Varianten des Musters ergaben sich – bei aller Übereinstimmung in der Bewertung des Problems – bezüglich der Ursachen und Bekämpfungsvorschläge. Hierzu ist anzumerken, dass die Bekämpfungsvorschläge innerhalb eines Problemmusters in ihrer Art und Zielrichtung in unmittelbarem Zusammenhang mit den AkteurInnen, die für die Formulierung des Problems verantwortlich sind, stehen.

⁴⁴ mit Ausnahme des niederösterreichischen Landeshauptmannes Pröll, der im Diskurs aufgrund landespolitischer Entscheidungen nicht die Parteilinie vertritt, was sich etwa in der Berichterstattung der *Kronen Zeitung* als „Achse Faymann-E.Pröll-Niessl“ niederschlägt (vgl. Kronen Zeitung 27.05.2009: 2).

⁴⁵ Einzige Ausnahme bildet eine Wortmeldung des grünen Sicherheitsprechers Pilz, wonach Polizei und Justiz falsche Schwerpunkte setzen würden: „Die 'Ndrangheta wäscht Milliarden Euro in Wien, ehemalige Regierungspolitiker begehen ungeheure Finanzdelikte, aber in Österreich ist immer nur von Einbrechern die Rede“ (Der Standard 16.06.2010: 8). Aufgrund ihrer Singularität wurde diese Aussage allerdings nicht als Gegendiskurs angenommen. In Bezug auf wesentliche Elemente bedienen sich die Grünen im Diskurs des gleichen Musters wie alle anderen Parteien.

<i>Element</i>	<i>Inhaltliche Ausführung</i>
Problemname	„Ostbanden“ (organisierte Einbrecherbanden aus dem Osten) Kriminalitätstourismus/ Kriminalitätsimport
Erkennungsschema	Einbruchsdiebstahl/ aufgebrochene Tür (ev. auch Herkunft der Tatverdächtigen)
Problembeschreibung*	Einbruchswelle seit Ende 2008 alle sozialen Schichten betroffen Diebesgut nicht klar eingegrenzt/ alles Häufigkeit Überlastung der Polizei (keine Hilfe)
Verursacher	organisierte Banden (oft ethnische Gruppierungen)
Opfer	unschuldige, schutzlos ausgelieferte ÖsterreicherInnen
Wertbezug	juristisch zu verurteilen Sicherheit als Sollzustand und Bürgerrecht → Wertkonflikt! Istzustand: objektive und subjektive Sicherheit in Gefahr/ fehlt
Selbstpositionierung	„Nur wir interessieren uns für die Not (und die Ängste) der Menschen“ „Nur wir handeln“
Fremdpositionierung	„Allen anderen ist Sicherheit nur bis zu den Wahlen wichtig/ die Ängste der Menschen interessieren sie nicht“ Schuld an Problemursache

*** Ursachen und Lösungen**

<i>Partei</i>	<i>Ursachen</i>	<i>Maßnahmen/ Lösungsvorschläge</i>
BZÖ	Verfehlte Sicherheitspolitik = Grenzkontrollen Polizeireform	Wiedereinführung von Grenzkontrollen Personalaufstockung Polizei Kontrollen verstärken, Polizeipräsenz erhöhen
FPÖ	Verfehlte Sicherheitspolitik = Grenzkontrollen Polizeireform + verfehlte Integrationspolitik (Asylgesetzgebung)	Wiedereinführung von Grenzkontrollen Personalaufstockung Polizei + Sicherheitswacht Kontrollen verstärken, Polizeipräsenz erhöhen Erhöhung Strafmaß bei Diebstahl und Einbruch Abkommen zur Haftverbüßung für AusländerInnen <i>Ethnic profiling</i> Asylgesetze verschärfen
Die Grünen	Verfehlte Sicherheitspolitik = Polizeireform	Rücknahme der Polizeireform Personalaufstockung Polizei Investitionen in Wiener Polizei und BK gemeinsame europäische Grenzpolizei
SPÖ	Verfehlte Sicherheitspolitik = Polizeireform	Personalaufstockung Polizei länderübergreifende Polizei-Kooperationen Assistenzeinsatz (Übergangslösung, danach zusätzliche PolizistInnen zum Grenzraumschutz)
ÖVP	Verfehlte Integrationspolitik (Asyl- und Sozialpolitik) + „Kollateralschaden“	Personalaufstockung + Ausbildungsmaßnahmen Polizei Kontrollen verstärken, Polizeipräsenz erhöhen länderübergreifende Polizei-Kooperationen überregionale Koordination der Ermittlungen kriminalpolizeiliche Schwerpunktsetzungen strategische Ermittlungen Präventionsmaßnahmen BürgerInnen

Abb. 13: Problemmuster im politischen „Ostbanden“-Diskurs

(eigene Darstellung)

Nirgendwo sonst treten die Eigeninteressen der verschiedenen Akteursgruppen so unverhüllt in den Vordergrund, wie bei den von ihnen jeweils favorisierten Bekämpfungsmaßnahmen (vgl. Schetsche 2008: 116). Hat eine Problemwahrnehmung die Öffentlichkeit und das politisch-administrative System erreicht, finden sich deshalb meist unterschiedliche, sich wechselseitig ergänzende (manchmal auch konkurrierende) Bekämpfungsvorschläge (vgl. ebenda: 164). Unterschiede sind im untersuchten Problemmuster angesichts des behandelten Parteienspektrums folglich nicht nur logischer-, sondern notwendigerweise vorhanden.

Die eingangs aufgestellte Annahme eines hegemonialen Problemmusters im „Ostbanden“-Diskurs kann folglich verifiziert werden, wie auch die Darstellung der einzelnen Problemmuster-Elemente in ihrem Gesamtzusammenhang verdeutlicht (Abbildung 13). Angesichts der wertneutralen Herangehensweise dieser Arbeit ist eine Beurteilung des hier skizzierten Problemmusters als „richtig“ oder „falsch“ (in Bezug auf den Sachverhalt) hingegen weder dienlich noch möglich. Dieses Kapitel versuchte vielmehr aufzuzeigen, wie sich das Problem der „Ostbanden“ durch die Deutungsprozesse politischer AkteurInnen formiert – und auf welche Weise dabei auf verschiedene Elemente des so entstandenen Problemmusters zurückgegriffen wird. Die Ergebnisse der Analyse belegen die Herausbildung eines relativ stabilen diskursiven Musters. In eben diesem Sinne einer Etablierung im diskursiven Austausch kann es als „erfolgreich“ bezeichnet werden (vgl. auch Dresen 2010: 148). Die Analyse zeigte zudem, dass den Möglichkeiten der Problembekämpfung im Diskurs viel Platz eingeräumt, die Gefahr der Bedrohung und die Notwendigkeit ihrer Bekämpfung ausführlich vermittelt wird und im Zentrum der Problemwahrnehmung steht. Die kommunizierten Inhalte bieten hingegen kaum Erklärungen und Begründungen der Problemursachen – und kein Hintergrundwissen zu seinen Entstehungsbedingungen.

7.3 Diskursstrategien zur Absicherung der Problemwahrnehmung

Als einen weiteren Punkt der Problemmusteranalyse behandelt Schetsche affektive Elemente. Eine affektive Bewertung des Problems ergibt sich bereits aus der Dichotomie von Istzustand (Problembeschreibung) und Sollzustand (Bewertungsmaßstab). Hier sind affektive Aspekte in einen größeren Wertezusammenhang eingebettet, wodurch sie normativ erhöht werden.

Zusätzlich wird das Problemmuster aber auch durch Aussagen auf einer emotionalen Ebene abgesichert, die sich vor allem um die Problembeschreibung und die Problembewertung ranken (vgl. Dresen 2010: 144). Da diese hinter der „emotionalen Absicherung“ stehenden (in der Folge auch als „Diskursstrategien“ bezeichneten) Strukturen letztlich den Erfolg eines Problemmusters ausmachen und ihre Bedeutung zudem für vorliegenden Diskurs besonders hoch einzustufen ist, wird ihnen im Folgenden gesondert nachgegangen.

Bereits die inhaltliche Darstellung der einzelnen Problemmuster-Elemente ließ deren moralische und/ oder affektive Aufladung erkennen. Schetsche (2008: 135ff.) verweist auf die „Normalität“ dieser Aufladung im Kontext der Konkurrenz verschiedener Themen um Aufmerksamkeit – hängt die Zuweisung möglichst hoher Wahrnehmungspriorität (und somit die Verbreitung und der Erfolg eines Problemmusters) doch davon ab, dass die Art der Darstellung bei den RezipientInnen emotionale Reaktionen auslöst. Problemmuster sind daher so gestaltet, dass sie über die kognitive Beschäftigung mit dem Thema hinaus auch eine emotionale „Betroffenheit“ erzeugen – jede Konfrontation mit dem Problem löst dann verschiedene Affekte aus, welche „das Denken und Handeln im Sinne des Problemmusters beeinflussen“ (ebenda: 119) – wie Schumpeter bereits Anfang der 1940er-Jahre anmerkte:

„Die Art und Weise, in der Probleme und der Volkswille in Bezug auf diese Probleme fabriziert werden, ist völlig analog zur Art und Weise der kommerziellen Reklametechnik. Wir finden die gleichen Versuche, an das Unterbewußtsein heranzukommen. Wir finden die gleiche Technik der Schaffung günstiger oder ungünstiger Assoziationen, die umso wirksamer sind, je weniger rational sie sind. Wir sehen, daß das gleiche vermieden, das gleiche verschwiegen wird, und wir finden den gleichen Trick, durch wiederholte Behauptungen eine Meinung zu schaffen [...]“ (Schumpeter 1993: 418).

Die Problemdeutung wird also (unter Umgehung kognitiver Mechanismen) im Bewusstsein „abgesichert“. In der Konsequenz sind kognitive und affektiv funktionierende Bestandteile von Problemmustern kaum lösbar verschränkt. Diese feste Verbindung führt dazu, dass Emotionen bereits bei der medialen Rezeption einer Problemwahrnehmung den RezipientInnen gleichsam „eingeschrieben“ werden, ein Thema wird bei möglichst vielen als problematisch „verankert“. Dadurch werden auch und besonders jene Menschen motiviert, die selbst nicht von einem Problem betroffen sind (vgl. Dresen 2010: 132) – eine Feststellung, die in Bezug auf „subjektive Unsicherheitsgefühle“ besonders bedeutsam erscheint. Zudem gewinnen Problemmuster durch das Einschreiben von Emotionen letztlich an „wahrgenommener Glaubhaftigkeit, Dimensionalität, Komplexität, Systematik und Kriminalität“ (ebenda: 148).

Zusammenfassen lassen sich diese Techniken zur emotionalen Darstellung eines Sachverhaltes mit dem Begriff der Diskursstrategien. Schetsche verweist auf drei „typische“ von kollektiven AkteurInnen eingesetzte Strategien, „die sich bei der Lektüre von Quellentexten oftmals schon ohne systematische Inhaltsanalyse erfassen lassen“ (Schetsche 1996: 88): Das Dramatisieren, das Moralisieren und die Reproduktion von Mythen.

Im Folgenden werden im politischen „Ostbanden“-Diskurs auffindbare Diskursstrategien rekonstruiert. Die zugrunde liegende Frage lautet folglich: Welche affektiven Bestandteile des Problemmusters sind in den Diskursfragmenten – etwa in einzelnen Textpassagen, rhetorischen Figuren und Metaphern, Fallbeispielen, vor allem aber in Bildern – identifizierbar?

7.3.1 (Kollektiv-)Symbolik: Von Sicherheitsgurten und Heuschrecken

Ein wesentlicher Träger emotionaler Problemmusterbestandteile sind Bilder (im konkreten wie im übertragenen Sinne). Ein für deren Analyse sehr dienliches (diskurstheoretisches) Konzept bietet die (unter anderem) von Link entwickelte Kollektivsymbolik (vgl. Drews/ Gerhard/ Link 1985). Kollektivsymbole sind „kulturelle Stereotypen, die kollektiv tradiert und benutzt werden“ (ebenda: 264). Demnach teilen alle Mitglieder einer Gesellschaft ein Repertoire an Bildern (die Gesamtheit der „Bildlichkeit“ einer Kultur). Die Bezeichnung als „Kollektivsymbol“ rührt daher, dass diese Symbole allen Menschen (eines kulturellen Zusammenhangs) unmittelbar einleuchten, da sie von allen Mitgliedern einer Gesellschaft benutzt und verstanden werden. Erst durch den Zusammenhang dieser Bilder, der sich durch alle Diskurse hindurch zieht, wird die Erzeugung eines Gesamtbildes von der gesellschaftlichen Wirklichkeit möglich – weshalb Kollektivsymbole eine starke Wirkung darauf haben, wie Menschen die Wirklichkeit wahrnehmen und deuten (vgl. Jäger 2009: 133ff.). Im von Link skizzierten, kreisförmigen System der Kollektivsymbole (Abbildung 14) ist für die vorliegende sozialwissenschaftliche Analyse⁴⁶ vor allem die Teilung in einen Innen- und einen Außenbereich relevant, da sie in Problem- und Konfliktdiskursen ins Zentrum rückt („Wer steht auf welcher Seite“?).

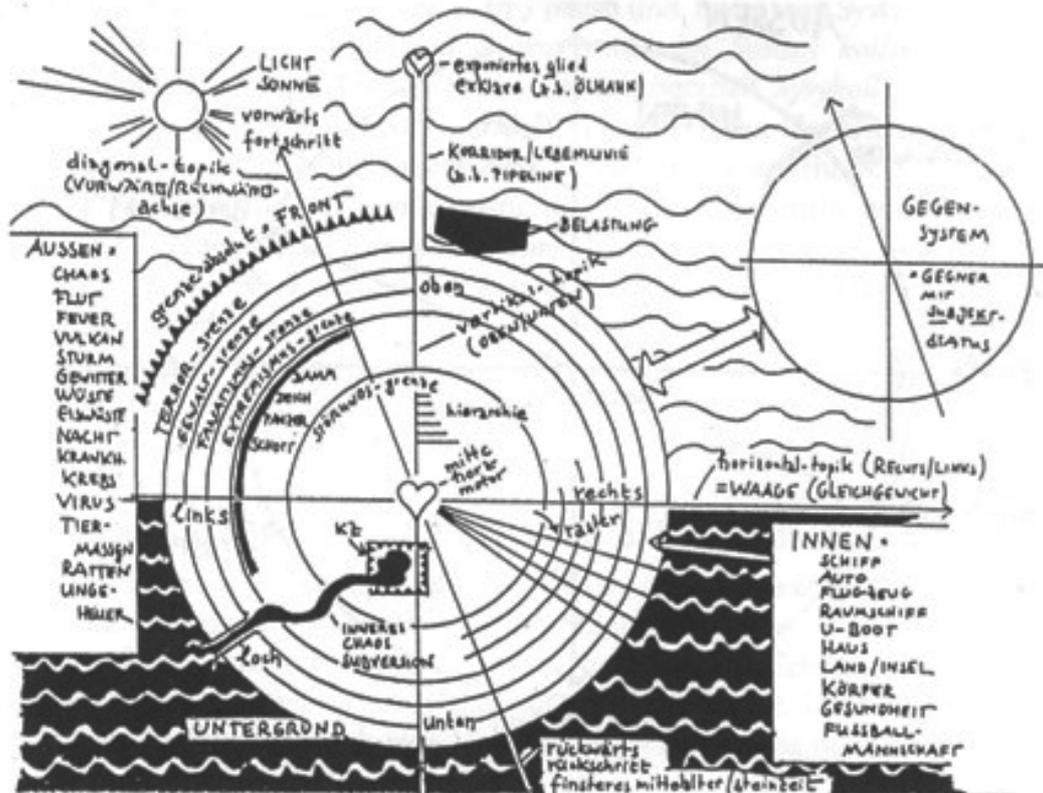


Abb. 14: System der Kollektivsymbole nach Link

(Jäger 2009: 136)

⁴⁶ Der Philologe Link begründete sein Schema auf Basis von Medien- und Literaturanalysen, jedoch mit Gültigkeit für den gesamtgesellschaftlichen öffentlichen Diskurs.

Im Folgenden wurde die Herausarbeitung zentraler Symbole im untersuchten Diskurs anhand dieser Teilung versucht.

Für den **inneren Bereich** stehen solche Symbole, die sich letztlich entweder auf den menschlichen Körper oder auf industrielle Vehikel (und somit auf Fortschrittlichkeit) zurückführen lassen (etwa Auto, Haus, Flugzeug etc.) (vgl. Jäger 2009: 137).

Im untersuchten Diskurs werden Bilder „vom Inneren“ vor allem im Zusammenhang mit dem „Eindringen“ des „Äußeren“ thematisiert. Dabei wird etwa auf das gängige Symbol von der „weit geöffneten Tür“ (zum eigenen Land, in den inneren Bereich) zurückgegriffen, die „geradezu ein Magnet“ sei für „Räuber, Diebe und Menschenhändler“ und folglich „zugeschlagen“ werden müsse. Unkonventioneller ist der Bezug auf Straßen: Zum schnelleren Vorankommen der BürgerInnen gebaute Autobahnen und Schnellstraßen würden von Kriminellen zur Einreise benutzt, um nach begangener Straftat anschließend wieder über sie auszureisen („Freifahrt für Kriminelle“). Ein hochrangiger Polizist bezeichnet die Autobahnen daher als „Schlagadern des Kriminalitätstourismus“ (BZÖ-OTS 08.07.2009). Diese „Schlagadern“ müsse man durch Grenzkontrollen „kappen“. Innenministerin Fekter, die dieser Lösung nicht zustimmt, fungiere als „Navigationshilfe“ für Kriminelle. Doch nicht nur BZÖ und FPÖ bedienen sich dieser Symbolik – die Regierungsparteien beziehen sich dabei anstatt auf Straßen aber bevorzugt auf das Auto, konkret auf „Sicherheitsgurte“ (in verschiedenen Ausführungen). Der burgenländische Landeshauptmann Niessl (SPÖ) verlangt einen „dreifachen Sicherheitsgurt“ (Kontrollen an den Außengrenzen, im Grenzraum Österreichs und länderübergreifende Polizei-Kooperationen, Kurier 05.10.2007: 5) und teilt der Innenministerin mit, sie solle sich anschnallen (Der Standard 29.06.2009: 6). In Niederösterreich ist Landeshauptmann Pröll (ÖVP) hingegen froh über den Assistenzeinsatz des Bundesheeres als bereits eingezogenen „doppelten Sicherheitsgurt“ (einer an der alten und einer an der neuen Schengengrenze, Kurier 19.11.2009: 3). Mit dem Ziel, den Menschen ein „positives Sicherheitsgefühl“ zu geben versicherte zuvor auch schon VP-Innenminister Platter, es werde in Österreich „ein zusätzlicher Sicherheitsgurt eingezogen“ (Die Presse 14.12.2007: 1).

Ein weiteres, im Diskurs seitens aller Parteien häufig gebrauchtes „inneres Symbol“ ist jenes von Österreich als „Paradies“ und „Schlaraffenland“, vor allem in Form des (synonym gebrauchten) „(Ei)Dorado“. Eldorado („das Vergoldete“) bezeichnet ein Gebiet, das ideale Gegebenheiten und Voraussetzungen für jemanden bietet, etwa in Bezug auf eine bestimmte Betätigung (Duden 2006: 265). Im Diskurs wird Österreich zum „(Ei)Dorado für kriminelle Ostbanden“ stilisiert. So erklärt etwa die FPÖ, Wien sei zu einer lebenswerten Stadt „für Kriminelle und Ostbanden“ geworden, die Grünen bezeichnen Österreich als „Einbrecherparadies“. Dabei korrespondiert das Symbol mit der Bezeichnung „Kriminalitätstourismus“ – „Ostbanden“ fühlen sich in Bezug auf die Ausübung ihrer Verbrechen in Österreich „wie im Urlaub“. Dieser Logik folgend wird Innenministerin Fekter von der Opposition der „Tourismuswerbung“ bezichtigt.

Für den **äußeren Bereich** stehen hingegen Symbole, die das Chaos (die Unbeherrschbarkeit) markieren, häufig wird dabei auf Naturphänomene zurückgegriffen (vgl. Jäger 2009: 137) – so auch im „Ostbanden“-Diskurs: Eine „Kriminalitätswelle aus dem Osten“ (BZÖ und FPÖ) überrolle Österreich, auch von der drohenden „Lawine des Kriminalitätstourismus“ und einer „regelrechten Flut von Kriminellen“ ist die Rede, man stehe vor den Folgen einer „Kriminalitätsexplosion“.

Für innere und äußere Feinde werden außerdem häufig Symbole verwendet, die den Feinden den Subjektstatus absprechen (etwa Ungeziefer oder wilde Tiere, vgl. ebenda). So benutzte Innenministerin Fekter in einigen Presseaussendungen und Interviews die Metapher vom „Staub“ zur Illustration einer neuen Strategie der Exekutive: „Wir wirbeln mit sichtbaren Kräften Staub auf und fangen ihn dann mit unsichtbaren Kräften ein“, erklärte sie (gemeint war: Auf Hauptverkehrsrouten finden groß angelegte Kontrollmaßnahmen der Polizei durch uniformierte und somit sichtbare BeamtInnen statt – wenn Kriminelle angesichts dieser Kontrollen auf Nebenrouten ausweichen, werden sie dort von zivilen Einheiten abgefangen).

Das kriminelle Abgrasen – Wie wird Ägypten zu Wien?

Im untersuchten Diskurs findet die Verwendung von Sinnbildern für „Feinde“ aber vor allem im Symbol der „Heuschrecken“ ihren Niederschlag – wobei der ursprüngliche Bezug dieses Symbols auf das Problem wiederum von Innenministerin Fekter ausging, die in einem Interview äußerte: „Die Einbrecher machen sich wie Heuschrecken über Wien her“ (Die Presse am Sonntag 29.03.2009: 4). Österreich präsentiere sich „am Silbertablett für die kriminellen Heuschreckenplagen aus dem Osten“, so wenige Wochen später das BZÖ (BZÖ-OTS 25.05.2010) und auch die FPÖ spricht bald davon, dass „ganze Heerscharen von Räuberbanden aus dem Osten [...] wie Heuschreckenschwärme“ über das Land herfallen (FPÖ-OTS 30.01.2010).

Die Bezeichnung fremder Eindringlinge als Heuschrecken erscheint als metaphern-geschichtliche Konstante – wenn auch mit variierenden Referenzobjekten: Bis zur Bibel lässt sich die Heuschrecke als Metapher zurückverfolgen (wo der Ausdruck 30 Mal vorkommt), wobei die Beschreibung der Heuschreckenplage im *Zweiten Buch Mose* die bekannteste Passage darstellt. Hier symbolisiert sie die Strafe Gottes. Ihr heutiger Gebrauch steht hingegen stärker unter den Vorzeichen einer sozialen Stigmatisierung, konkret der Diffamierung von Juden, die erstmalig im Zusammenhang mit den Hep-Hep-Unruhen von 1819 belegt ist, als Metapher aber vor allem im nationalsozialistischen Deutschland Konjunktur hatte. Die Ungeziefersymbolik des Nationalsozialismus fand etwa in den Propagandafilmen *Jud Süß* und *Kaufmann, nicht Händler*, in den raffgierigen und gefährlichen „Heuschreckenschwärmen der Ostjuden“ ihren Ausdruck (vgl. Ziem 2008: 111f.). Wenngleich diese Gebrauchsvarianten der Metapher selbige nachhaltig prägten, so wird sie heute primär innerhalb der Kapitalismusdebatte als Kollektivsymbol für Finanzinvestoren gebraucht – eine Verwendungsweise, die der damalige deutsche

Arbeitsminister Müntefering im April 2005 durch einen derartigen Vergleich anstieß („Manche Finanzinvestoren verschwenden keine Gedanken an die Menschen, deren Arbeitsplätze sie vernichten. Sie bleiben anonym, haben kein Gesicht, fallen wie Heuschreckenschwärme über Unternehmen her, grasen sie ab und ziehen weiter“, Bild am Sonntag 19.04.2005 zit. n. Ziem 2008: 112).

Was aber haben göttliche Bestrafung, Juden und Finanzinvestoren gemein? In Abhängigkeit vom Kontext scheinen die Attribute, die in den genannten Fällen aus der Quelldomäne „Heuschrecke“ in die jeweilige Zieldomäne projiziert werden, zu variieren. Dennoch ruft der Ausdruck in jedem dieser Fälle ein konventionalisiertes und stereotypisiertes Bild von einem Insektenschwarm auf. Möglich wird dies durch eine laut Ziem (ebenda: 118) „erstaunliche Kontinuität“ zweier semantischer Aspekte des Begriffs: Als Symbol für von außen kommende Angriffe treten Heuschrecken stets in Schwärmen auf. Auch wenn metaphorisch nur von einzelnen Heuschrecken die Rede ist, gelten diese implizit immer als Teil eines Schwarmes – denn nur in Schwärmen können Heuschrecken Schaden anrichten, ihre Bedrohlichkeit ergibt sich erst aus der Masse. Zudem steht das Symbol der Heuschrecke stets kausal für den Schaden, den diese Insekten anrichten. Die Heuschrecke ist folglich ein multifunktional einsetzbares Kollektivsymbol nach Link (vgl. ebenda: 109), weshalb Ägypten kontextabhängig gegen andere (dann bedrohte) Territorien ausgetauscht werden kann.

7.3.2 Techniken der Dramatisierung

„[...] dass tausende Kriminelle täglich die österreichische Grenze morgens passieren und abends wieder mit Diebesgut das Land verlassen“ (BZÖ-OTS 26.11.2009).

Eine besonders häufig eingesetzte Möglichkeit zur Erzeugung von Affekten und deren Bindung an Problembeschreibungen ist die Dramatisierung (vgl. Schetsche 1996: 88). Nachfolgend wurden die zentralen dramatisierenden Darstellungstechniken des Diskurses rekonstruiert.

Die „Magie der großen Zahl“ und der Umgang mit statistischen Daten

Aufgrund der Konkurrenz einer Vielzahl von Themen um Aufmerksamkeit ist es dem Erfolg eines Problemmusters dienlich, wenn sich die inkriminierten Sachverhalte als besonders bedeutsam und „schwerwiegend“ darstellen. Obwohl die Verbindung der Zahl der Opfer eines Problems mit der Frage nach dessen gesellschaftlicher Akzeptanz ethisch problematisch ist, wird Aufmerksamkeit für ein Phänomen in der Regel durch diese Verknüpfung generiert. Zentraler Faktor für die Beurteilung der negativen Auswirkungen eines Ereignisses oder Zustandes ist folglich die Zahl der von ihm Betroffenen. Je höher diese (behauptete) Zahl ist, umso eher findet das Problem seinen Weg in die Massenmedien und umso wahrscheinlicher weckt es individuelles Interesse und Engagement. (vgl. Schetsche 2008: 130f.). Durch verschiedene Techniken wird die Zahl der Betroffenen in Diskursen daher regelmäßig erhöht und so die Ausmaße des Problems herausgestellt, was

Schetsche als „Magie der großen Zahl“ bezeichnet (1996: 88). Doch auch hierbei gilt: es müssen sich Indikatoren finden lassen (beziehungsweise konstruiert werden), die die Deutungen eines Themas „verifizieren“ können (vgl. Gerhards 1992: 310). Zu diesem Zweck wird auf Maßnahmen wie weit gefasste Definitionen von Betroffenheit, Misskommunikation und/ oder Manipulation statistischer Daten sowie auf willkürlich ausgewählte Schätzungen von ExpertInnen zurückgegriffen (beziehungsweise werden bei differenzierenden ExpertInnenmeinungen stets die höchsten Werte kolportiert) (vgl. Schetsche 1996: 89).

Im untersuchten politischen Diskurs werden statistische Daten und wissenschaftliche Ergebnisse drastisch dargestellt – auch dort, wo die Daten eigentlich auf moderate Entwicklungen hinweisen. Dies beginnt bei der Kommunikation des „Sicherheitsgefühls“ der Bevölkerung. Obgleich die Beleuchtung des Feldes um Kriminalitätsfurcht und Sicherheitsgefühle in den letzten Jahren zugenommen hat, wird die Diskussion hierüber im „Ostbanden“-Diskurs (und nicht nur hier) unbeeindruckt von diesen Erkenntnissen geführt. Gemäß dem Prinzip des „war on fear through war on crime“ wird neben der Bekämpfung der angenommenen Ursachen kaum thematisiert, dass das Sicherheitsgefühl von vielen weiteren Faktoren – anstatt nur von der „objektiven“ Kriminalitätsgefahr – beeinflusst wird (vgl. Frevel 1998: 120f.). So setzt die FPÖ in Aussendungen zur Unterstreichung ihrer Forderungen etwa gezielt Studien zum „Sicherheitsgefühl der ÖsterreicherInnen“ ein, wobei sie Zahlen strategisch kommuniziert: Nur noch jeder zweite Wiener (was immerhin 50 Prozent entspricht, Anm. C.B.) fühle sich laut einer so kommunizierten Studie sicher, während im Vergleich der Österreicherwert bei über 60 Prozent liege. Bemerkenswert ist laut Meinung der FPÖ auch der hohe Anteil an Frauen (68 Prozent), der sich mit dem Thema Sicherheit beschäftigt (FPÖ-OTS 12.11.2008). Bei der zitierten Studie handelt es sich um eine repräsentative Umfrage im Auftrag einer Sicherheitsfirma mit dem Titel „Kaba Studie zur Sicherheit im Eigenheim“. Wie selektiv hier „zitiert“ wurde, zeigt sich anhand des Originaltextes der Studie, wo es heißt:

„Die Beschäftigung mit dem Thema steigt generell mit zunehmendem Alter und ist bei Frauen (67,9 Prozent) grundsätzlich höher als bei Männern (58,5 Prozent) [...] Die Studie zeigt, dass in Österreich die Mehrheit der Bevölkerung (61,1 Prozent) sich in ihrem Heim wohlfühlt, lediglich rund elf Prozent der Befragten fühlen sich in ihrer Wohnung oder ihrem Haus nur mäßig sicher [...]. Entsprechend ist das Sicherheitsempfinden bei Wienern geringer, 22 Prozent gaben an, dass sie sich zu Hause nur mäßig sicher fühlen“ (Leimbach 2008).

Eine weitere Verknüpfung der genannten Methoden zur diskursiven Erhöhung der Betroffenenzahl bedient sich der aus der Kriminologie stammenden Terminologie der „Dunkelfeld-Schätzung“. Dabei wird versucht, das Verhältnis zwischen bekannten und unbekanntem Taten in einer sogenannten Hellfeld-Dunkelfeld-Relation zu fassen. Da über das Dunkelfeld per definitionem keine Angaben vorliegen, wird diese Relation geschätzt, wobei es durch die vorhandenen Spielräume oft zu großen Spannweiten der Schätzwerte kommt.

Im „Ostbanden“-Diskurs spielt die Dunkelfeld-Schätzung hingegen eine verhältnismäßig geringe Rolle – im Gegensatz zur (bewussten) Misskommunikation der Aussagekraft der Zahlen des jährlichen Kriminalitätsberichtes. Bei der Analyse der Kriminalitätsstatistik müssen – noch mehr als in anderen Bereichen – viele Restriktionen, Ungenauigkeiten und Unzulänglichkeiten beachtet werden (vgl. Frevel 1998: 39). Die alljährliche Präsentation des Kriminalitätsberichtes (und dessen anschließende Kommentierung durch politische AkteurInnen) lässt diese Beachtung im hier untersuchten Diskurs vermissen:

- Die Zahlen der Statistik werden nicht isoliert veröffentlicht – immer sind ihnen Verständnisangebote und emotionale Botschaften beigefügt (vgl. Walter 1998: 128). Die Daten weisen dabei jedoch bei Weitem nicht die Inhalte und Gedanken auf, die bei ihrer Präsentation mit ihnen verbunden werden: „Dass sich aus den Tabellen verschiedene Daten auswählen lassen, diese unterschiedlich aufbereitet und vor einem verschiedenartigen Erwartungshorizont betrachtet/ mit unterschiedlichen Deutungsmustern belegt werden können, bleibt häufig den Medien, zumindest aber den Rezipienten verdeckt“ (ebenda: 124).
- Obgleich kurzfristige Vergleiche (vor allem zum Vorjahr) nur sehr begrenzte Aussagen gestatten, fehlen diese nie.
- Anstelle der sogenannten Häufigkeitszahl (Straftaten pro 100.000 Einwohner) werden Deliktzahlen kommuniziert – wenngleich letztere nur in Bezug auf die Bevölkerungsgröße von Relevanz sind (je größer die analysierte Region, umso größer die Zahl der Delikte).
- Von den Deliktzahlen wird dann auf Taten pro Tag, Stunde, Minute, Sekunde heruntergerechnet. Im Diskurs äußert sich das etwa in Sätzen wie: „Stündlich werden Österreicher von kriminellen Ostbanden ausgeraubt und überfallen“, „alle 100 Minuten wird ein Auto gestohlen“, „Mittwoch ist Tag der Einbrecher!“ (als Ergebnis einer Analyse des statistisch gesehen häufigsten Tages für Haus- und Wohnungseinbrüche).
- Besonders häufig wird im „Ostbanden“-Diskurs von Tatverdächtigenzahlen auf das Gros der unbekanntes TäterInnen geschlossen und die Kategorisierung von Merkmalen der Tatverdächtigen bei im Durchschnitt zwischen 10 und 15 Prozent aufgeklärter Fälle zur Hochrechnung auf die gesamte Täterstruktur benutzt.

So kommuniziert etwa das Innenministerium (BMI 2009b: 16):

„Die aktuellen Zahlen zeigen, dass speziell beim Einbruchsdiebstahl in Einfamilienhäuser und Wohnungen ein hoher Ausländeranteil existiert. Aktuell beträgt der Ausländeranteil beim Einbruch in Häuser 73,9 Prozent und in Wohnungen 67,7 Prozent. Angesichts dieser Zahlen wird von der Polizei erwartet, entsprechend zu handeln“

– ohne auf die geringe Aussagekraft dieser Zahlen zu verweisen.

Bei FPÖ und BZÖ wird aus dieser Misskommunikation des BMI Folgendes:

„Mehr als zwei Drittel der Wohnungs- und Hauseinbrüche werden von Ausländern verübt – dies ist statistisch ganz klar erwiesen“ (FPÖ-OTS 26.11.2009).

„Was die Oberösterreicher schon lange wissen, weiß jetzt auch der Herr Sicherheitsdirektor. 70 Prozent der Einbrüche in OÖ gegen auf das Konto von Ostbanden“ (BZÖ-OTS 14.07.2010).

„Mehr als 70 (!) Prozent der Einbruchsdelikte [...] werden von Ausländern verübt! Rechnet man noch die durch Scheinasylanten und illegale Einwanderer begangenen Verbrechen mit ein, so kommt man auf einen Ausländeranteil von mehr als 90 (!) Prozent bei den verübten Einbrüchen“ (FPÖ-OTS 05.02.2010).

Ein weiterer interessanter Einbezug von Studienergebnissen in die eigene Argumentation erfolgt durch die ÖVP – wengleich mit völlig konträrer Zielsetzung: Um aufzuzeigen, dass das Problem nicht so schlimm, jedenfalls aber „unter Kontrolle“ ist, nimmt Innenministerin Fekter mehrmals Bezug auf zwei internationale Studien, die eigentlich in ganz anderen Kontexten veröffentlicht wurden (ÖVP-OTS 22.06.2009):

„Österreich hält Rang 5 beim Global Peace Index 2009 der Universität Sidney/ The Economist und laut Mercer Studie 2009 ist Wien Stadt mit der höchsten Lebensqualität, wobei es Bestnoten für Sicherheit und Stabilität gibt. Fekter stellte fest, dass es ihr Ziel ist, dass alle Menschen in Wien auch in Zukunft dieses hohe Maß an Sicherheit erleben.“

Tatsächlich stellt die gesellschaftliche Kriminalitätswahrnehmung innerhalb des Kriterienkataloges des *Global Peace Index* (der zum Vergleich der Friedfertigkeit verschiedener Länder dient) nur einen von vielen Aspekten dar, der außerdem verhältnismäßig schwach gewichtet ist (vgl. Institute for economics & peace 2010: 9). Die *Mercer Studie* bewertet hingegen die Lebensqualität für ins Ausland entsandte MitarbeiterInnen von Regierungen und Großunternehmen (*Expatriates*), um notwendige Erschwerniszulagen besser berechnen zu können (vgl. N.N./ Mercer 2009) – weshalb persönliche Sicherheit und Einbruchskriminalität zwar ebenfalls in ihre Ergebnisse einfließen, die Studie aber keineswegs als geeigneter Indikator für die Beurteilung der Einbruchskriminalität in Österreich gesehen werden kann.

Regionalisierung des Problems als landespolitische Strategie

Im analysierten Diskurs beziehen LandespolitikerInnen das Problemmuster auf „ihr“ Bundesland, das jeweils als besonders vom Problem betroffen dargestellt wird. Als gefährdet werden daher alle Bundesländer bezeichnet, die eine gemeinsame Grenze mit einem der neuen EU-Mitgliedsstaaten teilen: Niederösterreich, das Burgenland, Wien, Oberösterreich, Kärnten und die Steiermark. LandespolitikerInnen dieser Länder beanspruchen jeweils für sich, im „eigenen Land“ mit den schlimmsten Ausprägungen der „Kriminalitätswelle“ zu kämpfen: So entsteht im Diskurs eine Art „Wettbewerb“. Die „Führungsrolle“ Wiens wird dabei zwar kaum angetastet, doch Platz zwei scheint umkämpft: Die offenen Grenzen hätten Niederösterreich „zum zweit beliebtesten“ Bundesland gemacht, so die FPÖ, das Land sei

„zum Durchhaus für die organisierte Kriminalität aus allen Herren Ländern geworden“ (FPÖ-OTS 05.02.2010). Kärnten „als Grenz- und Transitland“ dient hingegen als „Beutelager“ der Einbrecherbanden, die das Land darüber hinaus auch als „ein beliebtes ‘Ausbildungsland’ für junge Verbrecher“ nutzen (FPÖ-OTS 02.04.2008). Geografische Nähe als Strategie dient dabei nicht nur der besseren Kommunikation und emotionalen Verankerung des Problemmusters durch persönliche Betroffenheit vieler Menschen, sondern deutlich auch der Demonstration von Handlungsfähigkeit und Durchsetzungsvermögen gegen den Bund, zuweilen selbst gegen die Bundesebene der eigenen Partei. So stieß etwa die vom Innenministerium eingesetzte „Sonderkommission Ost“ nicht nur im gegnerischen politischen Lager auf Widerstand, sondern selbst bei LandespolitikerInnen der ÖVP: Dass zur Durchführung der Maßnahme in Ostösterreich PolizistInnen aus anderen Bundesländern für einige Monate abgezogen wurden, lehnte etwa auch der oberösterreichische VP-Vizelandeshauptmann Steindl ab („Kommt nicht in Frage“). Diese Meinung teilten die anderen Parteien. „Es ist unvorstellbar, dass nun wieder unsere Polizisten in den Osten Österreichs gehen müssen. Auch in Oberösterreich steigen die Einbruchskriminalität und die Diebstähle seit Jahren“, so das Argument der SPÖ (Kurier 23.06.2009: 19).

Doch auch das Burgenland „mit seiner 400 Kilometer langen Grenze zu den neuen EU-Schengenländern“ und „unbesetzten Polizei-Planstellen“ sei vom Abzug der PolizistInnen am meisten betroffen, verkündete Landeshauptmann Niessl. Er befürchtete „eine weitere ernsthafte Bedrohung für die Sicherheitslage“, das Sicherheitsgefühl der Menschen sei ohnehin schon dramatisch gesunken. Die zudem diskutierte (und nach Meinung des Landeshauptmannes „verfrühte“) Beendigung des Assistenzeinsatzes käme einem „Anschlag auf die Sicherheit der Burgenländer“ gleich. Doch nicht nur die regierende SPÖ, auch die Freiheitlichen und sogar die Grünen im Burgenland wollen „keinen einzigen Polizisten hergeben“. Die burgenländischen Grünen erklären die Innenministerin gar zum „Sicherheitsrisiko für unser Land“, sollte sie PolizistInnen abziehen. Entweder müsse der Einsatz verlängert, oder aber mehr Polizeistellen geschaffen werden (Kronen Zeitung 23.06.2009: 4 sowie Kurier 11.05.2010: 3). Dem entgegen stand die Einschätzung des Innenministeriums, das dem Land in der Folge quasi den Betroffenenstatus abzuspochen trachtete: Das Burgenland sei eine der sichersten Regionen, die Kriminalität insbesondere bei Eigentumsdelikten sinkend. Zudem fielen nur 1,5 Prozent aller Kriminalfälle Österreichs hier an, während 6 Prozent aller PolizistInnen auf das Burgenland entfallen würden, griff die Ministerin zur Stützung ihrer Argumentation wiederum auf Zahlenmaterial zurück – „Das Burgenland ist sicher“ (ebenda).

In Niederösterreich, mit 414 Kilometern „führend“ bei der Länge der Schengen-Grenze, bestehen die LandespolitikerInnen (und insbesondere Landeshauptmann Pröll) auf Bundesheer und Polizei an der Grenze. Rhetorisch positioniert sich der Landeshauptmann hier deutlich als entschlossener „Beschützer“ aller NiederösterreicherInnen: „Bei der Sicherheit kennen wir in Niederösterreich kein Pardon“, man lasse sich die Sicherheit in Niederösterreich „nicht aushöhlen“. „Kriminalität hat in Niederösterreich keinen Platz“,

strapaziert der Landeshauptmann die Utopie einer kriminalitätsfreien Gesellschaft; „Daher werden wir den Einbrechern und Kriminellen nicht nachgeben, sondern wollen ihnen noch mehr zusetzen [...] jeder, der hier wohnt, kann sich sicher sein, dass wir vor den Diebesbanden nicht in die Knie gehen, sondern ihnen die Stirn bieten“ – das sei man „der Bevölkerung schuldig“ (ÖVP-OTS 08.02.2007).

Crescendo

Die Dringlichkeit eines Problems und seiner Lösung wird noch erhöht, wenn es gelingt, eine zukünftige Verschärfung der Problematik zu unterstellen (vgl. Gerhards 1992: 311). Entscheidend sind hierbei vor allem die vermittelten Zeitstrukturen: Bedrohungen werden idealerweise für die nahe Zukunft vorausgesagt, also für Zeiträume, die historisch noch relevant sind – aber doch fern genug, um nicht sofort widerlegt werden zu können (vgl. Viehhöver 2004: 260).

Hiervon macht im Diskurs vor allem die FPÖ Gebrauch: Da die Finanzkrise gerade erst begonnen habe und sowohl auf den Arbeitsmarkt des Westens als auch des Ostens „brutal“ durchzuschlagen beginne, sei künftig mit einem weiteren Anstieg des „organisierten Kriminaltourismus aus Osteuropa, aber etwa auch der Ukraine und anderer ehemaliger GUS-Staaten“ (sic!)⁴⁷ zu rechnen (FPÖ-OTS 12.05.2009). Auch die Aufhebung der Visumpflicht für Mazedonien, Serbien und Montenegro werde das Problem dramatisch verschlimmern. Die SPÖ sieht eine Verschärfung der Situation in der Zukunft hingegen primär durch Personalmangel der Polizei begründet. Da weniger PolizistInnen nachrücken, als jährlich in den Ruhestand gehen, drohe ein weiterer Anstieg der Einbruchskriminalität.

Rhetorische Überzeichnung

Neben statistischen Fehlinterpretationen und Übertreibungen wird das Problem – wiederum primär von den Parteien rechts der Mitte – auch rhetorisch überzeichnet. Die „nationale Sicherheit“ sei teilweise nicht mehr vorhanden, kein Wiener mehr sicher, Österreich zum „Wilden Osten“ geworden. „Mafiosi und Kriminelle“ unterwandern das Land. Nach einer Schießerei in Wien warnt FPÖ-Obmann Strache schließlich auch vor Bandenkriegen im Zusammenhang mit der Einbruchskriminalität (FPÖ-OTS 13.09.2010), während Menschen in Kärnten abends aus Angst vor den brutalen Übergriffen der Banden schon lange nicht mehr auf die Straße gehen können (FPÖ-OTS 02.04.2008).

Selektive Auswahl von Fallbeispielen

Eine weitere Dramatisierungstechnik ist die (selektive) Auswahl von Fallbeispielen (vgl. Schetsche 2008: 132). Denn neben der Zahl der Betroffenen spielt auch die Frage der Massivität eines Verstoßes gegen die Werteordnung eine wichtige Rolle für die

⁴⁷ Abgesehen davon, dass „die Ukraine und andere ehemalige GUS-Staaten“ nicht zu Osteuropa gezählt werden (und die GUS hier – wie auch in anderen Aussendungen der FPÖ – offenbar mit der UdSSR verwechselt wird), spricht die FPÖ mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten erstmals eine Problemursache an, die sie im Problemmuster und Diskurs an sich ausspart.

Aufmerksamkeit, die ein Problem erhält. Gerade in Kriminalitätsdiskursen geben daher regelmäßig konkrete Fallbeispiele exemplarisch Auskunft über den Verstoß und die Schädigung der Problemopfer beziehungsweise der Allgemeinheit. Diese Fallbeispiele zeichnen sich jedoch fast durchgehend dadurch aus, dass sie zwar exemplarisch für die Gesamtheit des Sachverhaltes stehen sollen, tatsächlich aber dem Bereich extremer Einzelfälle entnommen sind – von denen angenommen wird, dass sie bei Medien und RezipientInnen besondere Aufmerksamkeit erlangen (vgl. ebenda).

Im medialen „Ostbanden“-Diskurs ist das durchaus der Fall, im politischen Diskurs tritt eine solche Strategie hingegen kaum auf. Lediglich die Nennung „erfolgreich abgeschlossener, Aufsehen erregender Amtshandlungen“ des Innenministeriums (dabei geht es also um „typische Täter“, nicht um „typische Opfer“) für die Presse sei hier erwähnt – denn interessanterweise findet sich in der Unterlage zum Thema Einbruchskriminalität unter neun detailliert geschilderten Fällen nur ein einziger Wohnungseinbruch – begangen durch einen südamerikanischen Einzeltäter (vgl. BMI 2009b: 41).

Die Dichotomisierung von Schuld

Bereits die Analyse der Problembeschreibung verdeutlichte, dass das Problemmuster auf Kausalmodellen basiert, die (scheinbar) eindeutige Erklärungen liefern. Besonders erfolgreich sind Problemmuster, wenn nicht „die Verhältnisse“ (also gesellschaftliche Strukturen und Missstände) verantwortlich sind, sondern sich konkrete Gruppen von Schuldigen benennen lassen. Diese werden als „die Verantwortlichen, die Verursacher der Missstände dargestellt, ihr Verhalten als vermeidbar, falsch und unmoralisch charakterisiert, wodurch es besonders verwerflich erscheint“ (Schetsche 1996: 91). Solche „Dichotomisierungen“ von Schuld lassen sich ebenfalls als Technik der Dramatisierung (eventuell auch der Skandalisierung) klassifizieren. Laut Schetsche (ebenda: 92) haben sie drei Effekte: Erstens wird alle Verantwortung für soziale Missstände von der Bevölkerungsgruppe, aus welcher der jeweils kommunizierende (politische) Akteur stammt, weg (und auf eine andere hin) verlagert. Zweitens machen sie eine Prüfung der Ereignisse im Einzelfall überflüssig. Drittens schließlich führen sie psychische Identifikations- und Projektionsprozesse („Wir, die Opfer und deren Verteidiger, sind auf der einen Seite, auf der anderen Seite sind die Täter“) mit starker affektiver Aufladung herbei.

7.3.3 Techniken der Moralisierung

Ein moralisches Unwerturteil gilt als konstitutives Merkmal jeder Problemwahrnehmung (vgl. den Abschnitt zu Werturteilen und Bewertungen im Problemmuster) – denn ohne ein solches ist ein Problem kein öffentliches Problem.

Nun ist der hier untersuchte Kriminalitätsdiskurs (wie ein Großteil aller Kriminalitätsdiskurse) ohnehin als *moral panic* im Sinne Cohens (1972, siehe weiter oben) zu klassifizieren. Denn im Fall des Risikos, Opfer einer Straftat zu werden, kann man die *folk devils* in Figur der

realen Straftäter leicht identifizieren. Die moralische Aufladung ist diesem Konzept schon immanent, propagiert wird: „das können Ausländer/ Arme/ Flüchtlinge/ Fremde/ Geschäftemacher/ Sex-Täter uns allen/ unseren Frauen/ Kindern/ unserer Wirtschaft/ unserer Kultur antun“ (Peters 1998: 17). Wesentlicher Ansatzpunkt für moralisierende Strategien in Kriminalitätsdiskursen ist daher immer die (politische) Suche nach Verursachern. Da es in Problemdiskursen einen Verursacher geben muss, werden Risiken und Ängste zu politischen Konstruktionen, mit deren Hilfe Verantwortlichkeiten geschaffen werden. Über den Denkweg: die Anderen – die Fremden – die Ausländer steht folglich oft AusländerInnenkriminalität im moralischen Zentrum öffentlicher Auseinandersetzungen um Kriminalität (vgl. Sessar 1998: 410f. sowie Sessar/ Stangl 2007: 14).

Diese Art der moralischen Aufladung zeigt sich bereits in den Bewertungen des Problemmusters und bündelt sich in der häufig auftauchenden Phrase von „ausländischen Verbrechern“ die „über die Grenze kommen“ und „Einheimische ausrauben“. Zudem bietet die Analyse krimineller Moralpaniken aber auch Einblicke in gesellschaftlich gerade besonders bewegende Gefahren und Feindbilder (vgl. Kuschej/ Pilgram 2002: 39). So sei laut Pilgram (1992: 185) jede große „Anzeigenwelle“ im Österreich der Nachkriegszeit nicht allein auf Bevölkerungsbewegungen und „andere triviale Veränderungen“ rückführbar – sondern spiegle (mit ihren jeweils spezifischen Merkmalen) immer auch eine „moralische“ Krise (beispielsweise die umstrittene Ablöse alter und die Durchsetzung neuer sozialer Ordnungsvorstellungen) wider. Vor diesem Hintergrund sei die im Diskurs vollzogene Kriminalisierung von AusländerInnen aus Anlass von Eigentumsdelikten auch als Reaktion angesichts radikaler und in Österreich besonders spürbarer geopolitischer Veränderungen zu werten. Moralisch baue sie auf den „ideologischen Grundlagen“ der Vorphase auf, sie richte sich „gegen die vermutete Bedrohung der fortgesetzten ökonomischen Erfolgsstory der Österreicher durch die neue Mobilität der armen Ost- und Außereuropäer und durch die Einwanderungsfolgen für das Sozialgefüge“ (ebenda: 187).

Von dieser notwendigen (dem Problemmuster immanenten) moralischen Beurteilung ist die Strategie des Moralisierens zu unterscheiden, mit der versucht wird, ein Moralurteil für andere verbindlich zu machen – mit dem Ziel, dass niemand einer bestimmten Problemwahrnehmung öffentlich widersprechen kann, ohne sich moralisch-diskursiven Sanktionen auszusetzen (vgl. Schetsche 2008: 133). Moralisierende Strategien gewinnen an Bedeutung, wenn ein Problemmuster noch keine gesellschaftliche Hegemonie erreicht hat beziehungsweise diese zu verlieren droht: In der Konkurrenz mit Alternativ-, besonders aber mit Gegendeutungen, können abweichende Meinungen und indifferente Auffassungen mit Hilfe dieser Strategien diskreditiert werden – einfach dadurch, dass sie (in Verbindung mit moralischen Bewertungen) als unmoralisch beziehungsweise sozialetisch nicht tragbar erklärt werden. Durch eine solche „moralische Ausgrenzung“ wird ein Problemmuster als die einzige öffentlich kommunizierbare Deutung eines Sachverhalts etabliert. Gelingt dies, so macht sich jeder, der dieser Problemwahrnehmung und ihren Behauptungen und Bewertungen widerspricht moralisch schuldig – unabhängig von seinen Motiven und der

Qualität seiner Argumente (vgl. Schetsche 2008: 133). So transferieren Moralisierungen thematische Meinungsverschiedenheiten „auf eine Diskriminierung von Personen, die eine bestimmte Meinung geäußert haben“ (Gerhards 1992: 312). Als typische moralisierende Strategie erscheint daher die Infragestellung der moralischen Integrität von AkteurInnen, die sich kritisch zum Problemdiskurs äußern oder abweichende Meinungen vertreten (vgl. hierzu Schetsche 1996: 92f.) – die dabei im „Ostbanden“-Diskurs eingesetzten Techniken lassen sich wie folgt klassifizieren:

Besonders häufig werden andere AkteurInnen als SympathisantInnen der Problemverursacher (und somit „der Schuldigen“) dargestellt:

- Die Regierungsparteien werden von FPÖ und BZÖ wörtlich als „Komplizen des international organisierten Verbrechens“ bezeichnet.
- Das Ende der Grenzkontrollen kurz vor Weihnachten (am 21. Dezember, Anm. C.B.) sei ein „Weihnachtsgeschenk“ des Innenministers an die „osteuropäischen Verbrecherbanden“ (BZÖ-OTS 19.12.2007).

Seitens der Oppositionsparteien, aber auch der SPÖ werden entweder Maßnahmen oder aber (unterstellte) Untätigkeit wiederholt als „Einladung“ an die Banden kritisiert, politische GegnerInnen also der „Gastgeberschaft“ bezichtigt:

- „SPÖ und ÖVP laden ausländische Verbrecher geradezu ein nach Österreich zu kommen und hier die Bevölkerung auszurauben“ (BZÖ-OTS 19.12.2007).
- „Ein Abzug des Bundesheeres würde praktisch einer Einladung an die international agierenden Einbrecherbanden gleichkommen“ (SPÖ-OTS 03.09.2009), auch die Signalwirkung einer ersatzlosen Streichung anderer Schwerpunktmaßnahmen sei für Kriminelle „geradezu eine Einladung“ (SPÖ-OTS 27.09. sowie 30.09.2009).

Auch Beschuldigungen, die jeweils anderen AkteurInnen würden das Problem bewusst verharmlosen, finden sich im Diskurs:

- Mehrmals taucht etwa seitens der Oppositionsparteien der Vorwurf auf, das Innenministerium würde Einbruchszahlen zurückhalten oder die „wahren Zahlen“ mittels neuer Berechnungsmethoden „nach unten frisieren“, Verbrechensdaten also beschönigen.
- Das BZÖ (BZÖ-OTS 19.12.2007) beschuldigt zudem die gesamte Bundesregierung, der Bevölkerung bezüglich der wahren Ausmaße des Problems „ins Gesicht zu lügen“.

Andere Wortmeldungen bezichtigen AkteurInnen der „Gleichgültigkeit gegenüber den Leiden der Opfer“: Zentral für diese Form der Diskreditierung ist die Formel von den untätigen Regierenden, welche die zu schützende Bevölkerung „schutzlos einer Kriminalitätswelle ausliefern“. Die Regierenden würden dabei nicht im Interesse der unter dieser Politik leidenden Bevölkerung handeln, die mit ihren Sicherheitsproblemen „allein gelassen wird“. Als Sinnbild dieser Technik steht die seitens des BZÖ geäußerte Anschuldigung, Gusenbauer und Platter (Bundeskanzler und Innenminister, Anm. C.B.) würden das Ende der Grenze mit Champagner feiern, während die Banden bereits auf dem Weg ins Land wären, um hier ihren Verbrechen nachzugehen (BZÖ-OTS 19.12.2007).

Doch auch jene AkteurInnen, die sich weigern, den Handlungsanleitungen zur Problemlösung zu folgen, werden moralisch diskreditiert – So ließ die ÖVP der SPÖ durch ihren Sicherheitssprecher (ÖVP-OTS 23.06.2009) ausrichten:

„Einwohner schützen und nicht die Einbrecher, das ist das Wichtigste, deshalb sind wir sehr verwundert über die ablehnende Haltung der SPÖ zur Soko Ost“ [...] „Die SOKO Ost ist eine wichtige und schlagkräftige Initiative gegen Einbruchskriminalität. Mit der SOKO Ost wird die Einbruchskriminalität bekämpft. Wer sich dagegen stellt, handelt im Interesse der Einbrecher, nicht im Interesse der Einwohner.“

7.3.4 Der Rückgriff auf „Mythen“

Eine weitere, für den untersuchten Diskurs relevante Strategie basiert auf der von Barthes (1964) erstmals theoretisch bestimmten Kategorie des *Alltagsmythos*. Sie bezeichnet jenes Wissen von Menschen über ihre alltägliche Lebenswelt, das als unhinterfragbare Wirklichkeit wahrgenommen wird. Wird ein Phänomen als Bestandteil eines solchen Mythos gesehen, so bietet der Alltagsmythos einen Komplex von Informationen und Emotionen in Bezug auf dieses Phänomen an – und suggeriert, dass es genau so, wie es in der Aussage erscheint, auch in der Realität existiert, als „etwas Natürliches, So-Seiendes“. Ein in diesen Kontext einer „kollektiven Bedeutung“ gestelltes Phänomen ist Widersprüchen und rationalen Einwänden nicht zugänglich. In öffentlichen Diskursen finden sich folglich häufig Bezüge auf gesellschaftliche Alltagsmythen, an die Problemmuster möglichst „nahtlos“ anzuschließen versuchen, um von der Stabilität der Mythen zu profitieren. Denn Rekurse auf Mythen stellen ein Problemmuster in einen größeren Denkkontext: Weil sich das Muster auf etwas als selbstverständlich Vorausgesetztes bezieht, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass es ohne Nachfrage als richtig und zutreffend anerkannt wird. Gelingt es, eine Problemwahrnehmung als „logische“ Fortsetzung eines Alltagsmythos erscheinen zu lassen, kann sie ebenso „unhinterfragbar wirklich“ wie der Mythos selbst (vgl. Schetsche 2008: 133f. und 1996: 95) – und langfristig möglicherweise selbst zum Mythos werden.⁴⁸

Der Verbrechermythos: Gut gegen Böse

Der zentrale Mythenrückgriff im „Ostbanden“-Diskurs ist jener auf den „Verbrechermythos“ (erstmalig Strasser 1984). Dieser Rückgriff findet sich in praktisch allen Problemmustern, in denen es um strafrechtlich relevante Handlungen geht. Der Verbrechermythos entwirft das Bild eines „gefährlichen“ und „störenden“ Täters, der unverantwortlich handelt und „das Böse“ zu personifizieren scheint. Ein konkreter Mensch wird auf „den Verbrecher“, folglich auf sein kriminelles Handeln reduziert – er wird zum „Verbrechermensch“ (vgl. ebenda: 10).

⁴⁸ Analytisch muss daher zwischen der Einbindung von bereits bestehenden Mythen in ein Muster und der Verwandlung der Problemwahrnehmung selbst in einen Mythos unterschieden werden. Letztere ist kaum rekonstruierbar, weil sie auf einer von den AkteurInnen nicht planbaren, langfristigen Diskursentwicklung beruht (vgl. Dresen 2010: 141) – weshalb im Folgenden nur der erstgenannten Option nachgegangen wurde.

Nur die Institutionen des Strafrechts bieten wirksamen Schutz vor ihm, so der Mythos – weshalb seine Bekämpfung moralisch als „das Gute“ erscheint (vgl. Schetsche 1996: 95).

Hat ein Problemmuster Anschluss an einen Mythos gefunden, reichen schon Indizien aus – in diesem Fall, um Verdächtigen unhinterfragt kriminelle Energien und die Personifizierung des „Bösen“ zu unterstellen. Strukturelle Gründe müssen so nicht beachtet und hinterfragt werden (vgl. Dresen 2010: 142), wie Aussendungen der FPÖ (FPÖ-OTS 15.04.2009 und 12.05.2009) treffend illustrieren: „Die organisierte Ostbanden-Kriminalität lacht sich ins Fäustchen, seitdem sie mehr oder minder ungehindert auf Diebstahltour gehen kann.“ Besonders verdient um Rückgriffe auf den Verbrechermythos macht sich jedoch das Innenministerium: Die Presseunterlage zur „Bekämpfung der Einbruchskriminalität“ behandelt unter der Überschrift „Soziologie“ erst die Motive der Täter (hier wird einmalig auch auf das Wohlstandsgefälle als „Tantalussituation“ und somit Ursache hingewiesen). Anschließend finden sich Verweise auf „Diebesbunker“ („deren örtliche Feststellung noch Gegenstand von Ermittlungen ist“, vgl. BMI 2009b: 42), in einem eigenen Unterkapitel werden die JournalistInnen schließlich mit „Gauernerzinken“ vertraut gemacht (ebenda: 21f.):

Gauernerzinken			
Unscheinbare Signale an ausspionierten Wohnungen/Häusern warnen nachkommende Diebe vor etwaigen Gefahren oder machen darauf aufmerksam dass es hier etwas zu holen gibt. Nachstehend einige Beispiele.			
	Vorbereitung zu Diebstahl o.a. (gutes Objekt)		Nichts Interessantes
	Sehr gutes Haus		Hund im Hof
	Großzügiges Haus		Hund
	Wohltollendes Haus		Behördenmitglied
	Unbewohntes Haus		Aktive Polizisten
	Hier wohnen Frauen mit weichen Herzen		Dieser Gemeinde ausweichen
	Alleinstehende Frau		Gefahr oder immer bewohnt
	Bereits besuchtes Haus (haben bereits gestohlen)		Guter Empfang wenn man von Gott spricht

„Bei den so genannten Gauernerzinken handelt es sich um eine Art Geheimzeichen von Tätern, die in der Region nicht sesshaft waren. Die Zeichen, die sie im Lauf der Zeit immer wieder ergänzten, wurden ursprünglich an Hausmauern, Eingangstüren etc. angebracht, um Bandenmitglieder darüber zu informieren, wo und wann ein bestimmtes Haus überfallen, ausgeraubt und eventuell in Brand gesteckt werden sollte. Die Zinken dienten dazu, die Absichten ihrer Benutzer vor Außenstehenden zu verbergen und erfüllten gleichzeitig den Zweck, sich von den Sesshaften abzugrenzen und die Identität der eigenen Gruppe zu stabilisieren. Im 16. Jahrhundert [...] waren in Europa erstmals grafische Hinweise dieser Art zu beobachten, die so genannten Mordbrennerzeichen.“

Abb. 15: Gauernerzinken
(BMI 2009b: 22)

Ohne anschließend auf die Relevanz dieser Zeichen für das Problem der Einbruchskriminalität im Österreich des 21. Jahrhunderts einzugehen oder weiterführende Erklärungen zu liefern, schließt dieser Exkurs des Innenministeriums mit einer Legende (Abbildung 15), die einige der „Gauernerzinken“ erläutert.

Zweifellos verweisen diese Beschreibungen der „Soziologie des Verbrechers“ auf die Organisiertheit seiner Tat – und implizieren so über den Verbrechermythos hinaus noch die besondere Qualität (nicht nur des österreichischen) Diskurses um „organisierte Kriminalität“:

Mythos „Osten“

Der Mythos „organisierte Kriminalität“ stellt eine deutliche Verstärkung des Verbrechermythos dar – die Kriminalitätsdarstellung und Kriminellenbeschreibung strotze vor Widersprüchen und Verfremdungen, so Kuscej und Pilgram (1999 sowie 2002), die daher der These nachgingen, dass diese Darstellung auf der Anwendung von Fremdenstereotypen beruhe. Der österreichische Diskurs um „organisierte Kriminalität“ gleicht in seinen Anfängen dem hier untersuchten, beide kamen erst mit dem Systemwechsel in den Staaten Osteuropas und deren anschließender Öffnung auf. Die Täter werden dabei zwar als Fremde (aus dem unterentwickelten Süden, mehr aber noch aus dem Osten) beschrieben, den fremdenfeindlichen Gehalt sehen die Autoren aber vor allem im konstruierten Kriminalitätstypus. Dieser sei erst durch den Rückgriff auf tradierte, stabile Stereotypen über den „Osten“ und die „Mentalität“ seiner Bewohner nachvollziehbar. Historische Arbeiten über die Genese dieser Stereotypen zeigen, dass die gesellschaftliche und politische Rückständigkeit „des Ostens“ („barbarisch, sinnlich-despotisch, stagnierend“) ab Mitte des 19. Jahrhunderts zu einem festen Stereotyp wurde. Aus historischen Quellen geht hervor, dass auch die pauschale moralische Disqualifizierung der Bevölkerung „des Ostens“ Tradition hat. Aussagen, wonach Menschen „durch Natur und Herrschaft zu Vieh oder auch zu gehorsamen Automaten“ geworden wären, wo von der „Bedrohlichkeit einer nur auf Invasion lauernernden nomadischen Gesellschaft“ die Rede ist, können als Vorläufer aktueller Bedrohungsannahmen gelten (vgl. Kuscej/ Pilgram 1999: 53f.). Zur Verbreitung und Zuspitzung antislawischer Stereotype trug später vor allem der Nationalsozialismus durch deren politische Instrumentalisierung bei. Entweder das russische Volk als solches, oder aber dessen politische Elite wurde moralisch diskreditiert beziehungsweise als unzivilisiert und gewalttätig dargestellt – eine Aufarbeitung des Antislawismus dieser Zeit fand (aufgrund des Kalten Krieges) bisher kaum statt (vgl. ebenda: 54).

Im Diskurs um „organisierte Kriminalität“ (und durch Rückgriffe auf selbigen auch im hier untersuchten Diskurs um Einbruchskriminalität) werden diese traditionellen Bedrohungsphantasien wirksam: Der Bedrohungswert krimineller Organisation gründet in offenbar nach wie vor öffentlichkeitswirksamen (und im kollektiven Bewusstsein verankerten) ethnischen Stereotype über „den Osten“ und seine Bewohner, so das Fazit der Autoren. Der Umstand, dass der Diskurs somit auf historisch etablierten stereotypen Wissensbeständen aufbaut, erlaubt es, Erklärungsmodelle sozialer und ökonomischer Wirklichkeit zu

vernachlässigen und logische Widersprüche einzuebnen. Denn durch den Rückgriff werden Aussagen – gemäß der Theorie der Alltagsmythen – unhinterfragbar, „rationale Nachvollziehbarkeit ist nicht das Kriterium, an dem der Diskurs gemessen werden kann“ (ebenda: 55). Dies erklärt auch, warum differenzierten Betrachtungen über den sozioökonomischen und politischen Wandel in den betreffenden Ländern kaum oder kein Stellenwert im Diskurs zukommt. Da „organisierte Kriminalität“ neben dem Fremden eben auch von Kriminalität handelt, werden gleichzeitig zwei gesellschaftlich stigmatisierte Bereiche angesprochen. Als Synthese aus beiden wird „organisierte Kriminalität“ zum „Bösen“ schlechthin. Dabei gehen die Stereotype weitgehend im Stigmata des Kriminellen auf beziehungsweise werden von diesem „verdeckt“ (vgl. Kuschej/ Pilgram 2002: 45ff.). Das wiederum impliziert jedoch noch eine, für vorliegende Fragestellung höchst relevante Auswirkung: Durch den engen, wechselseitigen Verweisungszusammenhang von (organisierter) Kriminalität und Stereotypen kann der Diskurs zu einer allgemeineren (also nicht bloß auf den Bereich der Kriminologie beschränkten) Wahrnehmung von Gesellschaften „des Ostens“ über die Konnotation der Kriminalität und des Verbrechermythos beitragen.

Zusammenfassend lässt sich zur Strategie des Zurückgreifens auf Mythen sagen, dass der untersuchte Diskurs beachtliche mythische Qualitäten aufweist – sowohl hinsichtlich seines Bildes vom „Osten“ als auch hinsichtlich seines Kriminalitätsbildes und der Darstellung der Täter wird regelmäßig auf Alltagsmythen zurückgegriffen.

7.3.5 Zur Rolle und Einbindung der *Kronen Zeitung*

„Auch Schlepper lesen Zeitungen und konnten auf den Fall der Grenzkontrollen warten, um seit 21. Dezember ungehindert über die Straße einzureisen“ erklärte FPÖ-Generalsekretär Vilimsky anlässlich des Endes der Grenzkontrollen (FPÖ-OTS 22.01.2008). Mitunter finden also auch (Print-)Medien Eingang in den hier untersuchten, politischen Diskurs. In Bezug auf Diskursstrategien liegt die Bedeutung von Medien aber vor allem darin, dass sie in meinungsvorgebender Weise für ihre Leserschaft Deutungen formulieren – und so (auch politische) Problemwahrnehmungen absichern und letztlich durchsetzen. Medien sind somit nicht nur maßgeblich an den Problem-Definitionsprozessen beteiligt, sondern können mit Hilfe dramatisierender Diskursstrategien zugleich auch die Dimensionalität des Problems hervorheben (vgl. Dresen 2010: 148).

Diese Untersuchung beschäftigt sich jedoch bewusst nicht mit der medialen Kommentierung und Vermittlung des Diskurses beziehungsweise mit der Rolle des Mediensystems – dennoch wird ein Printmedium aufgrund einer außergewöhnlichen, von politischen AkteurInnen eingesetzten Strategie im Folgenden näher beleuchtet. Wohl nicht zufällig handelt es sich dabei um die (gemessen am Verhältnis von Reichweite und Bevölkerung) mit Abstand größte österreichische Tageszeitung – die *Kronen Zeitung*. Auf dem nationalen Printmarkt nimmt sie schon aufgrund ihrer Auflagenstärke eine Sonderstellung ein, selbst im

Vergleich mit anderen auflagenstarken Boulevardzeitungen in Europa ist ihre Marktposition beispiellos. Als meistgenutzte Medienquelle für politische Information gilt die *Kronen Zeitung* zudem als potenter innenpolitischer Macht- und Einflussfaktor (jede/r dritte/r Politiker/in bezeichnet sie als „persönliches Leit- und Orientierungsmedium“, 37 Prozent des Medienpublikums betrachten sie als wichtigste persönliche Informationsquelle – wobei die *Kronen Zeitung* täglich knapp die Hälfte der wahlberechtigten Bevölkerung erreicht, vgl. Plasser/ Lengauer 2010: 93f.). Der prägende Einfluss der *Kronen Zeitung* auf Themengewichtung, Urteilsfindung und auch Wahlentscheidungen ihrer regelmäßigen LeserInnen ist empirisch (hochsignifikant) nachweisbar. Aufgrund der Kombination dieser Voraussetzungen mit der Bereitschaft der Zeitung, „ihre publizistisch-politische Medienmacht gezielt auszuspielen, Themen- und Stimmungslagen der öffentlichen Diskussion vorzugeben“ und „innenpolitische Entscheidungen zu beeinflussen“ (ebenda: 307) wird der *Kronen Zeitung* in diesem wie in anderen öffentlichen Diskursen besonders häufig attestiert, durch die Art ihrer Berichterstattung Mitschuld an „subjektiven Unsicherheitsgefühlen“ der Bevölkerung zu tragen.

Tatsächlich berichtet die *Kronen Zeitung* quantitativ gesehen am intensivsten über „Ostbanden“-Kriminalität (im Untersuchungszeitraum finden sich unter dem Schlagwort „Ostbände“ 108 Artikel, weitere 222 unter deren Plural „Ostbanden“ und immerhin circa 200 Artikel zum „Sicherheitsgefühl“). Umso stärker fällt bei der Betrachtung des untersuchten Datenkorpus (im Anhang) auf, dass nur drei Artikel der *Kronen Zeitung* Eingang in das Korpus fanden. Dies ist darauf zurückzuführen, dass das Problem in der *Kronen Zeitung* abseits von Meldungen über Einbrüche hauptsächlich in journalistischen Kommentaren und auf den Leserbriefseiten vorkommt – politische AkteurInnen kommen so gut wie nie zu Wort, Interviews werden entweder mit Opfern oder aber mit VertreterInnen der Polizei (die dann wiederum ihr persönliches Erleben der Situation schildern) geführt. Wortmeldungen von PolitikerInnen werden, wenn überhaupt, direkt aus den (ohnehin im Korpus enthaltenen) OTS-Meldungen zitiert oder diese als Originalton (im Stil eines geführten Interviews) wiedergegeben – weshalb der Großteil der medialen Beiträge der *Kronen Zeitung* nicht den getroffenen Auswahlkriterien des Datenkorpus entspricht.

Auffallend an den (eben nicht in die Untersuchung einbezogenen) Artikeln zum Thema ist einerseits eine Kampagne „gegen die Statistik“, die die *Kronen Zeitung* im Untersuchungszeitraum führte und die folglich als Verstärker der Dramatisierungsstrategien gewertet werden kann. Zu Illustrationszwecken der Machart dieser Kampagne werden im Folgenden zwei ihrer Beiträge im Volltext wiedergegeben:

Kriminalstatistik als Lüge entlarvt

„Eine freche Gangsterbande falscher Polizisten aus - eh klar - Rumänien, Bankräuber aus - eh klar - Ukraine, Türenknacker aus - eh klar - Moldawien, usw.: Die Kriminalinvasion aus dem Osten überzieht Österreich mit selten gekannter Gewalt. Und bei solchen Zuständen will uns der Innenminister anhand der Statistik weismachen, dass die Kriminalität gesunken ist! Diese Zahlen sind, gelinde gesagt, nichts als eine statistische Lüge. Kriminalitätszahlen

können leicht rückläufig sein, wenn es nicht einmal mehr Sinn macht, Anzeige zu erstatten! Die Polizei ist bei der Jagd auf die räuberischen ‚Tagesausflügler‘ aus dem Osten heillos überfordert. [...]. Es ist leider keine Besserung mehr zu erhoffen. Das traditionelle Sicherheitsgefühl in diesem Land, auf welches wir so stolz waren, ist verloren gegangen. Schlafen Sie weiter gut, Herr Innenminister, und viel Freude beim Statistik-Lesen!“ (N.N./ Kronen Zeitung 2008: 3).

Propaganda und Phantasie

„Die Kriminalstatistik nimmt schon die längste Zeit keiner mehr ernst. Denn nach diesen Aufstufungen müsste seit vielen Jahren alles nur besser geworden sein. Dabei weiß so ziemlich jeder, sei es aus eigener Erfahrung oder über Bekannte, dass es immer mehr Einbrüche und Raubüberfälle gibt. Dennoch machen die Propagandaabteilungen munter weiter, gehen mit geschönten Zahlen hausieren und sind beleidigt, wenn der Beifall ausbleibt. Dieser untaugliche Versuch, mit allerlei Tricks der Öffentlichkeit eine Art von Sicherheitsgefühl vorzugaukeln, mag ja noch als lässliche Sünde durchgehen. Wenn aber auf Basis dieser Phantasie-Statistiken auch die polizeilichen Maßnahmen getroffen werden, überrascht es wenig, wenn die Kriminalität dramatische Ausmaße annimmt. Vielleicht sollte man es doch einmal mit Ehrlichkeit versuchen“ (Pandi 2009: 8).

Umso seltsamer mutet andererseits eine (wohl vor allem im Kontext der erläuterten Sonderrolle der *Kronen Zeitung* zu bewertende) Strategie („symbolische Aktion“) des Innenministeriums anlässlich einer Wochenend-Schwerpunktaktion zur Suche nach Autodieben und illegal Eingereisten: „Polizei macht die Ostgrenzen dicht“ – informierte die *Kronen Zeitung* bereits in ihrer Freitag-Abendausgabe über diese Kontrollen. Keine „undichte Stelle“ bei der Exekutive, sondern die Einbindung von Medien als „Teil der Strategie“ sei verantwortlich für diese frühzeitige Bekanntgabe, ließ das Innenministerium auf Anfrage anderer Medien verlautbaren. „Die Täter lesen solche Medien genau“, erklärte auch der Sprecher des Bundeskriminalamts (womit sich der Kreis zum FPÖ-Zitat über das Leseverhalten der „Ostbanden“ schließt). Einigen gelinge so zwar die Flucht, dafür könnten aber „strategische Informationen“ über die kriminellen Organisationen gesammelt werden: „Wie verhalten sie sich, wenn Kontrollen angekündigt werden? Wie ändern sie ihr Verhalten? Wohin weichen sie aus?“ (Der Standard 29.03.2010: 9). Zu diesem Zweck seien neben uniformierten PolizistInnen an Hauptverkehrsadern auch ZivilbeamtlInnen eingesetzt worden, die an den Ausweichrouten kontrollierten – worüber die *Kronen Zeitung* folglich nicht informierte.

8 Zusammenfassung und Schlussbetrachtung

Die vorliegende Untersuchung setzte sich mit der Rolle und dem Agieren der Politik in Sicherheitsdiskursen auseinander, wobei der für Österreich zentrale Kriminalitätsdiskurs zu Einbruchskriminalität und die Problemdarstellung durch politische AkteurInnen umfassend analysiert wurden. Neben der Skizzierung und Systematisierung wesentlicher Elemente und Techniken der politischen Darstellung sollte so auch der Frage nachgegangen werden, warum Kriminalität „aus Osteuropa“ nicht nur im Zentrum des österreichischen Unsicherheitsdiskurses steht, sondern sich auch innerhalb des Diskurses über die Auswirkungen von „1989“ (und somit letztlich über jene postsozialistischen Länder selbst) profilieren konnte.

Auf Basis von Literaturrecherchen beleuchtet der erste Teil dieser Arbeit die kontextuellen Grundlagen der Diskursentwicklung:

Vor dem Hintergrund der Ereignisse von 1989 und den politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und geopolitischen Transformationsprozessen unterlagen auch Diskurse über Sicherheit und Unsicherheit deutlichen Veränderungen. Über sich wandelnde Sicherheitskonzeptionen und geänderte Referenzobjekte von „Sicherheit“ als Leitbegriff staatlicher Politik fanden subjektive Sicherheitswahrnehmungen Eingang in den politischen Sicherheitsdiskurs. Ungeachtet des Wegfalls der bisher zentralen äußeren Sicherheitsbedrohung führten diese Veränderungen zudem zu einer Zunahme gefühlter Unsicherheit – in den von postsozialistischen Problemlagen direkt betroffenen Ländern ebenso wie hierzulande. In der Regel beziehen sich die im Kontext gefühlter Unsicherheiten entstandenen „neuen“ Sicherheitsdiskurse auf den zuvor mit dem Begriff „innere Sicherheit“ von äußeren Bedrohungen klar abgegrenzten Bereich der Kriminalität. Kriminalitätsdiskurse bilden folglich das Zentrum einer Vielzahl von Sicherheitsdiskursen der letzten beiden Jahrzehnte. Nun ist Kriminalität zwar ebenso eine spezifische Form der Beunruhigung, jedoch mit der Besonderheit ihrer Eignung zur „Bündelung“ anderer Unsicherheiten. In Kriminalitätsdiskursen ist nicht nur der Bedrohungsfaktor (zumindest ansatzweise klar) eingegrenzt. Auch die Risiken, um die es geht, haben in der Regel individuelle identifizierbare Opfer und TäterInnen. Die Konstruktion einer Gefahr „von außen“ (sei es von außerhalb der Gesellschaft oder nationaler Grenzen) schafft sozialen Zusammenhalt, lässt das jeweilige Problem aber vor allem kontrollierbar erscheinen. Die für Sicherheitsdiskurse „nach 1989“ charakteristische Diffusität wird hierdurch aufgehoben, weshalb das Risiko neben seiner Erkennbarkeit auch bekämpfbar wirkt. Im Unterschied zu abstrakt bleibenden Risikoträgern erweist sich Kriminalität daher als Projektionsfläche für andere Unsicherheiten, die unnachgiebiger, vor allem aber nicht kontrollierbar erscheinen. Zusammenfassend lässt sich für Kapitel 3 sagen, dass über den Wandel der Bedrohungen nach 1989 im allgemeinen Sicherheitsdiskurs eine Hinwendung zum spezielleren Kriminalitätsdiskurs vollzogen wurde, wobei letzterer zusätzlich stark von subjektiven Wahrnehmungen geprägt ist.

Im folgenden Kapitel wurde dem Zusammenhang zwischen objektivem Risiko und (notwendigerweise) subjektiven Sicherheitsgefühlen in Bezug auf Kriminalität nachgegangen – dies insbesondere vor dem Hintergrund einer im anschließend untersuchten Diskurs regelmäßig suggerierten monokausalen Verknüpfung zwischen Risiko und Wahrnehmung, welche jedoch als empirisch widerlegt gilt. Da die für das Sicherheitsgefühl konstitutiven Faktoren entscheidend durch die persönliche Wahrnehmung von Kriminalität bestimmt werden, ist die Art dieser Wahrnehmung viel wichtiger für die Herausbildung des Sicherheitsgefühls, als die objektive Bedrohungslage (letztere ist zudem durch das Problem des doppelten Dunkelfeldes statistisch gar nicht vollständig registrierbar). Kapitel 4 basiert folglich auf der Frage, wie Kriminalität wahrgenommen wird – und welche Rolle dem politischen Diskurs beziehungsweise dem Handeln politischer AkteurInnen innerhalb dieses Prozesses zukommt. Als Fazit lässt sich festhalten, dass im Zuge eines „politisch-publizistischen Verstärkerkreislaufes“ neben dem (in diesem Kontext ohnehin häufig thematisierten) medialen Diskurs und seinen spezifischen Funktionsweisen auch der politische Diskursstrang wesentlichen Anteil an der Herausbildung einer kollektiv wahrgenommenen Sicherheitsbedrohung hat.

Kapitel 5 versucht sich daher an der Darstellung des komplizierten Verhältnisses von Politik und Sicherheitsgefühlen und reflektiert die theoretische Basis politischer Bedrohungskommunikation und ihrer Funktionen. Da von einer Beeinflussung des Sicherheitsgefühls durch die Vermittlung einer Bedrohung nicht nur politische Steuerungseffekte ausgehen, sondern auch wesentliche Strukturelemente des Rechtsstaates verändert werden können, kommt einer eventuellen politischen Bearbeitung ökonomischer und gesellschaftspolitischer Unsicherheiten als Kriminalitätsfurcht in der hierzu geführten sozialwissenschaftlichen Fachdiskussion besondere Relevanz zu.

Der zweite Teil dieser Arbeit untersucht den für Österreich zentralen politischen Kriminalitätsdiskurs über durch „osteuropäische Banden“ begangene Einbruchdelikte, wobei sich die vorgenommene Einschränkung auf den Zeitraum 2007-2010 (mit Einbezug der Daten von 2004-2006 in die statistische Analyse) als notwendig und zielführend erwies.

Ausgehend von der Beschäftigung mit Entstehung und Entwicklung der Problemwahrnehmung wurde das verfügbare Datenmaterial für die Jahre nach dem EU-Beitritt osteuropäischer Nachbarländer im Hinblick auf das Vorhandensein einer „Kriminalitätswelle“ untersucht und der (kommunizierten) Annahme einer Dominanz von TäterInnen aus postsozialistischen Ländern unter den Tatverdächtigen nachgegangen (Kapitel 6). Im Bereich der Einbruchskriminalität (in Wohnobjekte) lässt sich ein leichter Anstieg für die Jahre 2005, 2007 und 2009 feststellen. Nicht möglich sind hingegen gesicherte Aussagen über die TäterInnen – und insbesondere über deren Staatsbürgerschaft: Zwar kommt die Mehrheit jener Fremden, die der Begehung eines Einbruchdiebstahls verdächtigt werden, ihrer Staatsbürgerschaft gemäß aus postsozialistischen Ländern. Da jedoch jeweils nur zu einem sehr geringen Prozentsatz der

Straftaten Tatverdächtige ermittelt werden (durchschnittlich bewegt sich die Aufklärungsquote in diesem Bereich bei etwa 12 Prozent), sind Aussagen über einen überdurchschnittlich hohen Fremdenanteil unter den TäterInnen anhand der kriminalstatistischen Daten nicht belegbar.

Im Zentrum des empirischen Teiles vorliegender Arbeit steht jedoch nicht der Sachverhalt der „Einbruchswelle“ und seine reelle Basis selbst, sondern der zugehörige Diskurs und die Darstellung des Problems durch politische AkteurInnen (Kapitel 7). Die Ergebnisse der auf Basis eines breiten Korpus aus Diskursfragmenten durchgeführten Analyse ergab die Herausbildung eines relativ stabilen diskursiven Musters. Die untersuchten politischen AkteurInnen (und insbesondere die verschiedenen Parteien) agieren durch die Benutzung einer je spezifisch akzentuierten, insgesamt aber gemeinsamen „Geschichte“, das Vorliegen des Problems und seine Dringlichkeit wird von keinem Akteur in Frage gestellt, ein Gegendiskurs ist nicht erkennbar. Varianten des Musters ergeben sich primär im Bereich der Bekämpfungsvorschläge, in denen Eigeninteressen der Akteursgruppen stärker in den Vordergrund treten. Im Sinne einer Etablierung im diskursiven Austausch kann das dennoch als hegemonial einzustufende Problemmuster im Gesamtzusammenhang seiner Elemente als „erfolgreich“ bezeichnet werden. Das Muster vermag den Sachverhalt auf einen begrifflichen Punkt zu bringen, die an sich komplexe Frage des Wohlstandsgefälles wird in prägnanter Weise vereinfacht – und somit in Form eines simplen Erkennungsschemas kommunizierbar. Besondere Bedeutung als politischer Gradmesser für Handlungsbedarf und Durchsetzungsvermögen hat hierbei das (auf die Gesamtheit der Bevölkerung bezogene) „subjektive Sicherheitsgefühl“. In Übereinstimmung mit dieser Wahrnehmung ergab die Analyse zudem, dass die Gefahr der Bedrohung und die Notwendigkeit ihrer Bekämpfung ausführlich vermittelt und den verschiedenen Möglichkeiten der Problembekämpfung im Diskurs viel Platz eingeräumt wird. Die kommunizierten Inhalte bieten hingegen kaum Erklärungen und Begründungen der Problemursache(n) – und kein Hintergrundwissen zu deren Entstehungsbedingungen. Was hinter der österreichischen Grenze passiert, wird nicht thematisiert und findet keinen Eingang in das Problemmuster.

Zentrale Bedeutung kommt hingegen den in der Literatur auch als „Diskursstrategien“ bezeichneten affektiven Elementen des Problemmusters zu, weshalb diese gesondert analysiert wurden. Verantwortlich für die Absicherung einer Problemdeutung auf emotionaler Ebene, machen sie letztlich den „Erfolg“ dieser Deutung aus. Das Vorhandensein eines breiten Spektrums emotionaler Elemente erhöht zudem die Chance, dass der politische Diskurs (respektive das Thema als Problem) medial verbreitet wird. Häufig eingesetzte rhetorische Figuren, die als „Bildgeber“ zum Problem dienen, wurden im Hinblick auf ihre Kollektivsymbolik untersucht. Besonders ausführlich gestaltete sich die anschließende Auseinandersetzung mit Techniken der Dramatisierung (hierbei ist insbesondere der „dramatisierende“ Umgang mit den statistischen Daten des jährlich veröffentlichten Kriminalitätsberichtes und anderen wissenschaftlichen Ergebnissen im politischen Diskurs zu erwähnen) sowie der Moralisation, die vor allem in Form von Diffamierungen politischer

GegnerInnen auftritt. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die „Narration“ von den „Ostbanden“ ein hohes Maß an Dramatik und Konfliktpotenzial moralischer Natur aufweist. Hinsichtlich des vermittelten Bildes vom „Osten“ Europas als auch des Kriminalitätsbildes und der Täterdarstellung erfolgen zudem Rückgriffe auf Alltagsmythen.

Abschließend soll nunmehr über die Interpretation dieser Arbeitsergebnisse die zweite eingangs aufgeworfene Frage beantwortet werden: Aufgrund welcher Charakteristika rückte der „Ostbanden“-Diskurs nicht nur ins Zentrum österreichischer Unsicherheitsdiskurse, sondern nimmt auch in Bezug auf die Wahrnehmung „Osteuropas“ eine so bestimmende Rolle ein?

Der Diskurs um die Transformationsprozesse erscheint per se als Unsicherheitsdiskurs, wobei der Verlust des bisherigen geopolitischen Orientierungssystems aus österreichischer Perspektive durch die Öffnung der Grenzen noch verstärkt wurde. Wie die Skizzierung der historischen Entwicklung zeigt, war der öffentliche Diskurs über die postsozialistischen Staaten zwar klar von Bedrohungen dominiert; neben Kriminalitätsängsten wurden aber auch andere problematische Szenarien diskutiert: Befürchtungen, Arbeitskräfte aus diesen Staaten würden in so großer Zahl kommen, dass der österreichische Arbeitsmarkt damit überfordert wäre, Angst vor wirtschaftlicher Konkurrenz „aus dem Osten“, ein besonders emotional geführter Diskurs um mehrere grenznahe Atomkraftwerke und die bevorstehenden „LKW-Lawinen“ ließen die kriminelle Bedrohung noch im vergangenen Jahrzehnt als „eine von vielen“ erscheinen. Einige Spezifika des Kriminalitätsdiskurses tragen jedoch dazu bei, dass dieses Problem innerhalb des öffentlichen Diskurses deutlicher hervortritt:

Neben dem allgemeinen bedrohlichen Aspekt hat die explizit als „Einbruchskriminalität in Wohnobjekte“ kommunizierte „Kriminalitätswelle“ von 2009 unmittelbare negative Folgen für den Einzelnen und seinen persönlichen Lebensbereich – was sich auch deutlich in der Betonung der „subjektiven Sicherheitsgefühle“ innerhalb des Diskurses niederschlägt. Seitens des Innenministeriums wird vermittelt, dass es „jeden treffen kann“. Fühlen sich von der Arbeitsmarktöffnung (deren Bedrohlichkeit zudem nicht von allen Parteien kommuniziert wird) vor allem gering Qualifizierte persönlich betroffen, ist der Verlust von EU-Fördergeldern durch die Erweiterung lediglich für die Bewohner verhältnismäßig kleiner Regionen unmittelbar relevant und bleiben Sorgen um AKW-Unfälle oder hohe Feinstaubbelastung für die meisten Menschen abstrakt, so wird im Einbruchskriminalitätsdiskurs ein deutlicher Bezug zur persönlichen Lebenswelt jedes Einzelnen hergestellt – und dem Thema so Aufdringlichkeit und Handlungsbedarf verliehen. Der zusätzliche massive Einsatz von Emotionalisierungsstrategien verstärkt diese Betroffenheit. Da das Problem einen anschaulichen und nachvollziehbaren Bezug zu seinen alltäglichen, direkt erlebbaren Auswirkungen ermöglicht, ist es innerhalb der Diskussion um die Auswirkungen der Veränderungen in der Lage, diese mitunter schwer verständlichen Sachverhalte zu konkretisieren.

Über die schon angeführte generelle Eignung zur Bündelung allgemeiner Unsicherheiten in Kriminalitätsdiskursen hinaus hat die Forcierung der Aufmerksamkeit auf Kriminalität auch den Effekt, von anderen Schwierigkeiten abzulenken beziehungsweise Kriminalität aus dem Zusammenhang eng miteinander verknüpfter Probleme herauszulösen. Möglich ist dies einerseits deshalb, weil sich der konkrete Kriminalitätsdiskurs als ideal zur Vereinfachung komplexer Zusammenhänge erweist – wie die Analyse des Musters ergab, wird das Problem in ein einfaches Kausalmodell transferiert, wodurch der Eindruck entsteht, dass es genau bestimmbare Ursachen und Folgen hat. Erstens werden diese auf das Verhalten einzelner Personen beziehungsweise Gruppen zurückgeführt, was die Nachvollziehbarkeit des Problems zusätzlich erleichtert. Zweitens wird suggeriert, dass das Problem einfach und gezielt lösbar ist. Vergleicht man die Möglichkeiten des Kriminalitätsdiskurses in Bezug auf diese Faktoren, so wird seine Überlegenheit im Wettstreit mit anderen als problematisch wahrgenommenen Bereichen überdeutlich: Atomare Unfälle sind weder durch verstärkten Polizeieinsatz, noch durch das Dichtmachen von Staatsgrenzen bekämpfbar, das Problem grenznaher Atomkraftwerke jedenfalls nicht zeitnah lösbar. Wirtschaftliche Konkurrenz und der europäische Arbeitsmarkt eignen sich nicht für deterministische Kausalmodelle und moralisch geladene Dichotomien (im Sinne von „gut“ und „böse“). Aus eben diesen Gründen ergibt sich darüber hinaus die „Eignung“ des Themas im Rahmen der Wahlkampfkommunikation. Zusätzlich begünstigen diese Faktoren (aufgrund der Deckung von Kausalmodellen, persönlicher Betroffenheit, Konflikt und Lösbarkeit mit den jeweiligen Nachrichtenwerten) auch eine mediale Verbreitung der Problemwahrnehmung, was deren Dominanz innerhalb des Themenspektrums weiter verstärkt.

Die Einordnung des Problems in den Bereich der „organisierten Kriminalität“ stellt hingegen eine zusätzliche Verstärkung des kriminellen Aspektes dar – und handelt außerdem auch vom Fremden, da der Kriminalitätstypus organisierter Kriminalität in seiner Darstellung erst durch Rückgriffe auf tradierte, stabile Stereotypen nachvollziehbar wird. So werden gleichzeitig zwei gesellschaftlich stigmatisierte Bereiche (die eine Bedrohung von „Werten“ signalisieren und so die Relevanz des Themas erhöhen) angesprochen. Als Synthese aus beiden wird „organisierte Kriminalität“ zum „Bösen“ schlechthin. Dabei gehen die Stereotype weitgehend im Stigmata des Kriminellen auf. Jedoch erlaubt der Umstand, dass der Diskurs auf historisch etablierten stereotypen Wissensbeständen aufbaut, soziale und wirtschaftliche Erklärungsmodelle zu vernachlässigen – was als zusätzlicher Grund für den Aufgriff deterministischer Kausalmodelle belegt, warum differenzierten Betrachtungen über den sozioökonomischen und politischen Wandel in den betreffenden Ländern kaum oder kein Stellenwert im Diskurs zukommt. Durch diesen engen, wechselseitigen Verweisungszusammenhang von (organisierter) Kriminalität und Stereotypen kann der Diskurs zu einer allgemeinen Wahrnehmung von Gesellschaften „des Ostens“ über die Konnotation der Kriminalität beitragen.

Im Diskurs um die Folgen der osteuropäischen Transformationsprozesse kam es folglich zu einer Bündelung allgemeiner (und nicht ausschließlich von den Staaten Osteuropas

ausgehender) Bedrohungen und Ängste in der Kriminalitätsfurcht. Die Prozesse des sozialen und politischen Wandels der vergangenen Jahrzehnte – und eben vor allem auch die konkrete Umbruchssituation in Osteuropa, die mit der Auflösung von Grenzen einherging – führte so zur Bündelung nicht nur von Unsicherheiten im leichter fassbaren Problem der Kriminalität, sondern in Kombination mit Stereotypen über „den Osten“ auf moralischer Ebene eben auch zur Bündelung der mit den Veränderungen einhergehenden Schwierigkeiten in diesem einen konkreten Problem.

Die erwähnte These eines Zusammenhanges zwischen ökonomisch und gesellschaftspolitisch bedingter Unsicherheit einerseits und ihrer bewussten politischen Bearbeitung als Kriminalitätsfurcht andererseits kann aufgrund der gewählten Methoden und des Fokus dieser Arbeit hingegen zwar angenommen, aber nicht bestätigt werden. Die Wahrnehmung der BürgerInnen, mit einer bedrohlichen gesellschaftlichen Entwicklung konfrontiert zu sein, wird im untersuchten Diskurs jedenfalls als mit den Mitteln von Polizei und Strafjustiz bearbeitbare (und somit der Suggestion nach besiegbare) Problematik thematisiert.

Was kann diese Arbeit zur Diskussion über den Gegenstandsbereich der Transformationsprozesse insgesamt beitragen? Der hier verfolgte Zusammenhang zwischen Sicherheit, Sicherheitswahrnehmung, Sicherheitsdiskursen und den Transformationsprozessen im östlichen Europa stellt keinen neuen Ansatz dar. Unsicherheitsdiskurse im Kontext der *Risikogesellschaft* werden häufig mit dem Ende der Blockgrenzen, mit dem Abhandenkommen eines klaren Orientierungssystems in Verbindung gebracht. Für Österreich gilt dies umso mehr, als der in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Staaten zu beobachtende Diskurs um innere Sicherheit aufgrund der besonderen geopolitischen Lage und Rolle der Zweiten Republik tatsächlich aufs Engste mit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ verbunden ist, weshalb die Ausprägung dieses Diskurses in Gestalt der „Ostbanden“ naheliegend scheint – durch die geografische Lage haben diffuse Bedrohungsszenarien ein klares Feindbild erhalten. Die „Ostbanden“ sind daher nicht nur als Schlüsselbegriff für den Bereich der Unsicherheitsdiskurse nach 1989 zu werten, sondern auch als konkreter Ausdruck für das Verständnis (oder eben Missverständnis), für die Wahrnehmung und Bewertung der Transformationsprozesse in den Staaten Osteuropas. Diese Veränderungen nahmen ihren Ausgang in der Erfahrung und Wahrnehmung tiefgreifender Differenzen zwischen den Lebensbedingungen in den von postsozialistischen Problemlagen geprägten und den „westlichen“ Gesellschaften – und scheinen diesen Fokus bis heute nicht gänzlich abgelegt zu haben. Dass diese Feststellung nicht nur für Österreich (als direkt an die Transformationsländer angrenzender Staat) zutrifft, zeigen etwa auch die jüngsten Diskussionen in Dänemark rund um die Wiedereinführung von Grenzkontrollen zu Deutschland – zum Zweck der Kontrolle von „Einreisenden aus Osteuropa“ (vgl. N.N./ dpa 2011: 4). Vorliegende Analyse zeigte darüber hinaus auch auf, dass diese Sichtweise keineswegs auf politische Parteien und AkteurInnen am rechten Rand des Parteienspektrums beschränkt ist.

Die in der Problembeschreibung der „Ostbanden“ außerdem zum Ausdruck kommende Wahrnehmung aller osteuropäischen Länder⁴⁹ als „Block“ gemäß der früheren Zweiteilung Europas verweist zudem auf einen auffälligen Gegensatz zur Realität des 21. Jahrhunderts, der wiederum nicht nur für den hier untersuchten Zusammenhang Geltung beansprucht.

Abschließend und als Ausblick bleibt die Feststellung, dass die Beschäftigung mit „1989“, den Transformationsprozessen und ihren Auswirkungen – vor allem aber auch mit deren Wahrnehmung auf beiden Seiten der zuvor „eisernen“ Grenze gerade für die Politikwissenschaft ein äußerst lohnendes Feld darstellt.

⁴⁹ Im untersuchten Diskurs stellt die Unterscheidung zwischen dem ostslawischen Raum, Südosteuropa und Ostmitteleuropa eine Ausnahmeerscheinung dar, selbst die Nennung einzelner Staaten erfolgt vorrangig exemplarisch.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- ALBRECHT, Hans-Jörg (2001): Immigration, Kriminalität und Innere Sicherheit. In: ALBRECHT, Günter (Hrsg.): *Gewaltkriminalität zwischen Mythos und Realität*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 259-281.
- ALBRECHT, Günter (2004): Anomie oder Hysterie – oder beides? Die bundesrepublikanische Gesellschaft und ihre Kriminalitätsentwicklung. In: HEITMEYER, Wilhelm (Hrsg.): *Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft*. Band 1. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 506-554.
- BARTHES, Roland (1964): *Mythen des Alltags*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- BECK, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- BERGER, Peter L./ LUCKMANN, Thomas (¹⁷2000): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt a. M.: Fischer.
- BERGSDORF, Wolfgang (2000): Politik und Angst. In: BOSBACH, Franz (Hrsg.): *Angst und Politik in der europäischen Geschichte*. Dettelbach: Röhl, 13-28.
- BOERS, Klaus/ KURZ, Peter (2001): Kriminalitätsfurcht ohne Ende? In: ALBRECHT, Günter (Hrsg.): *Gewaltkriminalität zwischen Mythos und Realität*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 123-146.
- BOERS, Klaus (2002): Furcht vor Gewaltkriminalität. In: HEITMEYER, Wilhelm/ HAGAN, John (Hrsg.): *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1399-1422.
- CHRISTIE, Agatha (1975): *The Secret of Chimneys*. London: Pan Books.
- COHEN, Stanley (1972): *Folk devils and moral panics: The Creation of the Mods and Rockers*. London: MacGibbon and Kee.
- CREMER-SCHÄFER, Helga (1998): Sie klauen, schlagen, rauben. Wie in Massenmedien „Kinderkriminalität“ zu einer Bedrohung gemacht wird und wer weshalb und mit welchen Folgen daran mitarbeitet. In: MÜLLER, Siegfried/ PETER, Hilmar (Hrsg.): *Kinderkriminalität. Empirische Befunde, öffentliche Wahrnehmung, Lösungsvorschläge*. Opladen: Leske + Budrich, 113-138.
- CREMER-SCHÄFER, Helga/ STEINERT, Heinz (1998): *Straflust und Repression: zur Kritik der populistischen Kriminologie*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- DEARING, Albin (1993): Der so genannte Kriminaltourismus. Der Ladendiebstahl und die Öffnung der Ostgrenzen. In: PILGRAM, Arno (Hrsg.): *Grenzöffnung, Migration, Kriminalität*. Baden-Baden: Nomos, 181-194.
- DEBIEL, Tobias/ WERTHES, Sascha (2005): Human Security – vom politischen Leitbild zum integralen Baustein eines neuen Sicherheitskonzepts? In: *S+F*, 23. Jg., Heft 1, 7-14.
- DIMMEL, Nikolaus/ HAGEN, Johann J. (2005): *Strukturen der Gesellschaft: Familie, soziale Kontrolle, Organisation und Politik*. Wien: WUV.
- DOMBROWSKI, Ines (1997): *Politisches Marketing in den Massenmedien*. Wiesbaden: Gabler.
- DRESEN, Antje (2010): *Doping im Spitzensport als soziales Problem. Ursachen und Folgen eines gesellschaftlichen Diskurses*. Wiesbaden: VS.

- DREWS, Axel/ GERHARD, Ute/ LINK, Jürgen (1985): Moderne Kollektivsymbolik. Eine diskurstheoretisch orientierte Einführung mit Auswahlbibliographie. In: FRÜHWALD, Wolfgang (Hrsg.): Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur. Band 1. Tübingen: Niemeyer, 256-375.
- EDELMAN, Murray J. (1976): Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns. Frankfurt a. M. (et al.): Campus.
- EDELMAN, Murray J. (1988): Constructing the political spectacle. Chicago: University of Chicago Press.
- FISHMAN, Mark (1978): Crime Waves as Ideology. In: Social Problems, 25. Jg., Heft 5, 531-543.
- FREVEL, Bernhard (1998): Wer hat Angst vor'm bösen Mann? Ein Studienbuch über Sicherheit und Sicherheitsempfinden. Baden-Baden: Nomos.
- FREVEL, Bernhard (2003): Polizei, Politik und Medien und der Umgang mit dem bürgerschaftlichen Sicherheitsgefühl. In: LANGE, Hans-Jürgen (Hrsg.): Die Polizei der Gesellschaft. Zur Soziologie der inneren Sicherheit. Opladen: Leske + Budrich, 321-336.
- FUREDI, Frank (2005): Politics of fear (beyond left and right). London: Continuum.
- GERHARDS, Jürgen (1992): Dimensionen und Strategien öffentlicher Diskurse. In: Journal für Sozialforschung, 32. Jg., Heft 3/4, 307-318.
- GLATTHAAR, Cornelia (2002): Ausländerkriminalität in Österreich. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität Innsbruck.
- GRABLER, Angelika (2009): „Willkommen Europa“, „welkom Europa“. Diskursanalyse zur EU-Osterweiterung in Österreich und den Niederlanden. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität Wien.
- GRÖBMING, Wolfgang (2005): 15 Jahre Assistenzeneinsatz zur Grenzraumüberwachung. In: Truppendienst, 44. Jg., Heft 4, 300-305.
- GROENEMEYER, Axel (2010): Wege der Sicherheitsgesellschaft. Transformation der Konstruktion und Regulierung innerer Unsicherheiten. In: GROENEMEYER, Axel (Hrsg.): Wege der Sicherheitsgesellschaft. Transformation der Konstruktion und Regulierung innerer Unsicherheiten. Wiesbaden: VS, 7-19.
- GROLL, Kurt H.G./ REINKE, Herbert/ SCHIERZ, Sascha (2008): Der Bürger als kriminalpolitischer Akteur: Politische Anstrengungen zur Vergemeinschaftung der Verantwortung von Sicherheit und Ordnung. In: LANGE, Hans-Jürgen (Hrsg.): Kriminalpolitik. Wiesbaden: VS, 343-359.
- HAJER, Maarten A. (1993): Discourse coalitions and the institutionalisation of practice. The case of acid rain in Britain. In: FISCHER, Frank/ FORESTER, John (Hrsg.): The argumentative turn in policy and planning. Durham: Duke University Press, 43-76.
- HAJER, Maarten A. (2004): Argumentative Diskursanalyse. Auf der Suche nach Koalitionen, Praktiken und Bedeutung. In: KELLER, Reiner/ HIRSELAND, Andreas/ SCHNEIDER, Werner/ VIEHÖVER, Willy (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band II: Forschungspraxis. Opladen: Leske + Budrich, 271-298.
- HEFENDEHL, Roland (2000): Wie steht es mit der Kriminalitätsfurcht und was hat der Staat damit zu tun? In: Kritische Justiz, 33. Jg., Heft 2, 174-187.

- HERBERT, Wolfgang (1993): Die asiatische Gefahr. Ausländerkriminalität in Japan als Argument in der Diskussion um ausländische "illegale" ArbeitsmigrantInnen. Wien: Institut für Japanologie der Universität Wien.
- HITZLER, Ronald/ PETERS, Helge (Hrsg.) (1998): Inszenierung: Innere Sicherheit. Daten und Diskurse. Opladen: Leske + Budrich.
- HOBBS, Thomas (1647): De Cive, zit. n. HOBBS, Thomas (1918): Grundzüge der Philosophie. Zweiter und dritter Teil: Lehre vom Menschen und vom Bürger. Leipzig: Meiner.
- HOLERT, Tom/ TERKESSIDIS, Mark (2002): Entsichert. Krieg als Massenkultur im 21. Jahrhundert. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- HOLLWAY, Wendy/ JEFFERSON, Tony (1997): The risk society in an age of anxiety: Situation fear of crime. In: The British Journal of Sociology, 48. Jg., Heft 2, 255-266.
- HOPE, Tim/ SPARKS, Richard (Hrsg.) (2000): Crime, Risk and Insecurity. Law and order in everyday life and political discourse. London/ New York: Routledge.
- JÄGER, Siegfried (⁵2009): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Münster: Unrast.
- KAISER, Günther (2002): Medienkriminalität. Spiegel der Wirklichkeit oder Instrument der Kriminalpolitik? In: Zeitschrift für Rechtspolitik / ZRP, 35. Jg., Heft 1, 30-35.
- KANIA, Harald (2003): Kriminalitätsberichte im Fernsehen und die Konstruktion subjektiver Kriminalitätswirklichkeit. In: Berliner Forum Gewaltprävention, 4. Jg., Heft 12, 60-71.
- KANIA, Harald (2004): Kriminalitätsberichte und die Konstruktion von Kriminalitätswirklichkeit. In: WALTER, Michael/ KANIA, Harald/ ALBRECHT, Hans-Jörg (2004): Alltagsvorstellungen von Kriminalität. Individuelle und gesellschaftliche Bedeutung von Kriminalitätsbildern für die Lebensgestaltung. Münster: Lit, 137-157.
- KAUFMANN, Mareile (2010): Ethnic profiling and counter-terrorism. Examples of European practice and possible repercussions (=Hamburger Studien zur Kriminologie und Kriminalpolitik, Band 46). Berlin: Lit.
- KELLER, Reiner (2001): Wissenssoziologische Diskursanalyse. In: KELLER, Reiner/ HIRSELAND, Andreas/ SCHNEIDER, Werner/ VIEHÖVER, Willy (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band I: Theorien und Methoden. Opladen: Leske + Budrich, 113–143.
- KELLER, Reiner (²2004): Der Müll der Gesellschaft. Eine wissenssoziologische Diskursanalyse. In: KELLER, Reiner/ HIRSELAND, Andreas/ SCHNEIDER, Werner/ VIEHÖVER, Willy (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band II: Forschungspraxis. Opladen: Leske + Budrich, 197-232.
- KELLER, Reiner (⁴2011): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. Wiesbaden: VS.
- KNEPPE, Wolfgang (2000): Metus und Securitas. Angst und Politik in der römischen Kaiserzeit. In: BOSBACH, Franz (Hrsg.): Angst und Politik in der europäischen Geschichte. Dettelbach: Röhl, 53-66.
- KREUTZTRÄGER, Ilka/ OSTERHOLZ, Eva (2007): Videoüberwachung im öffentlichen Raum – Mittel zur Bekämpfung von Kriminalität oder Instrument der Inszenierung von Sicherheit? In: ZURAWSKI, Nils (Hrsg.): Sicherheitsdiskurse. Angst, Kontrolle und Sicherheit in einer „gefährlichen“ Welt. Frankfurt a. M.: Peter Lang, 89-108.

- KRUMM, Thomas (2006): Die Sprache des rot-grünen Projektes: Die symbolische Politik der „Hessen-Koalition“ 1991. In: HOFMANN, Wilhelm (Hrsg.): Bildpolitik – Sprachpolitik. Untersuchungen zur politischen Kommunikation in der entwickelten Demokratie. Berlin: Lit, 71-85.
- KUBINK, Michael (2004): Kriminalpolitische Standortbestimmungen im Konzept der Verbrechensfurcht. In: WALTER, Michael/ KANIA, Harald/ ALBRECHT, Hans-Jörg (Hrsg.): Alltagsvorstellungen von Kriminalität. Individuelle und gesellschaftliche Bedeutung von Kriminalitätsbildern für die Lebensgestaltung. Münster: Lit, 271-285.
- KÜHNE, Hans-Heiner (1991): Kriminalitätsbekämpfung durch innereuropäische Grenzkontrollen?: Auswirkungen der Schengener Abkommen auf die innere Sicherheit. Berlin: Duncker & Humblot.
- KÜHNE, Hans-Heiner (1998): Das Phänomen des „Kriminalitätsimports“. In: HUPPERTZ, Martina/ THEOBALD, Volkmar (Hrsg.): Kriminalitätsimport. Berlin: A. Spitz, 25-42.
- KUSCHEJ, Hermann/ PILGRAM, Arno (1999): Fremdenfeindlichkeit in der Diskussion um „Organisierte Kriminalität“. In: WEINZIERL, Erika (Hrsg.): Justiz und Fremdenfeindlichkeit. Innsbruck/ Wien: Studien-Verlag, 48-65.
- KUSCHEJ, Hermann/ PILGRAM, Arno (2002): Fremdenfeindlichkeit im Diskurs um „Organisierte Kriminalität“. In: LIEBHART, Karin (Hrsg.): Fremdbilder - Feindbilder - Zerrbilder. Zur Wahrnehmung und diskursiven Konstruktion des Fremden. Klagenfurt/ Celovec: Drava, 39-55.
- LAMNEK, Siegfried (2008): Von der Realität zur konstruierten Realität. Problematische Übergänge im Bereich der Kriminalität. In: GROENEMEYER, Axel/ WIESELER, Silvia (Hrsg.): Soziologie sozialer Probleme und sozialer Kontrolle. Wiesbaden: VS, 178-192.
- LIEBHART, Karin (2000): Mediale Bilder und Alltagswahrnehmung der österreichischen Ostgrenze am Beispiel des Themenfeldes "Sicherheit". In: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, 15. Jg., Heft 3, 74-83.
- LIEBHART, Karin/ PRIBERSKY, Andreas (2001): "Wir sind Europa!" Österreich und seine Nachbarn am "Goldenen Vorhang". In: KARLHOFER, Ferdinand/ MELCHIOR, Josef/ SICKINGER, Hubert (Hrsg.): Anlaßfall Österreich. Die Europäische Union auf dem Weg zu einer Wertegemeinschaft. ÖZP Sonderband. Baden-Baden: Nomos, 115-130.
- LISSMANN, Konrad Paul (1994): Der Aufgang des Abendlandes. Eine Rekonstruktion Europas. Wien: Sonderzahl.
- LUHMANN, Niklas (1986): Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen? Opladen: Westdeutscher Verlag.
- LUHMANN, Niklas (1997): Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- MAGENHEIMER, Heinz (2003): Sicherheitspolitik in Theorie und Praxis. Strategische Fallbeispiele. Wien: Institut für Strategie und Sicherheitspolitik.
- MOÏSI, Dominique (2009): Kampf der Emotionen. Wie Kulturen der Angst, Demütigung und Hoffnung die Weltpolitik bestimmen. München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- NATIONAL CRIMINAL JUSTICE COMMISSION (1998): Angst, Politik und die Gefängnisindustrie. In: ORTNER, Helmut (Hrsg.): New Yorker "Zero-Tolerance"-Politik. Baden-Baden: Nomos, 41-66.

- NOGALA, Detlef (1998): Sicherheit verkaufen. Selbstdarstellung und marktstrategische Positionierung kommerzieller „Sicherheitsproduzenten“. In: HITZLER, Ronald/ PETERS, Helge (Hrsg.): Inszenierung: Innere Sicherheit. Daten und Diskurse. Opladen: Leske + Budrich, 131-154.
- OHLEMACHER, Thomas (2004): „Wechselwirkungen nicht ausgeschlossen“. Medien, Bevölkerungsmeinung und fremdenfeindliche Straftaten 1991-2000. In: WALTER, Michael/ KANIA, Harald/ ALBRECHT, Hans-Jörg (Hrsg.): Alltagsvorstellungen von Kriminalität. Individuelle und gesellschaftliche Bedeutung von Kriminalitätsbildern für die Lebensgestaltung. Münster: Lit, 181-197.
- PAOLI, Letizia (2004): Verbrechensfurcht und organisierte Kriminalität. „Die Russen-Mafia“. In: WALTER, Michael/ KANIA, Harald/ ALBRECHT, Hans-Jörg (Hrsg.): Alltagsvorstellungen von Kriminalität. Individuelle und gesellschaftliche Bedeutung von Kriminalitätsbildern für die Lebensgestaltung. Münster: Lit, 287-310.
- PETERS, Helge (1998): Die Inszenierung „Innere Sicherheit“ – Zur Einführung in das Thema. In: HITZLER, Ronald/ PETERS, Helge (Hrsg.): Inszenierung: Innere Sicherheit. Daten und Diskurse. Opladen: Leske + Budrich, 9-23.
- PFEIFFER, Christian/ BRETTFELD, Karin/ DELZER, Ingo (1996): Steigt die Jugendkriminalität wirklich? In: PFEIFFER, Christian/ BARTH, Heinz (Hrsg.): Forschungsthema „Kriminalität“. Baden-Baden: Nomos, 19-53.
- PILGRAM, Arno (1990): Zur Sicherheitsinformation in Österreich. Wie das polizeiliche Definitionsmonopol über die „innere Sicherheit“ hergestellt wird. In: Kriminalsoziologische Bibliografie, 17. Jg. (= Heft 69), 3-36.
- PILGRAM, Arno (1991): Innere Sicherheit bei offenen Grenzen. Bemerkungen zur (Fremden)kriminalitätsentwicklung. In: Öffentliche Sicherheit, 56. Jg., Heft 12, 11-13.
- PILGRAM, Arno (1992): Ausländerkriminalität. Soziologische Weltsicht und Angstwelten. In: ALTHALER, Karl/ HOHENWARTER, Andrea (Hrsg.): Torschluß: Wanderungsbewegungen und Politik in Europa. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, 174-188.
- PILGRAM, Arno (Hrsg.) (1993): Grenzöffnung, Migration, Kriminalität. Baden-Baden: Nomos.
- PILGRAM, Arno (2002): Zur Politik der Inneren Sicherheit. In: GUSENBAUER, Alfred: Netzwerk Innovation: Zukunftsfähige Politikprojekte. Wien: Czernin, 233- 241.
- PLASSER, Fritz/ LENGAUER, Günther (2010): Politik vor Redaktionsschluss: Kommunikationsorientierungen von Macht- und Massaneliten in Österreich. In: PLASSER, Fritz (Hrsg.): Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich. Wien: Facultas, 53-100.
- PLASSER, Fritz/ SEEBER, Gilg (2010): Wahlentscheidung in der Boulevard-Demokratie: Die Kronen Zeitung, News Bias und Medieneffekte. In: PLASSER, Fritz (Hrsg.): Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich. Wien: Facultas, 273-312.
- PLASSER, Fritz/ ULRAM, Peter A. (1990): „Die Ausländer kommen!“ Empirische Notizen zur Karriere eines Themas und der Bewusstseinslage „im Herzen Europas“. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1990. Wien: Böhlau, 311-323.

- PÜTTER, Norbert (1998): "Ausländerkriminalität": über die polizeiliche Erzeugung eines Phänomens. In: MAHDAVI, Roxana (Hrsg.): Wie man Menschen von Menschen unterscheidet. Praktiken der Diskrimination, Illegalisierung und Kriminalisierung. Hamburg: Lit. 73-82.
- RATZKA, Melanie (2008): Politische Konstruktionen der Wirklichkeit – Ein Forschungsfeld der Soziologie sozialer Probleme. In: GROENEMEYER, Axel/ WIESELER, Silvia (Hrsg.): Soziologie sozialer Probleme und sozialer Kontrolle. Wiesbaden: VS, 15-34.
- REUBAND, Karl-Heinz (²2009): Kriminalitätsfurcht. Erscheinungsformen, Trends und soziale Determinanten. In: LANGE, Hans-Jürgen/ OHLY, Peter H./ REICHERTZ Jo (Hrsg.): Auf der Suche nach neuer Sicherheit. Fakten, Theorien und Folgen. Wiesbaden: VS, 233-251.
- RICHARDS, Barry (2007): Emotional Governance. Politics, Media and Terror. Hampshire: Palgrave Macmillan.
- RÖLLE, Daniel (2010): Unsicherheitsgefühle, Mediennutzung und Vertrauen in Institutionen. Empirisch belastbare Zusammenhänge oder Messartefakte? In: GROENEMEYER, Axel (Hrsg.): Wege der Sicherheitsgesellschaft. Gesellschaftliche Transformationen der Konstruktion und Regulierung innerer Unsicherheiten. Wiesbaden: VS, 89-111.
- SAGEL-GRANDE, Irene/ TOORNVLIET, Leo (2007): Über Unsicherheiten, Unsicherheitsgefühle und Wege zu ihrer Prävention – Ein Bericht aus Amsterdam. In: SESSAR, Klaus/ STANGL, Wolfgang/ VAN SWAANINGEN, René (Hrsg.): Großstadtängste – Anxious Cities. Untersuchungen zu Unsicherheitsgefühlen und Sicherheitspolitiken in europäischen Kommunen. Münster: Lit, 99-125.
- SARCINELLI, Ulrich (1995): Aufklärung und Verschleierung. Anmerkungen zur symbolischen Politik. In: KLEIN, Ansgar/ BRAUN, Ingo/ SCHROEDER, Christiane/ HELLMANN, Kai Uwe (Hrsg.): Kunst, Symbolik und Politik. Die Reichtagsverhüllung als Denkanstoß. Opladen: Leske + Budrich, 325-339.
- SCHEEERER, Sebastian (1978): Der politisch-publizistische Verstärkerkreislauf. Zur Beeinflussung der Massenmedien im Prozeß strafrechtlicher Normgenese. In: Kriminologisches Journal, 10. Jg., Heft 3, 223-227.
- SCHERR Albert (2010): Innere Sicherheit und soziale Unsicherheit. Sicherheitsdiskurse als projektive Bearbeitung gesellschaftsstrukturell bedingter Ängste? In: GROENEMEYER, Axel (Hrsg.): Wege der Sicherheitsgesellschaft. Gesellschaftliche Transformationen der Konstruktion und Regulierung innerer Unsicherheiten. Wiesbaden: VS, 23-39.
- SCHETSCHKE, Michael (1996): Die Karriere sozialer Probleme. Soziologische Einführung. München/ Wien: Oldenbourg.
- SCHETSCHKE, Michael (2008): Empirische Analyse sozialer Probleme. Das wissenssoziologische Programm. Wiesbaden: VS.
- SCHIRMER, Werner (2008): Bedrohungskommunikation: eine gesellschaftstheoretische Studie zu Sicherheit und Unsicherheit. Wiesbaden: VS.
- SCHUMPETER, Joseph A. (⁷1993): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Tübingen/ Basel: Francke.
- SEGERT, Dieter (2005): Die neue Unübersichtlichkeit. Osteuropa in der politischen Bildung. In: Osteuropa, 55. Jg., Heft 8, 73-82.

- SESSAR, Klaus (1998): Kriminalitätseinstellungen. Von der Furcht zur Angst? In: SCHWIND, Hans-Dieter (Hrsg.): Kriminologie an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Berlin: de Gruyter, 399-414.
- SESSAR, Klaus/ STANGL, Wolfgang (2007): Einführung. In: SESSAR, Klaus/ STANGL, Wolfgang/ VAN SWAANINGEN, René (Hrsg.): Großstadtängste – Anxious Cities. Untersuchungen zu Unsicherheitsgefühlen und Sicherheitspolitiken in europäischen Kommunen. Münster: Lit, 11-20.
- SIKA, Michael (1992): Kriminalität in Europa. In: Öffentliche Sicherheit, 57.Jg., Heft 11, 12-19.
- SPREEN, Dierk (2010): Die Sicherheit der Weltgesellschaft. In: GROENEMEYER, Axel (Hrsg.): Wege der Sicherheitsgesellschaft. Gesellschaftliche Transformationen der Konstruktion und Regulierung innerer Unsicherheiten. Wiesbaden: VS, 192-229.
- STONE, Deborah A. (1989): Causal Stories and the Formation of Policy Agendas. In: Political Science Quarterly, 104. Jg., Heft 2, 281-300.
- STRASSER, Peter (1984): Verbrechermenschen. Zur kriminalwissenschaftlichen Erzeugung des Bösen. Frankfurt a. M. et al.: Campus.
- STRAUSS, Anselm L. (1991): Qualitative Sozialforschung: Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen und soziologischen Sozialforschung. München: Fink.
- TAYLOR, Howard (1998): The Politics of the Rising Crime Statistics of England and Wales, 1914-1960. In: Crime, History & Societies, 2. Jg, Heft 1, 5-28.
- THOMAS, Nicholas/ TOW, William T. (2002): The Utility of Human Security. Sovereignty and Humanitarian Intervention. In: Security Dialogue, 33. Jg., Heft 2, 177-192.
- TODOROVA, Maria (1999): Die Erfindung des Balkans. Europas bequemes Vorurteil. Darmstadt: Primus.
- ULFKOTTE, Udo (2004): Grenzenlos kriminell. Die Risiken der EU-Osterweiterung. Was Politiker verschweigen. München: Bertelsmann.
- VIEHÖVER, Willy (²2004): Die Wissenschaft und die Wiederverzauberung des sublunaren Raumes. Der Klimadiskurs im Licht der narrativen Diskursanalyse. In: KELLER, Reiner/ HIRSELAND, Andreas/ SCHNEIDER, Werner/ VIEHÖVER, Willy (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band II: Forschungspraxis. Opladen: Leske + Budrich, 233-270.
- WALTER, Michael (1995): Jugendkriminalität. Eine systematische Darstellung. Stuttgart et al.: Boorberg.
- WALTER, Michael (1998): Über subjektive Kriminalität. Am Beispiel des Kriminalitätsanstiegs. In: SCHWIND, Hans-Dieter (Hrsg.): Kriminologie an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Berlin: de Gruyter, 119-135.
- WEINANDY, Kirsten (2008): Gewagtes Spiel mit der Angst: Sicherheitsforschung als institutionalisierte Praxis des Unsicherheitsdiskurses. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität Wien.
- WILSON, James Q./ KELLING, George L. (1997): Broken Windows: The police and neighborhood safety, http://www.manhattan-institute.org/pdf/_atlantic_monthly-broken_windows.pdf [05.01. 2013].

- WODAK, Ruth/ MATOUSCHEK, Bernd/ JANUSCHEK, Franz (1993): Österreichs Einstellungen zu seinen ostmitteleuropäischen Nachbarn. Studien zum fremdenfeindlichen öffentlichen Diskurs Österreichs während und nach der „Wende“ von 1989. Wien: Institut für Sprachwissenschaft der Universität Wien.
- ZIEM, Alexander (2008): „Heuschrecken“ in Wort und Bild: Zur Karriere einer Metapher. In: Muttersprache, 118. Jg., Heft 2, 108-120.
- ZURAWSKI, Nils (2007): Einleitung: Von Unsicherheit, Angst und Gegenmaßnahmen. In: ZURAWSKI, Nils (Hrsg.): Sicherheitsdiskurse. Angst, Kontrolle und Sicherheit in einer „gefährlichen“ Welt. Frankfurt a. M.: Peter Lang, 9-15.

Studien

- INSTITUTE FOR ECONOMICS & PEACE (2010): Global Peace Index 2010: Methodology, Results & Findings. [http://economicsandpeace.org/wp-content/uploads/2011/09/2010-GPI-Results - Report.pdf](http://economicsandpeace.org/wp-content/uploads/2011/09/2010-GPI-Results-Report.pdf) [05.01.2013].
- KURATORIUM FÜR VERKEHRSSICHERHEIT (2009): „KfV Sicherheitsbarometer 2009“, <http://www.kfv.at/-kuratorium-fuer-verkehrssicherheit/landesstellen/wien/presse/presse-details-wien/artikel/2140/> [22.07.2011].
- LEIMBACH, Ute (2008): Kaba Studie zur Sicherheit im Eigenheim, <http://www.kaba.at/News-Medien/16200-194248/kaba-studie-zur-sicherheit-im-eigenheim.html> [22.07.2011].
- N.N./ MERCER (2009): Wien überholt Zürich als Stadt mit der höchsten Lebensqualität, <http://latam.mercer.com/press-releases/1345300> [22.07.2011].
- ÖSTERREICHISCHE GESELLSCHAFT FÜR EUROPAPOLITIK (1999): Die EU-Erweiterung aus der Sicht der Österreicher und unserer Nachbarn. Wien: Österreichische Gesellschaft für Europapolitik.

Dokumente

- BMI/ BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES (2005): Kriminalitätsbericht. Statistik und Analyse. 2004.
- BMI/ BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES (2006): Kriminalitätsbericht. Statistik und Analyse. 2005.
- BMI/ BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES (2007): Kriminalitätsbericht. Statistik und Analyse. 2006.
- BMI/ BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES (2008): Kriminalitätsbericht. Statistik und Analyse. 2007.
- BMI/ BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES (2009a): Kriminalitätsbericht. Statistik und Analyse. 2008.
- BMI/ BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES (2010): Kriminalitätsbericht. Statistik und Analyse. 2009.
- BMI/ BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES (2009b): Aus dem Inneren: Bekämpfung der Einbruchskriminalität. Fachgespräch mit Innenministerin Maria Fekter am 24. November 2009. Presseunterlage, <http://www.bmi.gv.at/cms/cs03documentsbmi/778.pdf> [05.01. 2013].
(siehe auch *Datenkorpus im Anhang*)
- BMLVS/ BUNDESMINISTERIUM FÜR LANDESVERTEIDIGUNG UND SPORT (2009): Die Einsatzbilanz des Österreichischen Bundesheeres 2008. Inlandseinsätze. In: Truppendienst-Spezial, Heft 1, 3-7.

- EG-KOMMISSION (1991): Stellungnahme der EG-Kommission zu den österreichischen Beitrittsansuchen bezüglich Transit und Neutralität, 31.7./1.8.1991, <http://www.uibk.ac.at/zeitgeschichte/zis/library/oesterreich-und-die-europaische-integration-dokumente-teil-3.html#dok7> [05.01.2013].
- Verordnung (EG) Nr. 562/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen.
- RECHNUNGSHOF (2010): Rechnungshofbericht Reihe Bund 2010/4, Vorlage vom 8.März, http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/III/III_00117/imfname_195434.pdf [05.01.2013].
- UNDP (1994): Human Development Report 1994. New Dimensions of Human Security. United Nations Development Programme 1994, <http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr1994/chapters/> [05.01.2013].

Publizistische Quellen (*außerhalb des Untersuchungssamples*)

- AGAMBEN, Giorgio (2001): Heimliche Komplizen. Über Sicherheit und Terror. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.09.2001, 45.
- JILCH, Nikolaus/ FINK, Anna Giulia/ GOTTSÄUNER, Moritz (2009): Subjektives Statistikgefühl. In: Datum. Seiten der Zeit 12/2009, 16-23.
- LINSINGER, Eva/ MEINHART, Edith (2009): Auf verlorenem Posten. In: Profil 27/2009, 14.
- N.N./ DIE PRESSE (2009): Angst vor Einbruch größer als vor Tod. In: Die Presse vom 08.07.2009, 10.
- N.N./ DPA (2011): Dänemark führt permanente Grenzkontrollen ein. EU-Kommission fordert offizielle Unterrichtung, Kontrollen nur temporär zulässig. In: Der Standard vom 12.05.2011, 4.
- N.N./ KRONEN ZEITUNG (2008): Kriminalstatistik als Lüge entlarvt.... In: Kronen Zeitung vom 21.04.2008, 3.
- N.N./ NEWS (2009): „Bei mir gibt es keinen Kuschelkurs“. In: News 05/2009, 46.
- N.N./ WIENER ZEITUNG (1989): Bögl: kein Problem mit Gastarbeitern in Wien, aber: immer mehr Kriminaltouristen. In: Wiener Zeitung vom 10.03.1989, 7.
- PANDI Claus (2009): Propaganda und Phantasie.... In: Kronen Zeitung vom 17.02.2009, 8.
- STÖGER, Klaus (2010): Polizei: „Müssen uns steigern“. In: Die Presse vom 04.01.2010, 7.

Nachschlagewerke und Lexikonartikel

- DUDEN (⁷1988) (Red. DROSDOWSKI, Günther/ WERMKE, Matthias): Duden – Stilwörterbuch der deutschen Sprache. (=Der Duden in 12 Bänden, Band 2). Mannheim et al.: Dudenverlag.

- DUDEN (1999) (Red. SCHOLZE-STUBENRECHT, Werner): Duden, das große Wörterbuch der deutschen Sprache in zehn Bänden. Band 8, Schl-Tace. Mannheim et al.: Dudenverlag.
- DUDEN (⁹2006) (Red. KRAIF, Ursula): Duden - das Fremdwörterbuch. Mannheim et al.: Dudenverlag.
- JASPER, James M. (2001): Moral Panics. In: SMELSER, N. J./ BALTES, Paul B. (Hrsg.): International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences. Oxford: Pergamon, 10029-10033.
- SCHWEWE, Christoph S. (2006): Subjektives Sicherheitsgefühl. In: LANGE, Hans-Jürgen (Hrsg.): Wörterbuch zur Inneren Sicherheit. Wiesbaden: VS, 322-325.
- SCHMIDT, Manfred G./ BULL, Hans Peter (2007): Innere Sicherheit. In: NOHLEN, Dieter/ GROTZ, Florian (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik. München: C.H.Beck, 223-225.
- SEIDELMANN, Reimund (2007): Sicherheit/ Internationale Sicherheitspolitik. In: NOHLEN, Dieter/ GROTZ, Florian (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik. München: C.H.Beck, 499-501.

Bildquellen (Wahlplakate)

- FEUER/ DR. PUTTNER COMMUNICATIONS (2010): SPÖ Wien, <http://www.feuerwien.at/spoe> [22.07.2011].
- FPÖ (2010): Plakat zur Kampagne Wien 09/10, <http://www.fpoe.at/kampagne/wien-0910/> [22.07.2011].
- GULL + COMPANY (2008): ÖVP-Plakatwerbung Nationalratswahl 2008, In: EPAMEDIA Poster Search (Plakatdatenbank), http://www.epamedia.at/de/~Research+_Services|Poster_Search| [22.07.2011].

Anhang: Datenkorpus

OTS-Meldungen

Partei	Datum	Titel
BZÖ	19.12.2007	GROSZ: BZÖ fordert sofortige Offenlegung der Kriminalstatistik!
	02.01.2008	Asyl: GROSZ: Die Schengen-Sicherheitsblase ist geplatzt
	22.09.2008	BZÖ-Darmann: Autodiebstähle nehmen zu: Schengen außer Kraft setzen
	30.03.2009	BZÖ-Grosz: 170 Straftaten am Tag in der Steiermark - Klärung von Einbrüchen bei 11,09 Prozent!
	10.05.2009	Wegen Rekord-Hoch bei Einbrüchen: BZÖ-Stadler fordert Wiedereinführung der Grenzkontrollen und lehnt EU-Asylrichtlinie entschieden ab
	18.05.2009	Kriminalität: LH Dörfler fordert mehr Kontrollen auf Kärntens Straßen
	18.05.2009	BZÖ-Stadler: Parlamentsklub entscheidet über Misstrauensantrag gegen Innenministerin
	19.05.2009	BZÖ-Stadler: BZÖ bringt Misstrauensantrag gegen Innenministerin Fekter ein
	25.05.2009	BZÖ-Petzner: Wo bleibt der Weckruf von Faymann in Brüssel?
	06.06.2009	BZÖ-Petzner: Hintergründe des Doppelmords an niederösterreichischem Heurigen-Ehepaar zeigen: Wiedereinführung der Grenzkontrollen notwendig!
	16.06.2009	Asyl: BZÖ-Petzner: Fekter soll endlich umsetzen statt ankündigen
	28.06.2009	BZÖ-Westenthaler: Grenzen sofort dicht machen!
	20.10.2009	BZÖ-LPO Scheuch: Stärkere Kontrollen an den Staatsgrenzen
	26.11.2009	BZÖ-Westenthaler fordert sofortige Wiedereinführung der Grenzkontrollen
	19.01.2010	BZÖ-Widmann fordert Grenzkontrollen und 400 Polizisten mehr für OÖ!
	03.03.2010	BZÖ-Klausur: Grosz: Wir entwickeln Konkretes für innere Sicherheit und Asyl
	25.05.2010	BZÖ beantragt Wiedereinführung der Grenzkontrollen
	16.06.2010	Sicherheitsbericht: BZÖ-Westenthaler: Kernproblem wurde nicht gelöst!
	14.07.2010	BZÖ-Widmann: Grenzkontrollen im Mühlviertel jetzt!
	28.09.2010	BZÖ-Stadler: Fekter fungiert als Navigationshilfe für Ost-Autoknackerbanden!
FPÖ	19.02.2007	Vilimsky fordert von Wiener Polizei rigoroses Maßnahmenpaket gegen ausufernden Kriminaltourismus aus dem Osten
	19.09.2007	FP-Schock, Matiassek, Jung: Dringliche Anfrage zum "Angstraum Wien"
	17.12.2007	Strache: Nach überstürzter Schengen-Erweiterung droht Österreich ein Wilder Osten
	07.01.2008	Rosenkranz: Schengen ist umgehend auszusetzen
	22.01.2008	Vilimsky weist plumpe Anschüttungen Platters zurück: Innenminister soll sich lieber Bekämpfung ausufernder Kriminalität widmen!
	23.01.2008	Rosenkranz: Exekutive befürchtet Massenansturm Krimineller, Platter schaut weg!
	02.04.2008	Klement: Kärnten "Ausbildungsland" für junge Verbrecher aus dem ehemaligen Ostblock?
	10.10.2008	Vilimsky: 2008 geringste Aufklärungsquote seit 10 Jahren
	12.11.2008	FP-Gudenus: Ein Viertel der Wiener betroffen von Einbruchskriminalität - Sicherheitsgefühl sinkt
	25.03.2009	KO-Stv. Königsberger: Einbruchsserien in NÖ erreichen traurigen Höhepunkt
	29.03.2009	Strache: Kriminalität in Wien explodiert - BM Häupl ist dafür hauptverantwortlich!
	06.04.2009	Jenewein zu Schuster: Sicherheit der Wienerinnen und Wiener ist der SPÖ also "zu teuer"!
	09.04.2009	Strache, Vilimsky: Abscheuliches Verbrechen gegen Wiener Polizisten beweist Versagen rot-schwarzer Sicherheitspolitik
	15.04.2009	Vilimsky: Fekter steht rasantem Kriminalitätsanstieg völlig hilf- und tatenlos gegenüber!
	07.05.2009	Strache: Einbruch bei Landespolizeikommandant beweist einmal mehr eskalierende Kriminalitätsentwicklung
	12.05.2009	Strache: Sofortige Aussetzung der Schengenöffnung Richtung Osten, um Sicherheitskollaps zu verhindern!
	26.05.2009	26.05.2009 Vilimsky: Verlängerung des Assistenzeinsatzes kann keinen Kriminalitätstourismus verhindern
	03.06.2009	53% der Österreicher und FPÖ für Wiedereinführung der Grenzkontrollen
03.06.2009	FP-Gudenus: In welcher Traumwelt lebt BM Fekter?	
18.06.2009	FP Königsberger: Angst vor Kriminalität ist so groß wie nie zuvor!	

24.06.2009	LR Rosenkranz: SoKo Ost ist nur Augenauswischerei zur Beruhigung der Bevölkerung
26.06.2009	Strache: SOKO Ost ist Schildbürgerstreich
27.06.2009	FPÖ-Haider: Kriminalitätstourismus nach Visaerleichterungen für Südosteuropa zu befürchten
02.07.2009	Strache: Schengen-Ostöffnung rückgängig machen!
09.07.2009	FP-Gudenus: Ost-Mafia muss das Handwerk gelegt werden
09.07.2009	Parlament: FPÖ verlangt Kurzdebatte über geschlossene Polizeiposten
30.07.2009	Königsberger: SOKO-Ost bereits nach einem Monat kläglich gescheitert
11.08.2009	Vilimsky zu Kriminalstatistik: Fekter hat Erklärungsbedarf
12.08.2009	KO-Stv. Königsberger: SOKO-Ost sofort einstellen
13.08.2009	Trotz Soko Ost: Kriminalitätsexplosion in Wien und Niederösterreich
17.08.2009	Hofer: Konzernherrschaft bedeutet Totalausverkauf Europas
19.08.2009	FP-Mahdalik: Russische Open Air-Razzia in Essling
26.08.2009	KO-Stv. Königsberger: Schockierender Anstieg der Autodiebstähle in NÖ
31.08.2009	FP-Guggenbichler: Organisierte Autodiebe in Währing auf Raubzug
06.09.2009	Vilimsky: Nach Fekter und Raininger nun auch Mahrer Opfer der Einbruchswelle in Wien!
23.09.2009	Strache: Sicherheitslage verschlechtert sich dramatisch
28.09.2009	AUF/Exekutive: Soko-Ost - Politisch angeordnete Sonderaktion ohne sicherheitspolizeilichen Nutzen
26.11.2009	Strache: Fekters "Masterplan" ist Tropfen auf heißen Stein im Kampf gegen die Kriminalität
26.11.2009	FP-Gudenus: Einbruchskriminalität ist Ausländerkriminalität!
04.12.2009	FP-Gudenus: Sicherheitswacht auch in Wien ermöglichen!
29.12.2009	KO-Stv. Königsberger: 2009 - Rekordjahr der meisten Einbrüche
17.01.2010	KO-Stv. Königsberger: Ostmafia stiehlt in NÖ ungeniert wie nie zuvor
19.01.2010	FPÖ-Herbert: Innenministerin Fekter setzt ihre Märchenpolizei-Politik fort
19.01.2010	Vilimsky: Neue Einbruchsrekorde - Fekter rücktrittsreif!
29.01.2010	LH Dörfler: Unser Land braucht mehr Sicherheit
30.01.2010	KO-Stv. Königsberger: Niederösterreich weiter im Visier der Ostmafia
05.02.2010	KO-Stv. Königsberger: NÖ ist zum Tollhaus Europas für Verbrechergesindel geworden
26.03.2010	KO-Stv. Königsberger: Grenzen sichern erspart Verbrechern hinterherzulaufen
31.03.2010	Vilimsky hofft auf sicherheitspolitisches Einlenken der Regierung nach Diebstahl von Geldbörse der Verkehrsministerin
01.04.2010	KO-Stv. Königsberger: SOKO-Ost: Räuber und Gendarm Versteckerlespiel geht weiter
17.05.2010	KO-Stv. Königsberger: Grenzen sichern statt SoKo OST schönfärben
01.07.2010	FPÖ-Herbert: Äußerst bescheidene Bilanz nach ein Jahr Soko-Ost zeigt einmal mehr dringenden personellen Handlungsbedarf bei der Exekutive
19.08.2010	FPÖ-Kurzmann: "Erschreckende neue Kriminalitätsstatistik!"
13.09.2010	FPÖ: Strache: Ausländischer Bandenkrieg bestätigt verheerende Sicherheitssituation in Wien
05.10.2010	FPÖ: Strache: Wien steht im Focus der Kriminalität
03.11.2010	KO-Stv. Königsberger: Bankomatdiebe werden immer dreister

Die Grünen

29.03.2009	Pilz: Strasser, Platter, Fekter haben Wien organisierter Kriminalität ausgeliefert
15.04.2009	Pilz: Innenministerium kapituliert vor organisierter Kriminalität
02.07.2009	Sicherheitspolitik - aktuell, wie nie, nicht jedoch für VPNO
23.03.2010	Pilz zu Soko-Ost: "Fekters SOKO ist eine SOKO-Show"

SPÖ

19.06.2009	Steindl: Realitätsverweigerung der Innenministerin
03.09.2009	Findeis: NÖ Grenzregionen droht weitere Verschlechterung der Sicherheitslage
27.09.2009	Findeis: SOKO-Ost darf nicht ohne Ersatz auslaufen
30.09.2009	Findeis: VPNO lässt SOKO-Ost-Schwerpunktaktion sang und klanglos sterben
01.10.2009	Findeis: Ausufernde Kriminalität und massive Zunahme der Schäden für die Bevölkerung
05.10.2009	SPÖ-Schober: Fekter will mit dem Kopf durch die Wand!
19.01.2010	Bundeskanzler Faymann: "Integrationspaket trägt die gemeinsame Handschrift der Regierung"
11.02.2010	Leitner: Innenministerin Fekter braucht Unterstützung bei Sicherheits-, Asyl- und Integrationspolitik

ÖVP

[10.06.2005]	[Monatliche Kriminalstatistik des BM.I. - Mai 2005. Kriminalität in Österreich sinkt um 3,9% - EU-Erweiterung macht Österreich sicher]
08.02.2007	LH Pröll fordert gezieltes Maßnahmen-Paket zur Einbruchsbekämpfung
04.12.2007	Karner: Aufgriff von Georgier-Bande zeigt Konsequenz gegen kriminelle Asylwerber
22.06.2009	Fekter: SOKO Ost sorgt für Rückgang der Einbrüche
22.06.2009	Kössl: ÖVP wirft SPÖ „Behinderung der Polizeiarbeit“ vor
22.06.2009	Obernosterer: SOKO OST fängt kriminelle Ost-Banden schon an der Grenze ab
23.06.2009	Kössl an SPÖ: Einwohner schützen, nicht Einbrecher
23.6.2009	VP-Ulm: SoKo Ost wertvoller Beitrag zur Hebung der Sicherheit
30.09.2009	SOKO-Ost erfolgreich: Eigentumskriminalität zurückgegangen
04.11.2009	Kößl: Polizeistrukturen werden laufend an geänderte Verhältnisse im Kriminalitätsbereich angepasst
22.4.2010	Karner: Müssen den konsequenten Kampf gegen Kriminelle und für mehr Sicherheit fortsetzen
16.06.2010	Kößl: Sicherheitsbericht 2008 belegt großartige Leistung unserer Polizei
16.06.2010	Fekter: Österreich ist sicherstes Land in Europa
01.07.2010	Ein Jahr SOKO-Ost: 1.035 Festnahmen
09.07.2010	Fekter: Österreich wird noch sicherer
14.09.2010	Tamandl: Strategien gegen Kriminalität wirken

Ohne Zuordnung

01.10.2009	Sitzung des NÖ Landtages (Protokoll)
04.11.2009	Aktuelle Herausforderungen bei der inneren Sicherheit. Enquete des Bundesrats

Presseunterlage

BMI	24.11.2009	Aus dem Inneren: Einbruchskriminalität. Fachgespräch mit Innenministerin Maria Fekter - Presseunterlage (=BMI 2009b)
------------	------------	--

Zeitungsartikel

Medium (Seite)	AutorIn	Datum	Titel
Kurier (5)	Imre, Manfred	05.10.2007	"Ohne Bundesheer sind wir verloren"
Die Presse (4)	Böhm, Wolfgang/ Kraus, Doris	12.12.2007	Österreicher lehnen Grenzöffnung ab
Die Presse (1)	N.N.	14.12.2007	Angst und Unsicherheit
Der Standard (8)	Seidl, Conrad	18.12.2007	Mulmiges Gefühl bleibt
Der Standard (13)	Heigl, Andrea	08.02.2008	Mit Sicherheit zum Wahlerfolg
Die Presse (11)	N.N.	30.03.2009	Polizeichef kündigt Aktion scharf an
NEWS (22)	Duffek, Tatjana	30.04.2009	„So werde ich Bürgermeister“
Kronen Zeitung (2)	N.N.	27.05.2009	Achse Faymann-E.Pröll-Niessl: Bundesheer weiter an Ostgrenze!
Kurier (2)	Böhmer, Christian	03.06.2009	Wer bietet mehr Sicherheit?
Kurier (3)	N.N.	04.06.2009	EU-Wahlkampf im Sicherheitsrat: Viele Forderungen, keine gemeinsame Lösung
Wiener Zeitung (5)	N.N.	04.06.2009	Grenzbalken bleiben offen
Kurier (19)	Orovits, Thomas	23.06.2009	Alle Parteien lehnen Polizisten-Abzug ab
Die Presse (10)	N.N.	23.06.2009	Burgenland protestiert
Kronen Zeitung (4)	N.N.	23.06.2009	„Weitere Bedrohung für Sicherheitslage“
Der Standard (6)	N.N.	29.06.2009	"Schnallen Sie sich jetzt an, Frau Fekter"
Die Presse (2)	N.N.	24.06.2009	Ein Kanzler als Sheriff der Nation
Die Presse (2)	N.N.	24.06.2009	Pühringer gibt Fekter einen Korb
Der Standard (6)	John, Gerald/ Möseneder, Michael	24.06.2009	Faymann wiegt sich in Sicherheit

Der Standard (21)	Sperl, Gerfried	29.06.2009	Die Soko Ost und die politische Propaganda
Kronen Zeitung (2)	N.N.	02.09.2009	Fekter will Meinungsumfrage zum Assistenzeinsatz im Osten
Der Standard (11)	Simoner, Michael/ Weisgram, Wolfgang	05.11.2009	Ein kleines bisschen Sicherheit im Grenzland
Kurier (3)	N.N.	19.11.2009	"Ein doppelter Sicherheitsgurt"
Wiener Zeitung (5)	Hämmerle, Walter	17.02.2010	Sicherheitspolitik der Gefühle
Kurier (4)	N.N.	09.03.2010	"Assistenzeinsatz trägt zum subjektiven Sicherheitsgefühl bei"
Der Standard (1)	Rauscher, Hans	19.03.2010	"Nicht mit uns beiden"
Kurier (21)	Daneshmandi, Laila	23.03.2010	SOKO Ost. Ministerin schwört auf unsichtbare Staubfänger
Der Standard (9)	Müller, Tobias	23.03.2010	Fahnden mit der „Kronen Zeitung“
Kurier (19)	Orovits, Thomas	19.04.2010	Assistenzeinsatz soll heuer enden
Kurier (3)	Kern, Maria/ Oro- vits, Thomas	11.05.2010	Mit Sicherheit Wahlkampfthema
Der Standard (7)	John, Gerald	18.05.2010	"Die EU hat aus der Krise nicht gelernt"
Der Standard (6)	Weißensteiner, Nina	21.05.2010	"Ich lebe jeden Tag im Burgenland!"
Der Standard (8)	Simoner, Michael	16.06.2010	Massiver Rückgang bei Einbrüchen
Der Standard (9)	Stemmer, Martina	21.06.2010	Strache tritt als "blauer Hausmeister" für Wien an
Kurier (2)	Hacker, Philipp	21.06.2010	Strache: Wien darf New York werden.

Author: Clarissa Böck

Title: „Ostbanden“ im „Sicherfühlland“. Der politische Diskurs um Kriminalität „aus Osteuropa“

Reihe Soziologie / Sociological Series 105

Editor: Beate Littig

Associate Editor: Andrea Haslinger

ISSN: 1605-8011

© 2013 by the Department of Sociology, Institute for Advanced Studies (IHS),

Stumpergasse 56, A-1060 Vienna • ☎ +43 1 59991-0 • Fax +43 1 59991-555 • <http://www.ihs.ac.at>
